



SOZIAL
PLANUNG
FOKUS 2022



PERSPEKTIVEN
für soziale Entwicklung und Steuerung

kreis  pinneberg



Sie können das Planungsdossier auch im digitalen Format auf Ihrem iPad oder Android Tablet nutzen. Dort finden Sie auch noch weiterführende Informationen der Sozialplanung. Die App FOKUS PI ist im App Store und bei Google Play zum Download erhältlich.

Kreis Pinneberg
Fachbereich Soziales, Jugend,
Schule und Gesundheit
Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
www.kreis-pinneberg.de/sozialplanung

Ansprechpersonen:

Katja de Jong
Jugendhilfe- und Sozialplanerin
T 04121 4502-3394
E k.dejong@kreis-pinneberg.de

Christoph Kennerknecht
Sozialplaner
T 04121 4502-3393
E c.kennerknecht@kreis-pinneberg.de

Annelie Oestreich
Organisationsassistentin
T 04121 4502-1101
E a.oestreich@kreis-pinneberg.de

Robert Schwerin
Leiter Sozialplanung und Steuerung
T 04121 4502-3473
E r.schwerin@kreis-pinneberg.de



PERSPEKTIVEN

für soziale Entwicklung und Steuerung

kreis pinneberg

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4 – 5		
Sozialpolitische Zielvorschläge	6 – 7		
Zentrale Herausforderungen der Sozialpolitik bis 2030	8 – 10		
Sozioökonomische Kontextinformationen erstmals in der FOKUS PI App	11		Demographie Finanzdaten (ab 15.08.2022)
Sozialpolitische Handlungsfelder	12 – 15		Infrastruktur sozialer Angebote
	16 – 19		Mobilität
	20 – 23		Gesundheit
	24 – 27		Wohnen
	28 – 31		Bildung
	32 – 35		Integration
	36 – 39		Inklusion
	40 – 43		Ärztliche Versorgung und Pflege
	44 – 45		Arbeit
	46 – 49		Armut
	50 – 53		Leben und Freizeit
Handlungsempfehlungen	54 – 63		
Fokusgruppen im Netzwerk Sozialplanung	64		

VORWORT

Um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, mussten wir alle viele Prozesse in unserem täglichen Leben hinterfragen und teilweise sogar grundlegend verändern. Auch für die Akteur*innen der Sozialpolitik im Kreis Pinneberg gehören Videokonferenzen und Homeoffice seit Beginn der Pandemie zum neuen Arbeitsalltag. Teilweise wird die politische Willensbildung dadurch vor große Herausforderungen gestellt, die auch Auswirkungen auf unsere Arbeit in der Sozialplanung haben. Daher arbeiten wir weiter daran, unsere Planungsprozesse agil zu gestalten und bei Bedarf anzupassen.

Neben der Corona-Pandemie ist der Krieg in der Ukraine eine der zentralen sozialen Aufgaben der nächsten Zeit, auf welche wir in diesem Bericht im Sonderkapitel „Zentrale Herausforderungen der Sozialpolitik bis 2030“ näher eingehen. Durch die momentanen Krisen ergibt sich insbesondere in den Handlungsfeldern Gesundheit und Integration erhöhter Handlungsbedarf. Mit der neu gegründeten Fokusgruppe „Gesundheitsversorgung“ werden wir die Veränderungen der Versorgungsstrukturen in den nächsten Jahren begleiten. Zudem wechselt das ehemalige Aktionsbündnis „Integration“ in die Struktur und Arbeitsweise einer Fokusgruppe.

Begleitet von stetigen Herausforderungen haben die Fokusgruppen im vergangenen Jahr erneut Impulse und Handlungsempfehlungen für die weiteren politischen Diskussionen formuliert. Positiv ist weiter, dass durch ein miteinander abgestimmtes Vorgehen zusätzliche Unterstützungsangebote über Förderprogramme von Bund und Land realisiert wurden. Der Austausch aller Beteiligten untereinander ist und bleibt für die Sozialplanung unerlässlich – um so mehr freue ich mich daher auf die zweite Sozialplanungskonferenz, die am 20. August 2022 stattfinden wird. Unter der Beteiligung aller sozialpolitischen Akteur*innen bietet uns diese Veranstaltung Gelegenheit zur Neujustierung sozialpolitischer Themen und zur Stärkung des Arbeitsnetzwerks.

Wie vorgesehen wurde das im Kreis Pinneberg aufgebaute Sozialplanungssystem nach fünf Jahren evaluiert. Ersten Erkenntnissen nach hat es sich bewährt und auch in Krisenzeiten als äußerst robust erwiesen. Eine schöne Bestätigung der Arbeit und zugleich ein weiterer Ansporn dafür, das System laufend weiterzuentwickeln. So entwerfen wir derzeit zum Beispiel Ideen, wie sich die Wirkung der Sozialplanung durch eine noch zielgenauere Anschlussfähigkeit an das politische System weiter erhöhen lässt. Auch deshalb arbeiten wir engagiert daran, die Informationen des Fokusberichts nach und nach in die App FOKUS PI für iPad und Android-Tablets einzubinden und noch benutzerfreundlicher aufzubereiten. Beginnend mit den Demographie- und Finanzdaten, erweitern wir in diesem Jahr die digitalen Nutzungsmöglichkeiten von Informationen der Sozialplanung.

Mein besonderer Dank gilt unseren Kooperationspartner*innen und den Akteur*innen der Sozialplanung. Ihr hohes Engagement während der zahlreichen digitalen Sitzungen und die Vielzahl äußerst informativer Austausche machen die oben genannten Ergebnisse und Erfolge der Sozialplanung im Kreis Pinneberg erst möglich. Unter den aktuellen Bedingungen sind nun auch wieder Präsenztreffen möglich – ich freue mich bereits auf den direkten persönlichen Austausch vor Ort.

Mit dem hier vorliegenden Fokus 2022 und mit Hilfe der App FOKUS PI können alle Beteiligten jederzeit und schnell auf steuerungsrelevante Informationen zur Diskussion und Ausgestaltung der Sozialpolitik zugreifen. Viel Spaß beim Lesen!



Heiko Willmann



SOZIALPOLITISCHE ZIELVORSCHLÄGE

Für das Planungsdossier „Sozialplanung Fokus 2022“ wurden Informationen und Erkenntnisse aus sozioökonomischen Daten, aus den Empfehlungen diverser Fokusgruppen und der Steuerungsgruppe Sozialplanung sowie den Diskussionen zur Sozialpolitik des Kreises in den politischen Gremien analysiert. Abgestimmt mit der Steuerungsgruppe Sozialplanung wird zusammenfassend empfohlen, die zukünftige Sozialpolitik maßgeblich an den nachfolgenden sozialpolitischen Zielvorschlägen zu orientieren. Diese aktuelle Auflistung

setzt sich dabei aus Zielvorschlägen der vergangenen Jahre, die aufgrund ihrer langfristigen Ausrichtung weiterhin aktuell sind, und neuen Erkenntnissen zusammen. Auch die von den Fokusgruppen oder ergänzenden Arbeitsstrukturen entwickelten Handlungsempfehlungen orientieren sich im Wesentlichen an den sozialpolitischen Zielvorschlägen, die sich als Anregungen für die Diskussionen in den politischen Gremien verstehen.

Bezahlbares Wohnen realisieren

Die Steigerungen bei den Mietpreisen und den Kaufkosten für Wohneigentum nehmen auch weiterhin zu. Erhöhte Baukosten und Materialmangel hemmen zudem den Neubau von Wohnraum. Daraus resultierend sind im Kreis geringe Leerstände zu verzeichnen, was eine Herausforderung für alle Bevölkerungsgruppen darstellt. Zur Verbesserung der angespannten Situation auf dem Mietmarkt sind gemeinsam mit den Kommunen spezielle Angebote für soziale Wohnraumförderung zu entwickeln. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf benachteiligten Zielgruppen wie z.B. Älteren oder Menschen mit speziellen Bedarfen. Dies dient auch dazu, zusätzliche soziale Transferaufwendungen für die Kommunen und den Kreis (Wohngeld, Grundsicherung etc.) zu vermeiden.

Umsetzung von Sonderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges ergibt sich ein erhöhter Fachkräftebedarf. Der zu beobachtende Fachkräftemangel zieht sich derzeit bereits durch alle Bereiche der Daseinsvorsorge und stellt mittlerweile eine reale Gefährdung der sozialen Infrastruktur dar. Es gilt daher, die Attraktivität der sozialen Berufe immens zu erhöhen und der Abwanderung von Fachkräften aus sozialen Berufen in andere Berufszweige entgegenzuwirken. Dazu bedarf es einer kooperativen Bündelung aller Aktivitäten und Maßnahmen, um Fachkräfte für den Kreis zu gewinnen und langfristig zu binden. Bestehende Maßnahmen mit Kooperationspartnern wie der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter sind dafür verstärkt auszubauen und weiterzuentwickeln.

ÖPNV-Infrastruktur zukunftsfähig ausrichten

Die wachsende Bevölkerung und die weiter zunehmenden Pendlerverflechtungen erfordern auch weiterhin eine entsprechend geeignete Infrastruktur des Öffentlichen Personennahverkehrs. Um den besonderen Anforderungen sowohl in städtischen Gebieten als auch im ländlichen Raum gerecht zu werden, bedarf es eines kontinuierlichen Ausbaus des Angebotes im Hinblick auf Erreichbarkeit, Barrierefreiheit und Anschlussfähigkeit. Der Nutzungsgrad ist nach Ende der Pandemie auch aus Nachhaltigkeitsaspekten durch passgenaue Angebote wieder zu steigern. Für eine nachhaltige Mobilität wird die technische Einbindung von E-Mobilität immer wichtiger werden. Auch eine geeignete Taktung und passende Übergänge zu anderen Verkehrsmitteln wie zum Beispiel dem Fahrrad sind wichtige Aspekte, um allen Bevölkerungsgruppen im Kreis die nötige Mobilität zur sozialen Teilhabe zu ermöglichen.

Sozialräume vor Ort gestalten

Die Infrastruktur sozialer Angebote wird in interkommunaler Kooperation gestaltet, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern. Dafür werden die rechtlichen Anforderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTGG) und des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) in längerfristigen Prozessen mit den beteiligten Akteur*innen umgesetzt. Die jeweiligen Vorstellungen und Erwartungen sind abzugleichen und die zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen zu besprechen, um ein gemeinsames Verständnis zur Sozialraumorientierung zu entwickeln. Die erarbeiteten Planungsinformationen sind schließlich kooperativ mit den Erkenntnissen aus der sozialräumlichen Arbeit zu verknüpfen. Auf der Basis eines gemeinsamen Commitments ist ein Umsetzungskonzept mit aufeinander abgestimmten Planungsprozessen und Arbeitsformen zu entwickeln. Im Ergebnis wird erreicht, dass Ressourcen in den Sozialräumen gebündelt und wirtschaftlich eingesetzt werden.

Auswirkungen des Fachkräftemangels abmildern

Zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur sozialer Angebote ist auch wegen des fortschreitenden demographischen Wandels, eine Vielzahl von Fachkräften erforderlich. Speziell durch die

Digitalisierungspotenziale ausschöpfen

Die Digitalisierung hat vor allem durch den Ausbau digitaler Kompetenzen zu erfolgen. Dazu gehören der Erwerb von technischem Know-how und die Fähigkeiten, persönlichen Kontakt im digitalen Raum zu ermöglichen. Dies trägt auch

zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei. Die Unterbreitung von geeigneten digitalen sozialen Angeboten, z.B. in der Gesundheitsversorgung, ist zukünftig stärker zu fördern. Hierfür sind eine entsprechende digitale Infrastruktur sowie digitale Medienkompetenz bei allen Beteiligten aufzubauen. Um Planungsprozesse zu verbessern wird zudem die Möglichkeit des Einsatzes künstlicher Intelligenz erprobt, die Daten bereichsübergreifend und effizient bearbeitet. Digitale Informationen der Sozialpolitik sind für alle Beteiligten an einem zentralen Ort zugänglich zu machen.

Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung gewährleisten

Ziel ist es, die vor- und nachstationäre gesundheitliche Infrastruktur möglichst wohnortnah zu gestalten und so das

Versorgungsangebot sicherzustellen. Hierbei gilt es, eine zusammenhängende übergreifende Betrachtung der gesundheitlichen Versorgungssituation vorzunehmen und eine Verbesserung an den Schnittstellen und Übergängen zwischen den verschiedenen Gesundheitssektoren zu erzielen. Dazu bedarf es des Aufbaus einer zielgenaueren Berichterstattung im Gesundheitswesen.

Die Kommunale Gesundheitskonferenz wird daher als das zentrale Koordinationsgremium der Gesundheitsversorgung im Kreis fungieren. Zudem werden die Bedarfslagen einzelner Zielgruppen besondere Berücksichtigung finden. Um weitere gesundheitliche Maßnahmen und Angebote zu planen, werden Instrumente zur regelmäßigen Erhebung von Gesundheitsbedarfen der Bevölkerung entwickelt und eingesetzt.



ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN DER SOZIALPOLITIK BIS 2030

Zusammenfassung

Der aktuelle Krieg in der Ukraine, die andauernde Corona-Pandemie und die gesundheitliche Versorgung im Kontext des demographischen Wandels sind drei zentrale soziale Herausforderungen, deren Folgen und Auswirkungen in den nächsten Jahren die Sozialpolitik im Kreis Pinneberg maßgeblich mitprägen werden und denen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken ist. Teilweise stehen diese Herausforderungen parallel zu einander und die Abmilderung ihrer Folgen muss gleichzeitig angegangen werden, teilweise bedingen sich diese auch gegenseitig, z. B. in der Frage von Covid-Impfungen oder Infektionsschutzmaßnahmen für geflüchtete Menschen.

Ukraine-Krieg

Mit der russischen Invasion in das ukrainische Staatsgebiet ist eine neue Flüchtlingsbewegung in Europa in Gang gekommen. Hauptsächlich ukrainische Frauen und Kinder haben sich zum Schutz auf den Weg in andere europäische Länder gemacht, darunter auch Deutschland. Auch im Kreis Pinneberg sind in den vergangenen Monaten zahlreiche geflüchtete Menschen angekommen. Mit der Einrichtung einer **Koordinierungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine in der Kreisverwaltung** ist eine Struktur geschaffen worden, die ein planvolles Agieren in dieser krisenhaften Situation ermöglicht und die u. a. auch die Kommunen bei der Verteilung unterstützt. Die letzten verfügbaren Zahlen sind im Kapitel Integration (s. S. 33) zu finden. Da sich Personen aus der Ukraine in den ersten 90 Tagen frei bewegen dürfen und erst mit einer Registrierung die Residenzpflicht und der Erhalt von Sozialleistungen greift, ist die genaue Erfassung der Anzahl der geflüchteten Menschen noch schwierig.

Besonders viele Kinder und Jugendliche befinden sich unter den Geflüchteten, was gerade die Kindertageseinrichtungen und die Schulen vor große Herausforderungen stellt. Vielfach sind Kapazitätserweiterungen erforderlich, es gilt also auch Lösungen für **passende Angebote in der frühkindlichen und schulischen Bildung** zu entwickeln. Um zeitnah auf entstehende Bedarfe reagieren zu können, hat der Kreis regelmäßige Austauschtermine mit den Anbietern der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe eingerichtet. Insgesamt sind die bestehenden **Regelsysteme** im Kreis zu **stärken**. Es ist zu erwarten, dass bei einem größeren Teil der Menschen ein Bedarf an psychosozialer Versorgung besteht; Angebote wie die Traumaambulanz sind daher zu befähigen, angemessen mit der aktuellen Situation umgehen zu können.

Eine weitere Herausforderung stellt die sprachliche Verständigung dar. Nicht immer können die Geflüchteten Englisch, daher wird momentan auch die Unterstützung durch **Sprach- und Übersetzungs-Apps** genutzt. Entsprechende Sprachkurse sind im Kreis anzubieten, um eine schnelle gesellschaftliche Integration in Beruf und Alltag zu ermöglichen. Auch auf

der Internetseite und im Hilfeportal des Kreises (HIP) wurde Ukrainisch als Sprache ergänzt.

Eine weitere besondere Herausforderung ist der Wohnraum im Kreis Pinneberg. Wie im Kapitel Wohnen (s. S. 24) beschrieben, gibt es geringe Leerstandsquoten und für viele Bevölkerungsgruppen wird es zunehmend schwierig **passenden Wohnraum** zu finden. Dies wird sich durch die Flüchtlingsbewegung noch einmal verstärken.

Insgesamt sind die sozialen Hilfesysteme möglichst durchlässig zu gestalten, um die Bedarfe der Menschen aus der Ukraine schnell zu decken. Daneben ist es wichtig, dass der Kreis und die Kommunen das große gesellschaftliche Engagement durch Koordination und Unterstützung gut begleiten. Für die Herausforderungen im Kontext des Themas Flucht und Migration wird auf der Sozialplanungskonferenz im August ein gesonderter Workshop angeboten.

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat die gesellschaftlichen Abläufe in den vergangenen beiden Jahren stark geprägt. Lockdowns, Homeoffice, Distanzunterricht, abgesagte Veranstaltungen, digitale Treffen sowie hohe Arbeitsbelastungen aufgrund von Infektionen und Quarantäne in den Betrieben haben das Alltagsleben der Menschen bestimmt. Die Pandemie hat sowohl gesundheitliche als auch soziale Auswirkungen, die sich auch noch in den nächsten Jahren zeigen werden.

Besonders ältere Menschen haben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs einer Covid-19-Infektion. Mit der im vergangenen Jahr gestarteten **Impfkampagne** haben sich jedoch auch hier die Zahlen deutlich reduziert. Während im ersten Quartal 2022, im Vergleich zum Vorjahresquartal, fast 10-mal so viele Infektionen im Kreisgebiet zu verzeichnen waren, betrug die Anzahl der an Corona verstorbenen Personen

im gleichen Zeitraum nur noch etwa ein Zehntel (Kreis Pinneberg 2022). Welche langfristigen Folgen sich im Gesundheitsbereich, z. B. durch Long-Covid oder Neuro-Covid, ergeben werden, bleibt abzuwarten. Auch die Auswirkungen von verschobenen Operationen oder Früherkennungsuntersuchungen werden sich erst noch zeigen.

Während ältere Menschen stärker von den gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind, machen sich die sozialen Folgen besonders bei Kindern und Jugendlichen bemerkbar. Durch die zwei Jahre Pandemie hat es bei vielen Schüler*innen Lernrückstände gegeben. Auch die fehlenden persönlichen Kontakte haben zu einem verstärkten Verlust von sozialen Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen geführt. Motorische Fähigkeiten haben darunter gelitten, da z. B. während der Pandemie kein Schwimmunterricht erfolgen konnte. Mit zusätzlichen kostenlosen **Angeboten für Freizeitaktivitäten** sollten diese Defizite kompensiert werden. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollten wieder in Präsenz stattfinden können. Auch sozial-emotional auffälliges Verhalten und Mediensucht haben sich bei dieser Altersgruppe verstärkt, Präventionsangebote und sonderpädagogische Förderprogramme sollten daher ausgebaut werden.

Mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung „**Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche**“ sind finanzielle Mittel für zusätzliche Angebote in der frühkindlichen Bildung, sowie bei Sport-, Freizeit- und Ferienaktivitäten und bei der Unterstützung der Kinder und Jugendlichen in Schule und Alltag bereitgestellt worden. Weiterhin werden für den **Abbau der Lernrückstände** zusätzliche Förderangebote unterbreitet. Auf Kreisebene wurde für 2022 zusätzlich ein Kinder- und Jugendhilfesonderfonds in Höhe von 0,5 Mio. Euro zur Abmilderung der Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges eingerichtet. Die beschlossenen Eckpunkte bieten die Möglichkeit, die bestehenden Angebote im Kreis zu erweitern und darüber hinaus erforderliche Maßnahmen zum nächsten Doppelhaushalt kenntlich zu machen.

In der älteren Altersgruppe sind die sozialen Folgen besonders im Bereich der Pflege sichtbar. Die Pandemie hat die Personalnot noch einmal erhöht und besonders in der Anfangszeit verstärkte sich die soziale Isolation pflegebedürftiger Menschen, da Pflegeeinrichtungen unter strengen Hygiene- und Infektionsschutzregeln standen. Auch die Entlastung pflegender Angehöriger ist durch den Ausfall kompensierender Angebote weggefallen. Zukünftig sind hier kleinräumige Versorgungseinrichtungen nötig sowie eine **Aufwertung von Pflegeberufen** anzustreben.

Auch die Folgen der Pandemie können im Rahmen der Sozialplanungskonferenz im August auf einem gesonderten Workshop vertieft diskutiert werden.

Gesundheitliche Versorgung

Die Corona-Pandemie hat auch den Blick auf die gesundheitliche Versorgung von allen Seiten und Ebenen wieder verstärkt. Das Gesundheitssystem mit seinem ambulanten, stationären und Notfall-Bereich war und bleibt während der anhaltenden Pandemie unter extremer Belastung. Hohe Erfordernisse im Infektionsschutz, hohe Krankenstände und intensive Arbeitsbelastungen bei den Mitarbeitenden verstärken die Situation. Auch den Öffentlichen Gesundheitsdienst haben die letzten beiden Jahre durch Infektionsschutz, Kontaktpersonenermittlung und Unterstützung der Impfkampagne extrem gefordert.

Um sowohl in normalen als auch in Krisenzeiten Handlungsoptionen zu haben, mit denen gute Lebensbedingungen für die Menschen gestaltet werden können, ist ein gut ausgebautes Gesundheitswesen von hoher Bedeutung. Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass auf den unterschiedlichen kommunalen Ebenen verschiedene Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der beteiligten Akteur*innen bestehen, z. B. hinsichtlich der Verteilung von Kassensitzen oder der Krankenhausplanung. Hier bedarf es einer kontinuierlichen Zusammenarbeit und guter Abstimmung in den Schnittstellen zwischen den verschiedenen Sektoren der Prävention, ambulanter Versorgung, stationärer Versorgung, der Notfallversorgung und des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Ein erster Schritt zur verstärkten Kooperation im Kreis ist die im vergangenen Jahr gegründete neue **Fokusgruppe Gesundheitsversorgung**, in der sich unterschiedliche Beteiligte aus den verschiedenen Gesundheitssektoren austauschen und Handlungsempfehlungen entwickeln. Ein weiterer Schritt zur verbesserten Koordination wird die Etablierung einer **Kommunalen Gesundheitskonferenz** sein, in der sich in einem größeren Rahmen 1- bis 2-mal jährlich die relevanten Akteur*innen aus allen Gesundheitssektoren im Kreis treffen. Grundsätzliches Ziel ist dabei, die Gesundheitsversorgung und medizinische Infrastruktur im Kreisgebiet wohnortnah sicherzustellen und zukunftsfähig zu machen. Zusätzlich können sich einzelne Veranstaltungen auch mit speziellen Themen, z. B. Demenz, oder Zielgruppen, z. B. Kinder oder Menschen mit Behinderungen, beschäftigen. Eine mediale Begleitung wird auch zu einer zusätzlichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema Gesundheit führen.

Im Kreis Pinneberg gibt es seit dem letzten Jahr besonders intensive Diskussionen über die zukünftige Gestaltung der stationären Krankenhausversorgung. Der Sana Konzern hatte Pläne bekanntgegeben, die beiden aktuellen Klinikstandorte nicht zu modernisieren und im Kreis Pinneberg einen zentralen Krankenhauskomplex zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Dieses Projekt „**Regio 2030**“ ist auch intensiv im politischen Raum diskutiert worden. Es wurde eine eigene politische Arbeitsgruppe gegründet, die politischen Gremien haben sich ausführlich mit dem Vorhaben beschäftigt und auch die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung ist um eine Stellungnahme gebeten worden. Im März ist der Hauptausschuss übereingekommen, dass man einem zentralen Krankenhausneubau

positiv gegenübersteht und ein entsprechender Antrag auf Aufnahme in die Krankenhausplanung des Landes gestellt werden kann. Für die Umsetzung ist vorgesehen, dies im Rahmen eines Modellprojektes zu konzipieren. Hierbei sollen unter breiter Beteiligung neue sektoren- und kreisübergreifende Versorgungskonzepte sowie deren räumliche Umsetzung entwickelt werden. Die Kommunalen Gesundheitskonferenzen können hierbei als ein Instrument genutzt werden. Anspruch ist es, die einzelnen Gesundheitssektoren auch mit Pflege, Rehabilitation und Palliativversorgung stärker zu verzahnen. Ein erster Schritt wird darin bestehen, eine **Bestandsanalyse der gesundheitlichen Versorgung** in allen Sektoren im Kreisgebiet vorzunehmen.

Für eine gut abgestimmte gesundheitliche Versorgung gilt es allerdings nicht nur die Aspekte der Infrastruktur zu betrachten, sondern es müssen auch die Wünsche und Bedarfe der Bevölkerung in den Blick genommen werden. Besonders im Rahmen des demographischen Wandels und weiteren medizinischen Fortschritts werden sich hier in den nächsten Jahren entscheidende Veränderungen vollziehen. Sicherlich wird eine davon die zunehmende Digitalisierung im Gesundheitsbereich sein.

Im aktuellen Monitor Gesundheit Schleswig-Holstein der Techniker Krankenkasse zeigte sich, dass Online-Terminvergaben und digitale Rezepte die größte Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Knapp die Hälfte der Befragten kann sich digitale Sprechstunden per Videokonferenz vorstellen. Obwohl es einen breiten Wunsch nach gut ausgebauter wohnortnaher Versorgung gibt, geben 91% an, bei der Entscheidung sich entweder stationär wohnortnah oder durch eine spezialisierte Klinik versorgen zu lassen, die Spezialklinik zu wählen. Bei gesundheitlichen Beschwerden außerhalb der üblichen Praxisöffnungszeiten ist

der direkte Gang in die Notaufnahmen der Krankenhäuser der häufigste Schritt, noch vor einem Anruf bei der 112 oder dem Kontakt des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (Techniker Krankenkasse S.-H. 2022). Wie die Notfallversorgung verändert werden kann um eine ggf. notwendige Entlastung der Notaufnahmen herbeizuführen, sollte unter Beteiligung der Anbieter*innen und Nutzer*innen diskutiert werden, z. B. im Rahmen einer kommunalen Gesundheitskonferenz.

Die sich stetig verändernden Wünsche und Bedarfe der Einwohner*innen im Bereich der gesundheitlichen Versorgung sollten daher in den nächsten Jahren kontinuierlich erfasst werden. Eine Idee hierzu ist die Etablierung eines **Gesundheitsseismographen**, der stichprobenartig automatisierte Befragungen zu den Bedarfen in der Bevölkerung vornimmt. Der Kreis Pinneberg arbeitet hier zusammen mit der Nordakademie im Rahmen eines Pilotprojektes an einer möglichen Umsetzung. Hilfreich ist ggf. auch ein Datenaustausch mit den Kliniken, um gemeinsam einen Abgleich der Versorgungssituation vorzunehmen und z. B. die Notwendigkeit ambulanter Nachversorgung gut einzuschätzen zu können. Mit den Strukturen und Instrumenten der Sozialplanung des Kreises sind bereits erste Schritte für Planungs- und Steuerungsaufgaben im Gesundheitsbereich auf Kreisebene vollzogen, mit der neuen kreiseigenen **Gesundheitsplanung** und einer zusätzlichen **Gesundheitsberichterstattung** mit speziellen Indikatoren werden die planerischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter ausgebaut.

Zur künftigen Gesundheitsversorgung im Kreis wird es ebenfalls ein Diskussionsforum auf der Sozialplanungskonferenz im August geben.



Starke
Sozialpolitik in
Krisenzeiten



Download on the
App Store



GET IT ON
Google Play

Demographie- und Finanzdaten erstmals in der App FOKUS PI

Im vergangenen Fokusbericht war an dieser Stelle das Kapitel Sozioökonomische Kontextinformationen zu finden.

Im Fokus 2022 sind diese Daten erstmals als interaktive Grafiken in der App FOKUS PI zugänglich. Die Demographie-daten sind ab sofort einsehbar, die Finanzdaten werden bis zum 15.08.2022 verfügbar sein.

Um die App herunterzuladen, klicken Sie einfach auf das Symbol des App-Stores auf ihrem iPad bzw. Android Tablet, oder scannen Sie den dazugehörigen QR-Code.

HANDLUNGSFELD INFRASTRUKTUR SOZIALER ANGEBOTE



Zusammenfassung

Die niedrigschwellig präventiv ausgerichteten Angebote der sozialen Infrastruktur im Kreis sind zur Abmilderung der Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges deutlich zu stärken. Die durch das neue KJSG eintretenden massiven Veränderungen bis hin zur Etablierung sozialräumlicher Arbeitsstrukturen sind strukturiert zu planen und mit Kommunen und Kooperationspartnern zu gestalten. Elementare Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Infrastruktur sozialer Angebote bleibt die Gewinnung und Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Fachkräften.

Zahlen, Daten und Fakten

Zur Orientierung sind im HIP des Kreises Pinneberg zahlreiche Informationen zu sozialen Angeboten hinterlegt, die dort auch georeferenziert abgebildet werden. Nutzer*innen können sich die Angebote in der Nähe ihres Wohnortes einschließlich der dazugehörigen ÖPNV-Verbindungen anzeigen lassen und finden schnell passende Ansprechpartner*innen für Anliegen in allen Lebenslagen. Das Portal steht neben Deutsch in neun weiteren Sprachen, auch in Ukrainisch, zur Verfügung und kann auch für künftige rechtskreisübergreifende, sozialräumliche Arbeitsformen von Kommunen und dem Kreis genutzt werden.

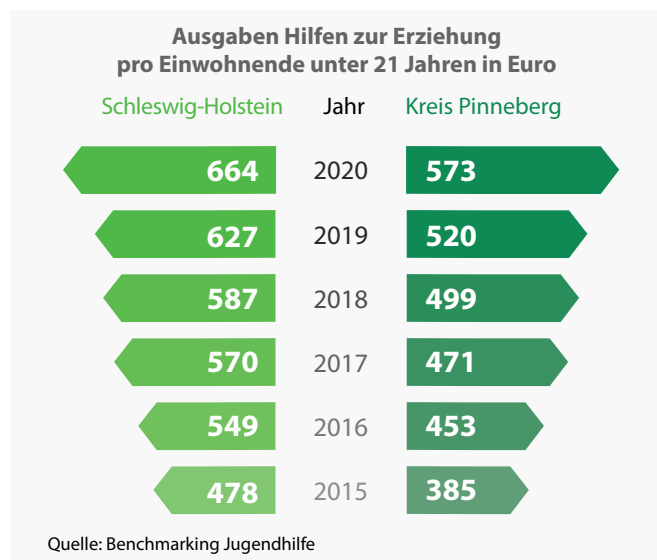
Die Infrastruktur der frühkindlichen Bildung wurde erweitert. Die Krippenplätze sind auch in den vergangenen Jahren im Kreisgebiet weiter ausgebaut worden: So wurden in den Kindergartenjahren 2019/2020 und 2020/2021 insgesamt 215 Plätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen.

Der Kreis Pinneberg setzt in hohem Maße auf die Kinder-tagespflege zur Betreuung der unter 3-Jährigen, die Dichte der Plätze in Kindertageseinrichtungen ist hingegen unterdurchschnittlich ausgeprägt (Benchmark Jugendhilfe 2021).

Um den Kommunen mehr Planungssicherheit für Investitionen in Kinderbetreuungsplätze zu ermöglichen, hat der Kreis seine Zuwendungsrichtlinie in diesem Bereich angepasst. Für die Fördersumme pro neu geschaffenem KiTa-Platz wurde ein Korridor mit einer gedeckelten Gesamtsumme festgelegt. Ein Leitfaden für die Kita-Bauförderung, um zeitgerecht

bewilligungsreife Anträge vorlegen zu können, wird aktuell erarbeitet.

Für die Bedarfsplanung wurden die Daten aus dem Kita-Portal in die Fachanwendung übertragen. Zurzeit wird die Prognosedarstellung kommunal abgestimmt und anschließend dem Jugendhilfeausschuss (JHA) vorgestellt. Mit der Arbeitsgruppe Kita der Kommunen wird das weitere Verfahren besprochen, mit dem Ziel, dem Kreistag im ersten Halbjahr 2023 eine Kindertagesstättenbedarfsplanung auf Basis aktueller Daten vom 31.12.2022 vorzulegen.



Bei den aufgrund festgestellter Bedarfe eingerichteten Jugendhilfemaßnahmen ist anzumerken, dass der Kreis Pinneberg 2020 landesweit die niedrigsten Bruttogesamtausgaben pro Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene unter 21 Jahren hat. Der Durchschnittswert des Landes liegt fast 100 Euro über dem des Kreises Pinneberg. Das Profil des Kreises weist eine hohe Falldichte, insbesondere im ambulanten Bereich, bei

geringen Fallkosten und Bruttogesamtausgaben auf. Diese verhältnismäßig günstige Kostenentwicklung steht auch im Zusammenhang mit dem für die Steuerung eingesetzten Personal und der generell präventiven kooperativen Ausrichtung des Hilfesystems. Die Steuerungsstrategie sollte in Verbindung mit der Wirkungsanalyse und einer sozialräumlichen Ausrichtung fortgeführt werden (Benchmark Jugendhilfe 2021).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Im Netzwerk Frühe Hilfen konnte den Auswirkungen der Corona-Pandemie mit zusätzlichen Mitteln im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen begegnet werden. Neben psychischen Überlastungen, vor allem der Mütter, werden auch Isolation und finanzielle Notlagen von Familien angeführt. Um Erkrankungen und sozial-emotionalen Auffälligkeiten von Kindern vorzubeugen, werden ergänzende Angebote in unterschiedlichen Themengebieten, insbesondere Maßnahmen zur psychosozialen Unterstützung von Familien, kurzfristig umgesetzt. Durch den weiteren Ausbau Früher Hilfen sowie die Förderung elterlicher Be- und Erziehungskompetenzen werden positive Entwicklungschancen für Kinder unterstützt und Risiken für Kindeswohlgefährdungen minimiert. Aus dem Angebot Elternberatung in Kindertagesstätten wird auf die Problematik erhöhten Medienkonsums im Zusammenhang mit der Pandemie und die Nutzung von Angeboten der Mediensuchtprävention wie die Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ hingewiesen. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund sind aufgrund sprachlicher Barrieren stärker von sozialer Isolation betroffen: Hier könnten mehr spezielle Angebote und Aktionen, auch für die Eltern, helfen. Der Pakt ÖGD mit zusätzlichem Personal in allen Bereichen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bietet gerade für die Frühen Hilfen viele Anschlussmöglichkeiten und Potenziale hinsichtlich einer systemübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne von Public Health vor Ort. Insbesondere sozial benachteiligte Familien könnten davon profitieren. Zudem kann die Lotsenfunktion der Frühen Hilfen im Bereich des Gesundheitswesens gestärkt werden. Auch mit der Etablierung einer kreiseigenen Gesundheitsplanung sind weitere Voraussetzungen einer stärkeren Verzahnung geschaffen worden. Für die bedarfsorientierte, konzeptionelle Neuausrichtung des präventiven Angebots der Elternberatung in Kindertagesstätten hat der Jugendhilfeausschuss Eckpunkte beschlossen, die als Schlüsselindikator auch den „Anteil der Kinder unter 6 Jahren in Bedarfsgemeinschaften“ beinhalten.

Die AG § 78 Kita hat sich für das Jahr 2022 auf die beiden Themenschwerpunkte Kinderschutz(-konzepte) und Inklusion verständigt. Die Themen werden jeweils in Unterarbeitsgruppen betrachtet und die Ergebnisse sollen dem JHA nach der Sommerpause vorgestellt werden.

In der Fokusgruppe AG § 78 Hilfen zur Erziehung wurden insbesondere die Folgen von Corona erörtert. Stabilisierende

Ressourcen wie Kita, Schule oder die Peergroup sind mittlerweile wieder verfügbar; dennoch treten die Folgen des vorübergehenden Ausfalls dieser Institutionen jetzt zu Tage. Einschränkungen der Umgangskontakte, insbesondere auch bei fremduntergebrachten Kindern und Jugendlichen, führen zu einer Zunahme von Aggression und Gewalt und in der Folge zu einer erhöhten Nachfrage bei Beratungsstellen. Es wurde diskutiert, wie diese durch unterschiedliche Maßnahmen, z. B. über ressourcenaktivierende Gruppenangebote, mit Hilfe von Förderprogrammen abgemildert werden können. Die AG Kinderschutz hat sich neu formiert und wird mit ihrer Arbeit die Handlungsfähigkeit und Handlungssicherheit innerhalb der Strukturen des Kinderschutzes erhöhen.

Auch der JHA hat sich intensiv mit Optionen zur Abmilderung der Folgen der Pandemie beschäftigt und einen Sonderfonds zur Krisenbewältigung als Sofort-Hilfe bereitgestellt. Dieser kann auch für Bedarfe im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eingesetzt werden.

Zentrales Thema bleibt weiterhin die Bekämpfung des Fachkräftemangels, mit der Förderung des dualen Studiums Sozialpädagogik/ Soziale Arbeit wurden erste positive Erfahrungen gesammelt. Die Fokusgruppe hat in Zusammenarbeit mit den Fraktionen ein Rahmenkonzept zum Ausbildungsverbund entwickelt und die politischen Gremien haben Mittel für weitere 10 Studienplätze ab Herbst 2022 freigegeben. Auch der Baustein eines gemeinsamen Qualifizierungsverbundes soll mit Hilfe externer Unterstützung weiterentwickelt werden. Es besteht der Wunsch alle Aktivitäten und Ressourcen zu bündeln und den Fachkräftemangel zentraler zu bearbeiten. Hierzu können Impulse auf der Sozialplanungskonferenz im August erfolgen.

Beherrschendes Thema der nächsten Jahre ist die stufenweise Umsetzung der umfänglichen und weitreichenden Neuregelungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG). Für eine inklusive Jugendhilfe ist vor allem ein Organisationsentwicklungsprozess des Jugendamtes samt seiner Kooperationspartner notwendig, der mit bereits laufenden Projekten wie z. B. der Wirkungsorientierten Steuerung oder der Einführung der E-Akte zu synchronisieren ist. Das komplexe Vorhaben soll von einer internen Projektleitung koordiniert und von einer externen Prozessbegleitung unterstützt werden. In diesem Kontext wurde auch über die Neuorganisation der Unterarbeitsgruppen der AG § 78 und Beteiligungsmöglichkeiten der unterschiedlichen

Akteur*innen im Vorhaben rechtskreisübergreifendes sozialräumliches Arbeiten gesprochen. Hierfür können auch die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt zur Implementation und Förderung funktionaler interdisziplinärer Versorgungsstrukturen für Kinder aus suchtbelasteten Familiensystemen genutzt werden, die für die Praxis aufbereitet und in Form eines Handlungsleitfadens veröffentlicht werden.

Die Fokusgruppe Kinder- und Jugendarbeit begleitet aktiv die Umsetzung der Handlungsempfehlung zur Bestands- und Bedarfsanalyse der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus dem Jahr 2021, um die soziale Infrastruktur hier bedarfsorientiert weiterzuentwickeln (s. S. 52).

Auch die Fokusgruppe Teilhabe hat sich mit verschiedenen Aspekten des Fachkräftemangels beschäftigt. Gut ausgebildete und angemessen entlohnte Fachkräfte machen einen großen Teil der Qualitätssicherung aus und beeinflussen die Leistungs- und Kostenstruktur. Die Lage verschärft sich, da z. B. die Stadt Hamburg besser bezahlt. Zur Entwicklung effektiver Maßnahmen wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet. Auch die Spitzenverbände und das Land sollten das Thema im Schulterschluss gemeinsam bewegen.

Anfang 2022 hat sich der Fachdienst Teilhabe in multi-professionellen Teams neu organisiert. Im nächsten Schritt wird in Abstimmung mit weiteren Facheinheiten und den Anbietern der Aufbau sozialräumlicher Arbeitsstrukturen vorangetrieben. Dabei spielt auch die Frage von möglichen Budgets eine Rolle, die zukünftig auch mit Hilfe sozioökonomischer Daten gesteuert werden sollen.

Weiter wurden die Themen Wirkung und Wirksamkeit und das entsprechende Konzept der KOSOZ auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Analog zu der Wirkungsorientierung in der Jugendhilfe sollen strukturierte Möglichkeiten zur Fortentwicklung und Verbesserung im Sinne der Klient*innen genutzt werden. Erkenntnisse aus der Wirkungsdiagnostik führen zu passgenaueren Hilfen und damit teilweise auch zu Kostenreduzierungen.

Mit Bezug auf die Corona-Auswirkungen hat die eingeführte einrichtungsbezogene Impfpflicht den Fachkräftemangel in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe zusätzlich verstärkt. Durch coronabedingte Ausfälle von Fachkräften konnten Menschen mit Behinderung teilweise weder betreut noch gefördert werden und mussten gleichzeitig auch finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Hilfeplanungen per Aktenlage und nur im digitalen Austausch gestalteten sich schwierig. Für Menschen mit Suchterkrankung oder psychischen Belastungen sind schnell nahtlose Hilfen zu installieren. Neben dem Aufbau zusätzlicher Angebote ist die Vernetzung zwischen Leistungserbringern weiter zu fördern und zu stärken.

Besondere Herausforderungen für die soziale Infrastruktur ergeben sich auch aus der aktuellen Ukraine-Krise. Das Thema Krieg verunsichert Familien und Fachkräfte, psychosoziale Beratungsangebote und Fachveranstaltungen werden vermehrt nachgefragt. Da hauptsächlich geflüchtete Frauen und Kinder im Kreis eintreffen, sind zunächst die vorhandenen und bewährten niedrigschwelligen Regelangebote zur Betreuung und Beratung gezielt zu stärken. Wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) versorgt werden müssen ist zurzeit nicht valide prognostizierbar.

Sozialräumliche Strukturen gestalten



HANDLUNGSFELD MOBILITÄT



Zusammenfassung

Die Pendlerverflechtungen und auch die PKW-Dichte im Kreisgebiet erreichen neue Höchststände. Die Corona-Pandemie hat auch dazu geführt, dass viele Gründe für Fahrten entfallen sind. Sowohl im Bereich ÖPNV als auch beim Radverkehr werden Angebote und Infrastruktur weiter ausgebaut.

Zahlen, Daten und Fakten

Auch im Jahr 2021 erreichten die Pendlerbewegungen einen neuen Höchststand. Die Zahl der Berufspendelnden, sowohl in den Kreis Pinneberg als Arbeitsort als auch in einen Ort außerhalb des Kreises hat weiter zugenommen. Etwa 72.500 Einwohner*innen des Kreises, pendeln zu ihrem Arbeitsplatz außerhalb des Kreisgebietes, dies sind noch einmal 1.100 Personen mehr als im Jahr zuvor. Die Hansestadt Hamburg bleibt mit 72 % das Hauptziel. Etwas mehr als 52.300 Einwohner*innen des Kreises Pinneberg haben dort ihren Arbeitsplatz, was eine Zunahme von etwa 200 Personen bedeutet. In die anderen Städte und Kreise in Schleswig-Holstein pendelten demgegenüber nur etwa 12.500 Menschen, was eine Zunahme von etwa 500 im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Kreise Segeberg (6.000) und Steinburg (2.800) sind hierbei mit knapp 70 % die beiden Schwerpunkte in Schleswig-Holstein.

Noch stärker als die Pendelbewegung aus dem Kreis heraus hat das Einpendeln in den Kreis Pinneberg zugenommen. Etwa 1.500 Personen mehr als im Jahr zuvor wohnen in anderen Kreisen und haben ihren Arbeitsplatz im Kreis Pinneberg. Insgesamt sind dies nun fast 37.200 Menschen. Aus den Städten und Kreisen in Schleswig-Holstein pendeln etwa 15.500 Menschen ein, wobei die Kreise Segeberg mit 4.900 und der Kreis Steinburg mit 7.200 die beiden Hauptregionen (77 %) aus Schleswig-Holstein sind. Knapp dahinter liegt die Hansestadt Hamburg, hier pendeln etwa 15.300 Menschen in das Kreisgebiet ein. Die Zunahme an Einpendelnden aus der Hansestadt beträgt etwa 700 Personen und macht damit die Mehrheit des Zuwachses im vergangenen Jahr aus.

Ein kurzer Blick soll in diesem Jahr auch auf Fernpendelnde gerichtet werden, also auf Personen, die nicht aus dem nord-deutschen Raum kommen oder dort arbeiten. Etwa 5.100 Einwohner*innen des Kreises pendeln in die übrigen Bundesländer und etwa 3.300 Menschen pendeln aus diesen Bundesländern in das Kreisgebiet zu ihrem Arbeitsplatz (Agentur für Arbeit 2021). Hohe Mobilitätsbedarfe in der Metropolregion und den umliegenden Gebieten ergeben sich auch schon aus

Entwicklung Pendlerströme über die Kreisgrenzen

 in den Kreis	Jahr	 aus dem Kreis
37.198	2021	72.502
35.764	2020	71.399
35.147	2019	70.989
34.983	2018	69.576
34.640	2017	67.502
33.574	2016	66.196

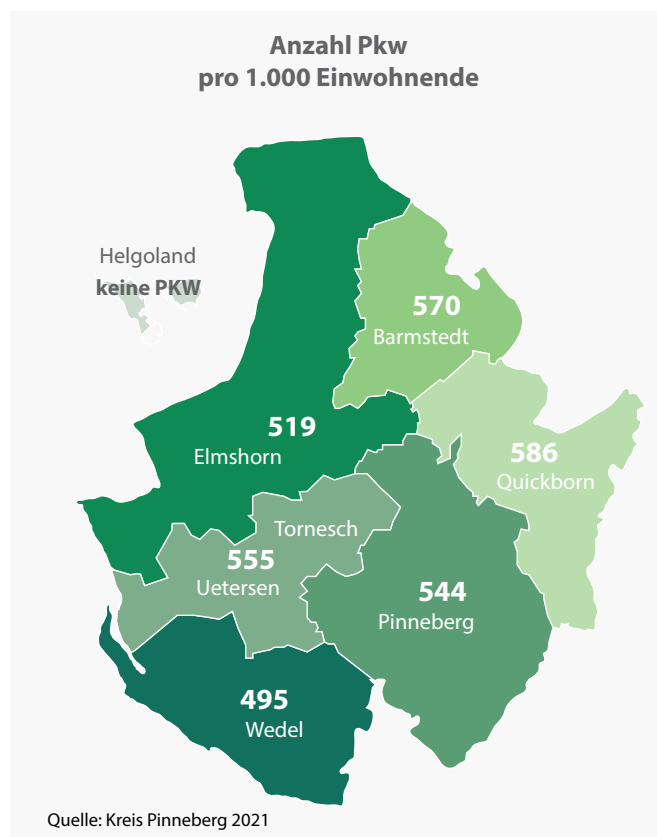
Quelle: Agentur für Arbeit

den zunehmenden Strömen der Berufspendelnden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass mit dieser Statistik nur Unterschiede zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsort erfasst werden und nicht, wie oft oder mit welchem Verkehrsmittel diese Distanz überwunden wird.

Mit dem Covid-19 Mobility Project des Robert Koch Instituts und der Humboldt Universität Berlin werden die Bewegungsdaten im Kreisgebiet anhand von Mobilfunkdaten analysiert. Seit etwa Juni 2021 zeigt sich, dass die Bewegungen wieder das Niveau von Anfang 2020 erreicht haben und bis auf geringere Mobilität zwischen Weihnachten und Silvester 2021 setzt sich dieser Trend aktuell kontinuierlich bis ins Frühjahr 2022 fort (Covid-19 Mobility Project 2022).

Beim Motorisierungsgrad sind die Werte für Ende 2020 auf allen Ebenen weiter gestiegen. Die Werte für den Kreis werden mit 566 Fahrzeugen je 1.000 Menschen angegeben, dies ist weiterhin ein niedrigerer Wert als für Gesamtdeutschland mit 580 und Schleswig-Holstein mit 589 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020). Für den Vergleich innerhalb des Kreises werden die Daten der Zulassungsstelle genutzt, die nur Fahrzeugzahlen von Privatpersonen verwendet. Aufgrund der anderen Datenbasis ist der Vergleich mit den Werten des Bundes und Landes nicht sinnvoll. Aus der Graphik wird ersichtlich, dass im Betrachtungsraum Wedel der Wert besonders niedrig ist, während in den nördlichen eher ländlichen Regionen höhere Werte zu verzeichnen sind. Regionale Strukturen scheinen entsprechend den Fahrzeugbesitz zu beeinflussen.

Der letzte erfasste ÖPNV-Verkehrsmarktanteil für den Kreis Pinneberg betrug 10 %, womit der Kreis im Landesvergleich weiterhin in der Spitzengruppe liegt; dies unterstreicht die hohe Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs (MID 2017). Die Zufriedenheit mit dem ÖPNV, die sich allerdings nicht nur auf den Kreis Pinneberg, sondern auch auf das HVV-Gesamtgebiet bezieht, hat sich auf gutem Niveau nochmals leicht verbessert. Im Umland von Hamburg bekommen besonders die digitalen Angebote des HVV, aber auch das Linien- und Streckennetz, das Corona-Krisenmanagement und die Fahrzeuge gute Bewertungen. Eher mäßige Bewertungen im Umland gibt es für die Haltestellen, sowohl bei den Themen Komfort, Barrierefreiheit und Sicherheit sowie bei nahegelegenen Parkplatzmöglichkeiten für Autos und Fahrräder. Hinsichtlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigt sich, dass fast ein Drittel der ehemaligen HVV-Nutzer*innen das Angebot im vergangenen Jahr gar nicht genutzt hat. Auch knapp zwei Drittel der vormaligen intensiven Nutzer*innen haben deutlich weniger Fahrten unternommen. Die hauptsächlichen Gründe hierfür sind, dass Termine und Veranstaltungen nicht stattgefunden haben oder Fahrten zur Arbeit aufgrund von Homeoffice wegfielen (ÖPNV-Kundenbarometer hvv, Kantar 2021). Für Februar 2022 haben die Nutzer*innenzahlen



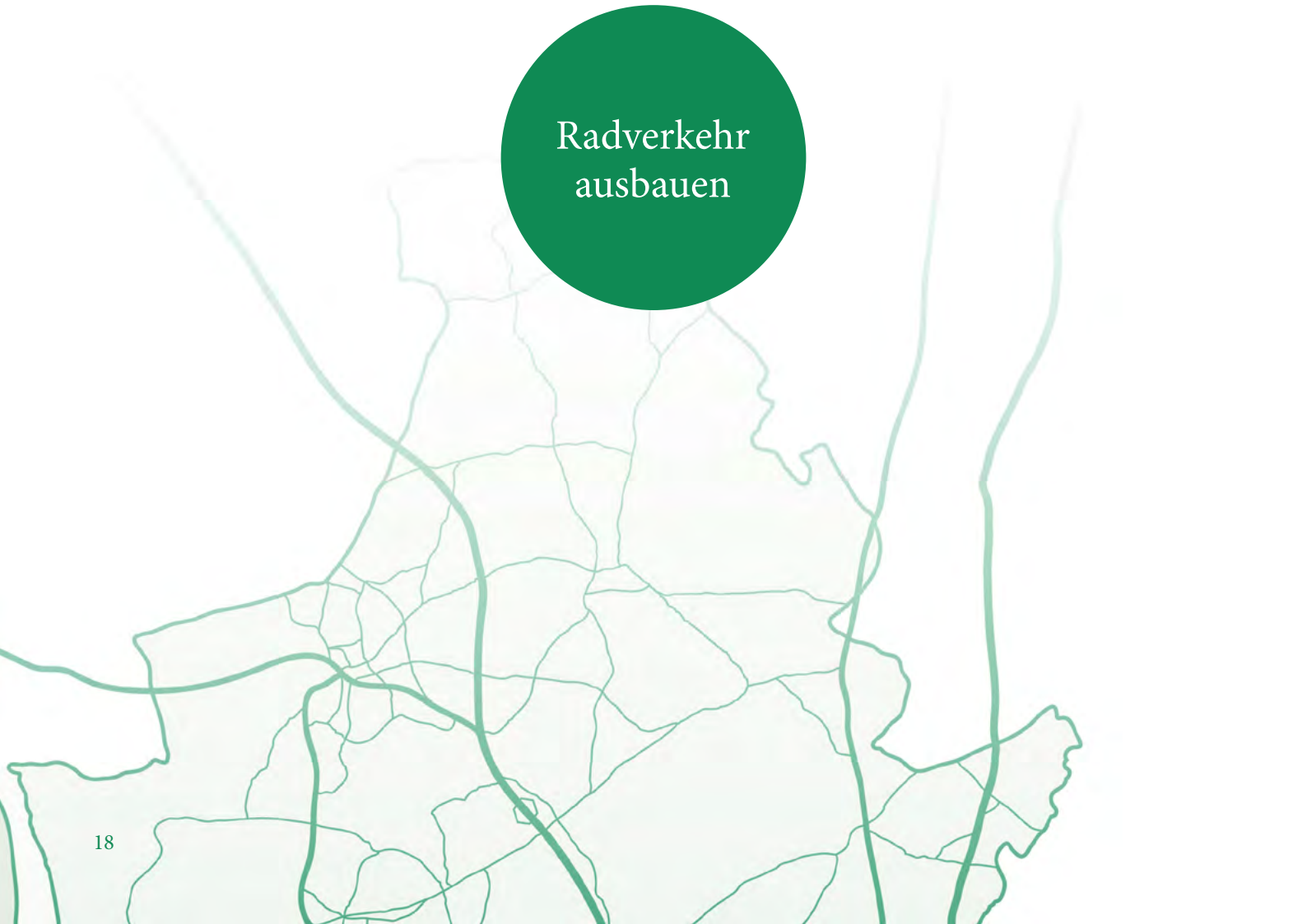
im HVV-Gesamtbereich wieder 73 % des Vor-Corona-Niveaus erreicht (hvv 2022).

Bei der letzten Erhebung hatte das Fahrrad im Kreis Pinneberg als Hauptverkehrsmittel einen Anteil von mehr als 16 %, der Kreis Pinneberg zeigte hier den höchsten Wert aller Umlandkreise in der Metropolregion Hamburg (MID 2017).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Mit dem letzten Fahrplanwechsel wurde das ÖPNV-Angebot erheblich erweitert. Hierzu gehören auch Linien und Taktverdichtungen, die in den Kreis Segeberg oder in das Hamburger Stadtgebiet führen. Dies passt auch zu der zunehmenden Anzahl an Berufspendler*innen aus dem und in das Kreisgebiet. Das Finanzierungsvolumen dieser Maßnahmen beträgt jährlich ca. 1,5 Mio. Euro und stellt den größten Entwicklungsschritt in der ÖPNV-Geschichte des Kreises Pinneberg dar. Ab dem neuen Schuljahr entfällt für die anspruchsberechtigten Schüler*innen der Eigenanteil für das ÖPNV-Ticket. Im Bereich des Schienenverkehrs soll die Infrastruktur zwischen Pinneberg und Elmshorn durch vier Gleise ausgebaut, sowie der Elmshorner Bahnhof umgebaut werden. Die Verlängerung der geplanten S-Bahn-Linie S4 Ost (aus Bad Oldesloe kommend) als S4 West bis Elmshorn ist dabei ebenso im aktuellen Landesnahverkehrsplan vorgesehen. Der neue 5. Regionale Nahverkehrsplan des Kreises bildet den Rahmen für die weiteren ÖPNV-Entwicklungen bis 2026. Dazu gehört auch das Thema Elektrifizierung des ÖPNV, das in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen wird.

Das Radverkehrskonzept des Kreises Pinneberg, welches von einer Arbeitsgruppe begleitet wird, bildet die Basis für die Ausgestaltung des Radverkehrs. Die Förderung von jährlich 1 Mio. Euro zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in den Kommunen ist in die mittelfristige Finanzplanung bis 2025 aufgenommen worden und die Förderrichtlinie wurde redaktionell angepasst. Auch Kampagnen wie STADTRADELN, an denen sich der Kreis seit mehreren Jahren beteiligt, sollen das Bewusstsein und den Umstieg auf das Rad fördern. Der Kreis Pinneberg ist Mitglied bei RAD.SH, einem Verein der den Rad- und Fußverkehr der Kommunen und Kreise im Land durch Vernetzung verstärken möchte. Der Verein feiert dieses Jahr sein fünfjähriges Bestehen. Der Ausbau von Abstellanlagen in der Nähe von Bahnhöfen in einigen Kommunen soll einen besseren Umstieg auf die verschiedenen Verkehrsmittel („Modal Split“) fördern. Beim Radschnellweg in der Metropolregion, der zwischen Hamburg und Elmshorn geplant ist, wird der Kreis die Gesamtzuständigkeit für Planung und Errichtung auf dem Gebiet des Kreises Pinneberg übernehmen. Als erster Teilabschnitt ist die Planung der Strecke aus dem Hamburger Stadtgebiet über Halstenbek bis zur Stadtgrenze Pinneberg vorgesehen.



Radverkehr
ausbauen



HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT

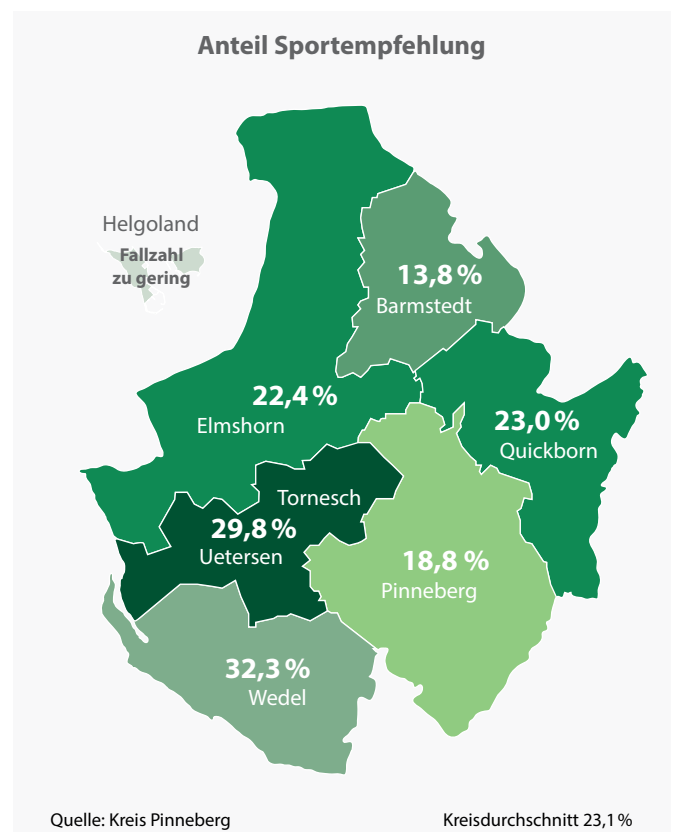


Zusammenfassung

Die Schuleingangsuntersuchungen konnten während des letzten Jahres nur teilweise stattfinden. Das Thema Gesundheitliche Versorgung wird in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen, es gilt eine gute Verzahnung zwischen den verschiedenen Sektoren sicherzustellen. Während ein schwerer Krankheitsverlauf von Corona eher bei älteren Menschen auftritt, haben besonders Kinder und Jugendliche die Belastungen der pandemiebedingten Maßnahmen zu tragen. Motorische, psychische und psychosomatische Auffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen werden erwartet, in allen Altersgruppen wird mit mehr psychischen Erkrankungen gerechnet.

Zahlen, Daten und Fakten

Die aktuellsten Daten der Schuleingangsuntersuchung sind für das Einschulungsjahr 2019/2020 vorhanden, d. h. Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht ersichtlich. Überhaupt hat Corona dazu geführt, dass in 2020 die Schuleingangsuntersuchungen für längere Zeit ausgesetzt werden mussten sowie in 2021 nicht vollständig und mit erhöhtem Aufwand durchgeführt wurden. Die entsprechenden Daten daraus sind damit nicht repräsentativ, womit auch für die Sozialberichterstattung im Kreis keine aktuellen nutzbaren Daten präsentiert werden können. Die Aussetzung der Schuleingangsuntersuchung war ebenso in den anderen Städten und Kreisen in Schleswig-Holstein der Fall. Aus diesem Grund hat auch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren im vergangenen Jahr keinen Landesbericht zu den Schuleingangsuntersuchungen veröffentlicht, aus dem Informationen präsentiert werden könnten. Mit der Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst hat der Kreis Pinneberg in diesem Jahr erstmals eine eigene Gesundheitsplanung. Dies wird dazu führen, dass in den nächsten Jahren die Gesundheitsberichterstattung deutlich ausgebaut werden kann.



Basierend auf den letzten verfügbaren Daten der Schuleingangsuntersuchung haben 23,1 % der Kinder im Kreisgebiet eine Empfehlung für kompensatorischen Sport erhalten, z.B. wegen Auffälligkeiten bei Gewicht, Verhalten, Motorik oder Haltungsschwäche. Dies ist fast der gleiche Werte wie in dem vorherigen Jahrgang. Regional betrachtet zeigen sich deutliche Unterschiede: Während im Betrachtungsraum Wedel mit 32,3 % fast jedes 3. Kind eine Empfehlung erhält, sind es im Raum Barmstedt mit 13,8 % und Pinneberg mit 18,8 % deutlich geringere Werte. Tendenziell gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Sportempfehlung und Übergewichtigkeit, so liegt auch in den Betrachtungsräumen Barmstedt und Pinneberg der Anteil der übergewichtigen Kinder deutlich unter dem Kreisdurchschnitt. Allerdings bestätigt sich dieser Zusammenhang im Raum Wedel nicht, wo es auch einen unterdurchschnittlichen Anteil an Übergewichtigkeit gibt. Die genauen Werte zur Übergewichtigkeit sind im letztjährigen Fokusbericht oder im digitalen Sozialbericht einsehbar (Kreis Pinneberg 2019).

Die nicht ausreichende Sprachkompetenz in deutscher Sprache weisen im gesamten Kreis 18,9 % der untersuchten Kinder auf. Die Sprachkompetenz ist in hohem Maße von der gesprochenen Sprache innerhalb der Familie abhängig. Bei Kindern mit Migrationshintergrund weisen etwa 58 % eine nicht ausreichende Sprachkompetenz auf (Kreis Pinneberg 2019). Durch die eingeschränkten Betreuungszeiten während der Pandemie wird hier mit einer weiteren Zunahme gerechnet.

Basis der Informationen über die Gesundheit von Erwachsenen sind die Diagnosen der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen bei den gesetzlichen Krankenkassen. Die Auswertung erfolgt allerdings nur für die Mitglieder der jeweiligen Krankenkasse. Für die Mitglieder der Barmer im Kreis Pinneberg zeigt sich, dass diese im Jahr 2020 bei den Krankheitstagen etwa 10 % unterhalb des Bundesdurchschnitts lagen. Der überwiegende Teil der Krankschreibungen resultiert aus leichten Erkrankungen, so hatten ca. 30 % der Krankschreibungen eine Dauer von

1 bis 3 Tagen. Psychische Störungen als Grund für eine Krankschreibung haben sich weiter erhöht. Auch die Auswirkungen von Covid zeigten sich, im März 2020 war der höchste Anteil an Krankenständen zu vermelden. Dies könnte damit zusammenhängen, dass ab diesem Zeitpunkt auch eine telefonische Krankschreibung ermöglicht wurde und die Menschen schon bei leichten Erkältungssymptomen krankgeschrieben wurden. Bei Versicherten mit jüngeren Kindern könnten auch die Schul- und Kita-Schließungen zu einem Anstieg der Krankschreibungen geführt haben (Barmer Gesundheitsreport 2021).

Diese Ergebnisse zeigten sich auch bei den anderen Krankenkassen. Die meisten Krankschreibungen gab es weiterhin aufgrund von Muskel-Skelett-Erkrankungen. Die Verhaltensänderungen der Menschen durch die Corona-Pandemie, Schließungen von Sportstätten und weniger Mobilität durch Homeoffice-Verpflichtung führten auch dazu, dass z. B. Krankschreibungen aufgrund von Verletzungen durch Unfälle deutlich zurückgingen. (u.a. TK Gesundheitsreport 2021, DAK Gesundheitsreport 2021).

Auch bei den vollstationären Behandlungen im Kreisgebiet zeigten sich 2020 die Auswirkungen der Pandemie. Im Jahr 2019 sind noch etwa 69.400 Behandlungen in den Krankenhäusern durchgeführt worden, in 2020 waren es mit etwa 59.900 fast 10.000 weniger (Statistikamt Nord 2020). Dies ist auch damit zu erklären, dass es im Frühjahr 2020 bei den Regio-Kliniken eine Aufteilung der Versorgung stattgefunden hat. Alle Covid-Patient*innen wurden in Elmshorn behandelt und dort wurden freie Betten für rasch steigende Zahlen in der stationären Versorgung vorgehalten. Weiterhin wurde das Elektivprogramm eingeschränkt.

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Der Umgang mit und die Folgen der Pandemie waren auch im vergangenen Jahr Schwerpunkte in diesem Handlungsfeld. Zu den beiden bisherigen Fokusgruppen Fachbeirat Sucht und dem Arbeitskreis Gemeindenahe Psychiatrie ist im vergangenen Jahr die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung neu gegründet worden.

Der Fachbeirat Sucht hat sich mit der Aktualisierung des Suchthilfeplanes beschäftigt. Die Beratungsanfragen im Bereich Sucht sind im vergangenen Jahr nicht zurückgegangen, teilweise wurde wegen der pandemischen Bedingungen auf virtuelle und telefonische Beratung zurückgegriffen. Gerade ältere Klient*innen konnten mit dieser Form der Beratung eher schwer erreicht werden. Selbsthilfegruppen und andere Gruppenveranstaltungen mussten entweder in den virtuellen Raum oder in größere Räumlichkeiten mit geeignetem

Hygienekonzept verlegt werden. Zusätzlich mussten viele Präventionsveranstaltungen abgesagt oder verschoben werden. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen wird ein großer Nachholbedarf gesehen. Als Folge könnte hier der Konsum legaler und illegaler Substanzen zunehmen. Eine intensivere Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe wird hier als wichtig angesehen. Zudem wird in allen Altersgruppen aufgrund der Reduzierung sozialer Kontakte und den erschwerten Zugängen zu den Hilfen während der Pandemie eine Verstärkung von Suchtproblematiken erwartet. Niedrigschwellige Angebote sollten daher ausgebaut werden und ihre Zugänge erleichtert werden. Basierend auf diesen Erkenntnissen hat der Fachbeirat Sucht auch die Handlungsempfehlung „Schaffung einer Koordinator*innenstelle für die Gruppenangebote für Kinder aus suchtbelasteten Familien bzw. Kinder psychisch kranker Eltern“ (s. S. 62) entwickelt. Mit der Koordination

sollen eine bessere Vernetzung zwischen den Angeboten sichergestellt und Kinder niedrigschwelliger an die Angebote herangeführt werden. Die Handlungsempfehlung wird auch vom AK Gemeindenahe Psychiatrie unterstützt. Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat die Handlungsempfehlung als steuerungsrelevant eingeschätzt. Im Bereich Glücksspielsucht erwartet man ebenso einen Anstieg der Fälle, hier ist die Zusammenarbeit zwischen Sucht- und Schuldnerberatung zu verstärken. Eines der Themen, welches den Fachbeirat Sucht in diesem Jahr beschäftigen wird, ist die geplante Legalisierung von Cannabis. Weiterhin wird aufgrund der Belastungen der Pandemie erwartet, dass die psychischen Erkrankungen in den nächsten Jahren zunehmen werden, was sowohl Auswirkungen auf den ambulanten als auch auf den stationären Bereich haben wird.

Die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung hat in ihrer ersten Sitzung eine Themensammlung vorgenommen. Der zentral formulierte Anspruch ist eine bestmögliche gesundheitliche Versorgung im Kreis zu ermöglichen und dabei sowohl Menschen mit besonderen Bedarfen als auch den ländlichen Raum im Blick zu behalten. Die Infrastruktur im Kreis soll zukunftsfest ausgerichtet werden, dies kann z. B. durch Konzepte zur Bündelung von Versorgungsangeboten erfolgen. Die Fokusgruppe möchte sich übergreifend mit allen Sektoren beschäftigen - also Prävention, Notfallversorgung, Öffentlichem Gesundheitsdienst sowie regulärer ambulanter und stationärer Versorgung. Besonders die Schnittstellen und Zugänge sollen betrachtet werden. Zudem ist man sich bewusst, dass die gesundheitliche Versorgung vieler Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen in eigener Verantwortung gestaltet wird. Als mögliches Instrument werden Kommunale Gesundheitskonferenzen vorgeschlagen, die auch klären, welche Gestaltungsmöglichkeiten auf Kreisebene bestehen. In den weiteren Sitzungen der Fokusgruppe erfolgte ein Austausch über das Projekt „Regio 2030“ und die mögliche Zentralisierung der stationären Versorgung. Auf Wunsch des Kreistages hat die Fokusgruppe eine Stellungnahme abgegeben, dass sie einem zukunftsorientierten und an

den Bedarfen der Bevölkerung orientierten Zentralkrankenhaus positiv gegenübersteht. Wichtig ist ein Gesamtkonzept auf Basis einer umfassenden Bestandsanalyse der Gesundheitsversorgung zu erstellen und dafür die Bedarfslagen im Kreis Pinneberg zu ermitteln. Auch ein Ausbau der Gesundheitsberichterstattung ist hierbei erforderlich. Im Kreis Pinneberg wird diese durch den Aufbau einer Gesundheitsplanung, deren 1,3 Stellen durch den ÖGD-Pakt finanziert werden, realisiert. Auch im Kapitel „Zentrale Herausforderungen der Sozialpolitik bis 2030“ (s. S. 8) wird auf weitere Aspekte der Gesundheitsversorgung eingegangen. Zudem diskutierte die Fokusgruppe bereits kurz gesundheitliche Aspekte der Geflüchteten des Ukraine-Krieges. Bis alle Personen über eine Krankenkassen-Chipkarte verfügen erfolgt eine Versorgung mit Berechtigungsscheinen des Sozialamts. Zunächst bis Ende Mai entspricht der Leistungsumfang dem Asylbewerberleistungsgesetz, was auch die Berechtigung für Impfungen und Kindervorsorgeuntersuchungen umfasst.

Hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wird noch einmal betont, dass das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs mit dem Alter zunimmt und Impfungen dieses Risiko abmildern. Kinder und Jugendliche hingegen haben deutlich seltener schwere Verläufe, sind hingegen durch die Einschränkungen der pandemiebedingten Maßnahmen deutlich stärker belastet. Erste Studien berichten von einer Zunahme an Übergewichtigkeit, es sollten daher noch mehr, für alle erreichbare, kostenfreie Sport- und Bewegungsangebote unterbreitet werden. Weiterhin hat sich bei Kindern und Jugendlichen das Risiko für psychische und psychosomatische Auffälligkeiten erhöht. Gerade bei kleineren Kindern sind sprachliche, motorische und sozial-emotionale Defizite verstärkt aufgetreten. Hier werden zusätzliche niedrigschwellige Angebote empfohlen.



Sektorenübergreifende
Versorgung
etablieren



HANDLUNGSFELD WOHNEN



Zusammenfassung

Trotz weiterer Neubauten sind die Preise für Wohnraum, auch während der Corona-Pandemie, deutlich angestiegen. Neben den Bedarfen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an passendem Wohnraum, gewinnt auch die Frage von bezahlbarem Wohnraum als Standortfaktor, z. B. zur Fachkräftegewinnung, vermehrt an Bedeutung.

Zahlen, Daten und Fakten

Das Bevölkerungswachstum im Kreisgebiet führt zwangsläufig zu einer Steigerung der Anzahl an Haushalten und Wohnungen. Der Bestand an Wohnungen im Kreisgebiet betrug Ende 2020 etwa 156.900, weiterhin haben dabei knapp 66 % eine Größe von drei bis fünf Zimmern. Es wurden 2020 insgesamt 1.550 neue Wohnungen fertiggestellt, 17 weniger als im Vorjahr. Tendenziell waren es eher kleinere Wohneinheiten. Etwa 53 % der neuen Wohnungen hatten eine Größe von ein bis drei Zimmern, im Jahr davor waren dies nur 44 %. Es zeichnet sich ab, dass die Anzahl der neu fertiggestellten Wohnungen 2021 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abnimmt. Die erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude sind weiter rückläufig. In 2020 sind etwa 1.460 Genehmigungen erteilt worden, ein Rückgang um etwa 250 im Vergleich zum Vorjahr (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020).

Wie schon in den vergangenen Jahren setzt sich der Trend zur Vergrößerung der durchschnittlichen Wohnfläche je Einwohner*in fort. Nun stehen durchschnittlich je Einwohner*in 45,2 qm zur Verfügung und damit etwa 0,3 qm mehr als im Vorjahr. Im Landesvergleich ist dies immer noch der geringste Wert. Andere Kreise in Schleswig-Holstein kommen auf Werte bis zu 57,2 qm pro Einwohner*in, was mit den teilweise wesentlich niedrigeren Grundstückspreisen und der städtischen Struktur des Kreises zusammenhängt (Interkommunale Vergleichs-Systeme 2020). Etwa 4.650 Wohnungen im Kreis waren Ende 2020 durch den sozialen Wohnungsbau gefördert, etwa 200 mehr als noch im Vorjahr. Das Verhältnis der sozial

geförderten Wohnungen zu allen Wohnungen hat sich in den vergangenen Jahren wenig geändert. Der Neubau von sozial geförderten Wohnungen führt lediglich dazu, dass die Quote von 2,8 % in etwa erhalten bleibt. Eine Steigerung des Anteils ist jedoch nicht zu verzeichnen. Nach dem aktuellen Stand wird bis 2025 für etwa 14 % dieser Wohnungen die Bindungspflicht entfallen (IB.SH Mietmonitoring 2020). Da die Anzahl der Wohnungen insgesamt zunimmt, würde sich ohne einen Ausbau von sozial geförderten Wohnungen die Quote in Zukunft verringern.

Anteil sozial geförderter Wohnungen an allen Wohnungen



Quelle: Statistikamt Nord, IB.SH

Die Preise für Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser sind im vergangenen Jahr, trotz Corona-Pandemie, anhaltend gestiegen. Sowohl für Neu- als auch für Bestandsbauten waren in fast allen großen Kommunen Steigerungen von deutlich über

15 % zu verzeichnen. Die Randgebiete um Hamburg wie Schenefeld, Wedel, Rellingen oder Halstenbek bleiben dabei die Spitzenreiter bei den Preisen, aber auch bisher günstigere Kommunen wie Barmstedt haben sich deutlich verteuert (Landesbausparkasse Immobilienmarktatlas 2022).

Die Eigentümerquote im Kreis wird nur im Rahmen des Zensus erhoben, 2011 wurde die Quote mit 53 % angegeben (Statistikämter des Bundes und der Länder). Voraussichtlich ab 2024 wird es hierzu neue Informationen geben. Etwa 47 % der Haushalte im Kreis Pinneberg haben demnach ein Haus oder eine Wohnung gemietet. Die Preise für Neuvermietungen sind in allen größeren Kommunen und kreisweit weiter steigend. Im Durchschnitt liegen die Quadratmeterpreise im Kreisgebiet bei 9,18 Euro pro qm. In den Kommunen im Hamburger Randgebiet liegen die Preise für Neuvermietungen inzwischen bei etwa 10 Euro pro qm und teilweise darüber (IB.SH Mietmonitoring 2020).

Der durchschnittliche Anspruch auf Wohngeld steigt im Jahr 2020 um 25 Euro auf 206 Euro, damit liegt der Kreis Pinneberg weiterhin deutlich über dem Durchschnitt des Landes von 181 Euro, bei diesem war ein Anstieg um 23 Euro zu verzeichnen. Der Bundesdurchschnitt ist noch geringer und liegt bei 177 Euro, hier betrug der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr 24 Euro. Die Zahl der Haushalte im Wohngeldbezug steigt, auch durch Reformen, um 425 Haushalte auf nunmehr 1.905 an (Statistikämter des Bundes und der Länder 2020). Auch hier zeigen sich beim Wohngeld die vergleichbar hohen Wohnkosten im Kreis Pinneberg.

Auch in den nächsten Jahren ist von steigenden Wohnkosten auszugehen. Nach einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung gehört der Kreis Pinneberg zu den Regionen, in denen bis 2030 nur eine geringe Leerstandsquote für Wohnungen prognostiziert wird (BBSR 2019).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Coronabedingt mussten sowohl die Regionalen Wohnungsmarktkonferenzen im Rahmen des Projekts „Wohnen in der Metropolregion Hamburg – bedarfsgerecht, zukunftsfähig, gemeinsam“ als auch das geplante Austauschforum Wohnen nochmals verschoben werden. Das Projekt eines gemeinsamen Wohnungsmarktmonitorings in der Metropolregion geht in diesem Jahr in die Konzeptionsphase. Das Bundesgesetz zur Mietspiegelreform tritt zu Beginn der zweiten Jahreshälfte in Kraft. Dies sieht vor, dass für Kommunen mit über 50.000 Einwohnenden Mietspiegel erstellt werden müssen. Konkretisiert wird das Gesetz durch eine Landesregelung in Schleswig-Holstein, welche entsprechende Zuständigkeiten festlegt.

Wohnmöglichkeiten für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen oder geringen Einkommen bleiben weiterhin zentrale Themen verschiedener Gremien und Fokusgruppen. Die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Baukosten werden als zentrales Hemmnis für bezahlbares Wohnen angesehen. Im Bereich des Kurzzeitwohnens für Menschen mit Behinderung wurde von den politischen Gremien ein Platzfreihaltgeld beschlossen, um den Bewohner*innen des Kreises ein besseres Angebot für Kurzzeitwohnplätze vor Ort zu ermöglichen. Die Fokusgruppe Teilhabe hat eine Abfrage zum Rückkehrwunsch in das Kreisgebiet von extern untergebrachten Menschen mit Behinderung initiiert. Mit Ergebnissen ist in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen.

Die Handlungsempfehlung „Finanzielle Anreize zum Erwerb von Belegrechten und Verlängerung von bestehenden Belegrechtsbindungen“ aus dem letztjährigen Planungsdossier wird ausführlich in den politischen Gremien beraten. Das Netzwerk der „Pinneberger Erklärung“, welches sich für die Schaffung von barrierearm gestaltetem Wohnraum einsetzt, hat sich mit der Mietpreisentwicklung im Kreisgebiet, dem Umsetzungsstand barrierefreier Bauprojekte und den Fördermöglichkeiten der Sozialen Wohnraumförderung beschäftigt. Weitere Themen waren Internetportale, die einen Schwerpunkt auf barrierefreies oder rollstuhlgerechtes Wohnen legen, sowie verschiedene Best-Practice-Beispiele inklusiv gestalteter Wohngemeinschaften aus dem Bundesgebiet.

Insgesamt betonen zahlreiche Fokusgruppen die Bedeutung von bezahlbarem Wohnen als wichtigen Standortfaktor für die Region, um z.B. in Zukunft auch genügend Fachkräfte im Kreis zu halten. Besonders mit dem weiter erwarteten Bevölkerungswachstum bleibt die Schaffung von Wohnraum eine zentrale Herausforderung. Auch die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wird die Entwicklung des Wohnungsmarktes weiter beeinflussen.

Kauf- und Mietpreise pro qm 2021

						
Städte und Gemeinden	Einfamilienhäuser	Eigentumswohnungen	Neubau Häuser	Neubau Eigentumswohnungen	Grundstücke Einfamilienhäuser*	Neuvermietungen *
Barmstedt 	3.219,00 € (+ 31,3%)	3.006,00 €	2.763,00 € *	3.302,00 € *	225,00 €	8,24 €
Elmshorn 	3.439,00 € (+ 28,4%)	2.880,00 € (+ 25,0 %)	3.792,00 € (+ 24,9%)	3.092,00 €*	275,00 €	8,60 €
Halstenbek 	5.000,00 € (+ 28,4 %)	4.163,00 € (+ 24,8%)	5.449,00 € (+ 27,9 %)	4.252,00 €*	525,00 €	10,05 €
Pinneberg 	3.320,00 €	2.947,00 €	4.234,00 € (+ 17,2 %)	4.494,00 € (+ 22,2 %)	500,00 €	9,50 €
Quickborn 	4.066,00 € (+ 29,6%)	3.140,00 € (+ 16,2%)	4.577,00 € (+ 30,2%)	4902,00 € (+ 17,2 %)	306,00 €	9,55 €
Rellingen 	4.755,00 € (+ 19,91%)	3.947,00 € (+ 18,8%)	4.761,00 € (+ 20,1%)	4.829,00 € (+ 16,0 %)	506,00 €	10,00 €
Schenefeld 	4.828,00 € (+ 30,9%)	4.836,00 € (+ 36,6%)	4.717,00 €	5.476,00 €	450,00 €	10,28 €
Tornesch 	3.684,00 € (+ 18,0 %)	3.660,00 € (+ 34,9%)	3.287,00 €*	4.793,00 € (+ 16,1%)	300,00 €	9,20 €
Uetersen 	3.410,00 € (+ 21,1%)	2.812,00 € (+ 25,7%)	3.704,00 €	4.139,00 € (+ 24,6 %)	260,00 €	8,25 €
Wedel 	4.452,00 €	4.064,00 € (+ 22,2%)	4.571,00 €	4.955,00 €	500,00 €	9,99 €

Höchstpreise jeweils hervorgehoben, Preisanstiege um mehr als 15 % zum Vorjahr sind vermerkt.

Quellen: LBS-Immobilienmarkttatlas / IB.SH Mietenmonitoring / Gutachterausschuss des Kreises Pinneberg

* Zahlen aus 2020



HANDLUNGSFELD BILDUNG



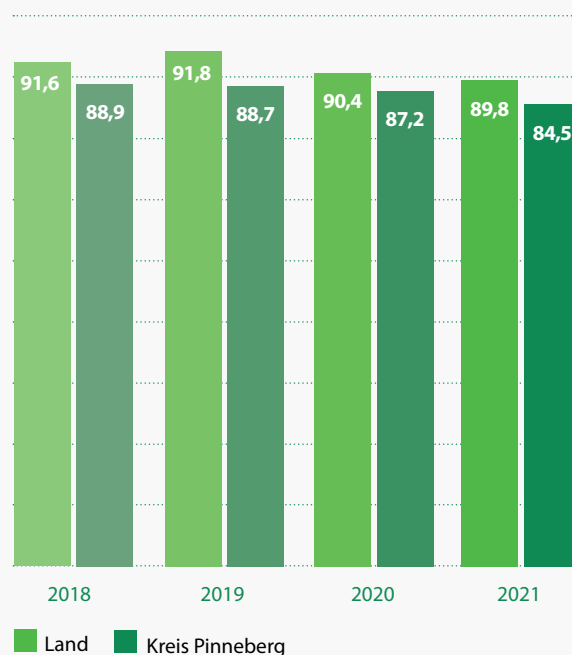
Zusammenfassung

Im Bereich der frühkindlichen Bildung bleibt im Kreis die Tagespflege ein wichtiger Baustein. Die Betreuungsquote liegt deutlich unter dem Bundes- und Landeswert. Im schulischen Bereich zeigen sich die sozialen Auswirkungen der Pandemie nach Rückkehr zum Präsenzunterricht besonders deutlich. Durch die Aufnahme geflüchteter Schüler*innen aus der Ukraine sind zusätzliche Aufgaben für die Schulen hinzugekommen. Digitalisierung bleibt in der gesamten Bildungslandschaft ein wichtiges Thema.

Zahlen, Daten und Fakten

Die Betreuungsquote, also das Verhältnis von betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Tagespflege zu allen Kindern zwischen 3 und 6 Jahren, ist in 2021 sowohl im Kreis als auch im Land und Bund deutlich gesunken. Da diese Daten jährlich im März erhoben werden, könnte ein Teil des Rückgangs mit den vorherrschenden Lockdowns und erweiterten Infektionsschutzregeln im März 2021 erklärt werden. Der Kreis Pinneberg weist eine Betreuungsquote von 84,5 % auf und liegt damit deutlich unter dem Wert des Landes von 89,8 % und des Bundes von 91,1 %. Die Betreuung in der Tagespflege ist im Kreis Pinneberg mit 2,9 % deutlich höher als im Land mit 1,9 % und im Bund mit 1,0 % (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021). Die Tagespflege im Kreis Pinneberg hat damit weiterhin eine zentrale Bedeutung in der Kinderbetreuung. Ein weiterer Ausbau der Betreuungskapazitäten in den nächsten Jahren ist zu erwarten.

Ü3-Betreuungsquote in %



Die Betreuungsquote beschreibt das Verhältnis der betreuten Kinder zu allen Kindern in der jeweiligen Altersklasse.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

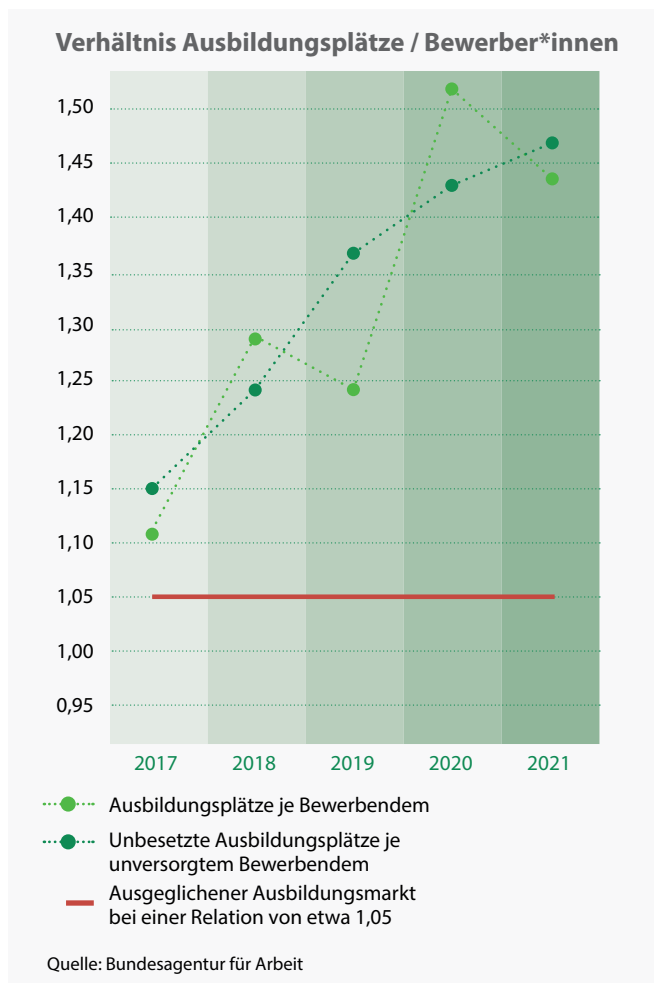
Die Anzahl der Schüler*innen an öffentlichen und allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2020/2021 ist nahezu unverändert bei etwa 33.900 geblieben. Auch bei den öffentlichen beruflichen Schulen hat sich wenig verändert, hier wird die Anzahl der Schüler*innen weiterhin mit ca. 6.900 angegeben (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020).

Bei den Schulabschlüssen gab es im Entlassungsjahr 2020 fast keine Veränderungen. Der Anteil der Schüler*innen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ist minimal um 0,1% auf 7,7 % gestiegen. In dieser Quote sind auch der Schüler*innen mit Förderschulabschluss mit einbezogen. Wenn diese herausgerechnet werden, dann bleibt die Quote der Schüler*innen ohne Schulabschluss unverändert bei 3,4 %. Die Quote der Abiturient*innen an allen Schulabgänger*innen verharrt ebenso unverändert bei 38,3 % (Schulamt Kreis Pinneberg 2020).

Bei den Ausbildungszahlen gibt es im Vergleich zum Vorjahr wenig Veränderung. Etwa 950 Menschen haben sich bei der Agentur für Arbeit für einen Ausbildungsplatz in 2021 gemeldet, etwa 20 mehr als im Vorjahr. Für das Ausbildungsjahr sind etwa 1.340 Plätze gemeldet worden, was etwa 70 Ausbildungsstellen weniger sind als im Jahr davor.

Das Verhältnis zwischen den Bewerber*innen und den Ausbildungsplätzen hat sich wenig reduziert und liegt nun bei 1,42, bei den unversorgten Bewerbender*innen und den unbesetzten Ausbildungsplätzen beträgt das Verhältnis nun 1,46. Die Anzahl unversorgter Bewerber*innen ist unverändert bei 560 Personen, die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze steigt leicht auf 820.

Besonders viele Bewerber*innen gab es auf Ausbildungsplätze in den Bereichen Verkauf, Arztpraxen, Fahrzeugtechnik sowie Büro und Sekretariat. Dies sind auch die vier Bereiche, in denen es insgesamt die meisten Ausbildungsplätze gibt. Es sind aber auch gleichzeitig die Bereiche, mit



den meisten unbesetzten Ausbildungsplätzen. Hierbei gilt zu beachten, dass das Bewerber*innenprofil nicht immer zur Ausbildungsstelle passt und daher ein Ausbildungsvertrag nicht zustande kommt (Agentur für Arbeit 2021).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Die Erkenntnisse aus der Fokusgruppe AG §78 Kita sind im Kapitel Infrastruktur sozialer Angebote näher beschrieben (s. S. 13).

Im Bereich der frühkindlichen Bildung konnte im Rahmen der Evaluation des neuen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiTaG) eine erste grobe Zwischenbilanz zur Umsetzung gezogen werden. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen wurde festgestellt, dass eine gute Kommunikation mit den Einrichtungen und Kommunen sowie die Qualität und Aktualität der Kita-Datenbank ein wesentlicher Gelingensfaktor für eine gute Steuerung sind. Bezogen auf die pädagogische Qualität werden zunächst die vorgeschriebenen Mindeststandards umgesetzt. Im laufenden Jahr werden u. a. die bisher vorliegenden

Evaluationsergebnisse aus Sicht aller Beteiligten gemeinsam ausgewertet und die Kindertagesstättenbedarfsplanung neu aufgelegt (s. S. 12). Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels an Sozialpädagogischen Assistent*innen (SPA) und Erzieher*innen sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Fachkraft-Kind-Schlüssel und damit die Qualität in den Einrichtungen verbessert werden kann. Das Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) ergänzt hier das ebenso in 2020 eingeführte Stipendium-Modell für Erzieher*innen und Schüler*innen im Bereich der Heilerziehungspflege.

Die Handlungsempfehlung der AG § 78 HzE für einen Ausbildungsverbund Duales Studium für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik wird umgesetzt, ab Herbst 2022 werden

weitere 10, aus Kreismitteln bezuschusste, Studienplätze eingerichtet (s. S. 13).

Nach der Rückkehr zum Präsenzunterricht zeigen sich die sozialen Folgen der Pandemie im Schulkontext besonders deutlich. Verloren gegangene soziale Fähigkeiten führen zu Frustration und depressiven Verstimmungen. Insgesamt ist die Belastbarkeit rückläufig und Schulabsentismus nimmt zu, was den Abbau von Lernrückständen erschwert. Besonders betroffen sind Kinder im Vorschulalter, für die durch die ausgesetzten Schuleingangsuntersuchungen keine Antizipation von extremen Auffälligkeiten und Diagnostiken erfolgen konnte. Als wirksame Maßnahmen werden daher Projekte beschrieben, die soziale Erfahrungen und Selbstwirksamkeit ermöglichen. Vor der Pandemie bestehende Angebote im Schulkontext und in der Freizeit müssen neu beworben und so ausgebaut werden, dass sie auch Kindern aus prekären Verhältnissen zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für niedrigschwellige Beratungs- und aufsuchende Angebote für Familien zu Themen wie Medienkompetenz und -sucht.

Trotz des Fachkräftemangels müssen die steigenden Bedarfe von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gedeckt werden. Die Themen Prävention und Gesundheitsvorsorge sollten künftig einen höheren Stellenwert erhalten. Zusätzliche Aufgaben ergeben sich für die Schulen durch die Aufnahme der geflüchteten Kinder aus der Ukraine. Für eine schnelle Integration in die Regelschulen ist vor allem der Spracherwerb in DaZ-Klassen zu organisieren, hierfür werden zusätzliche Unterstützungslehrkräfte benötigt. Neben den personellen Herausforderungen bei ohnehin bestehendem Lehrkräftemangel fehlen teilweise auch geeignete Räumlichkeiten.

Auch in der außerschulischen, informellen, non-formalen und politischen Bildung, die stark durch die Kinder- und Jugendarbeit geprägt ist, müssen Strukturen erst wieder reaktiviert werden. Es gilt Ehrenamtliche und Vereinsverantwortliche zu motivieren, Gruppen- und Projektangebote für Kinder und Jugendliche neu oder wieder zu starten. Da digitale

Formate weiterhin ergänzend eingesetzt werden, bleibt auch die Medienkompetenz ein wichtiges Thema. Wegen der hohen Belastungen durch die Pandemie sollte sichergestellt sein, dass den Beteiligten die Kooperationsstrukturen und Abläufe im Kinderschutz bekannt sind.

Bei der Bildung für Neuzugewanderte stand vor allem das Thema Sprachausbildung im Zentrum. Hierzu hat das ehemalige Aktionsbündnis Integration eine Handlungsempfehlung zur Einrichtung und Kostenübernahme inklusiver Deutsch- und Integrationskurse für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung entwickelt (s. S. 60). Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat die Handlungsempfehlung als steuerungrelevant eingeschätzt. Ziel ist Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und einer kognitiven Beeinträchtigung die gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gemeinschaft, an Bildung und am Arbeitsleben zu ermöglichen. Auch die Unterstützungsmaßnahmen zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung wurden weiter thematisiert und bearbeitet.

Der Kreistag hat der vorgelegten Schulentwicklungsplanung zugestimmt, diese soll in 2023 fortgeschrieben werden. Zwischen Kreis und Schulträgern soll eine digitale Schulentwicklungskonzeption entstehen, die gemeinsam mit Ressourcenbedarfen zum Doppelhaushalt 2023/ 2024 finalisiert werden soll. Ziel ist es, ein umfassendes kreisweites Schul-IT-Dienstleistungs- und Support-Konzept auf Basis eines Medienentwicklungsplanes inkl. eines geeigneten Monitorings zu erstellen, dem sich alle Schulen und Schulträger anschließen können.

Im Bereich der Qualitätsentwicklung schulischer Unterstützungssysteme soll zur Steuerung der schulischen Eingliederungshilfen nach dem SGB VIII ab dem Schuljahr 2023/24 ein Modell der sog. Klassenassistenten als Infrastrukturangebot an Grundschulen im Kreis stufenweise umgesetzt werden. Die Bereitstellung einer konstanten systemischen Ressource in der Schule soll erfolgen, bis schulische Unterstützungssysteme in Schulen landesweit so aufgebaut sind,



Kita- und
Schulsystem
unterstützen

dass Schüler*innen mit und ohne Behinderung ein individuell zugeschnittenes Bildungsangebot erhalten können.

Im Übergang von der Schule in den Beruf wurde betont, dass Praktikumsangebote zur Berufsvorbereitung während der Pandemie weiterhin deutlich reduziert waren und damit die Übergangsperspektive erschweren. Die Jugendberufsagentur verzeichnete als Folge der Pandemie an beiden Standorten mehr Beratungsanfragen. Besonders bei Schulabgänger*innen mit Vermittlungshemmnissen gestaltete sich eine kontinuierliche Begleitung schwierig. Daher wird diskutiert, für die rechtskreisübergreifende Arbeit mit hohen Abstimmungsbedarfen zusätzliche Ressourcen für Jugendsozialarbeit bereitzustellen.

Gezielte Maßnahmen sollen arbeitslosen Jugendlichen Wege in den Beruf und die Gesellschaft ermöglichen.

Nach der aktuellen Beschlusslage von 2015 soll im Kreis im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen ein Bildungsmonitoring und ein Bildungsmanagement aufgebaut werden. In der Praxis hat sich dieser Anspruch in den letzten Jahren als nicht umsetzbar erwiesen, so dass erneut bewertet werden sollte, ob beides über eine Beteiligung an Bildungsprogrammen des Bundes mit Eigenanteilen erreicht werden kann.



HANDLUNGSFELD INTEGRATION



Zusammenfassung

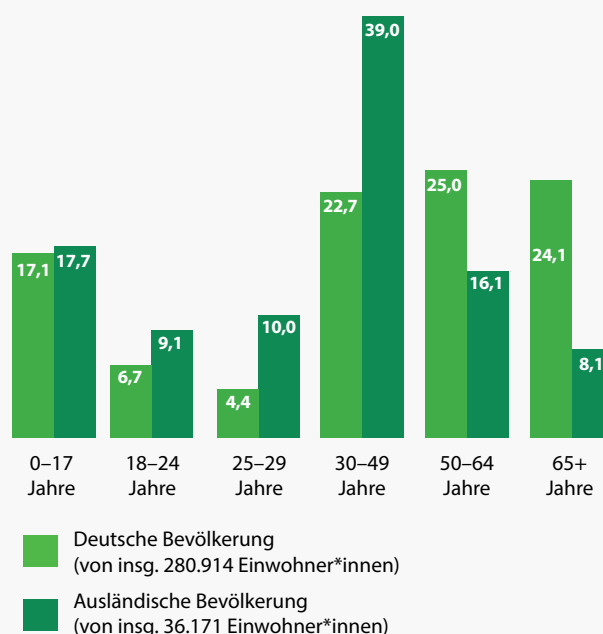
Anteil und Anzahl der ausländischen Bevölkerung nehmen weiter zu, der aktuelle Bevölkerungszuwachs im Kreis ist allein auf ausländische Personen zurückzuführen. Die ausländische Bevölkerung ist deutlich jünger, die Bedarfe für Integration besonders beim Spracherwerb sowie im Bereich Ausbildung und Beruf bleiben weiterhin hoch. Mit dem Ukraine-Krieg sind weiter steigende Zahlen und Bedarfe zu erwarten.

Zahlen, Daten und Fakten

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Kreis Pinneberg hat sich Ende 2020 leicht um 0,3 % auf nun 11,4 % erhöht, für die Kreise in Schleswig-Holstein ist dies der höchste Anteilswert. In Schleswig-Holstein liegt der durchschnittliche Anteil deutlich niedriger bei 8,6 %. Allein die kreisfreien Städte im Land weisen höhere Anteile auf. Insgesamt besitzen etwa 36.170 Menschen Ende 2020 im Kreisgebiet einen ausländischen Pass, dies sind ca. 1.000 Personen mehr als noch im Vorjahr. Damit geht auch das aktuelle Bevölkerungswachstum im Vergleich zum Vorjahr allein auf die ausländische Bevölkerung zurück. In der Tendenz sind die Anteile in den größeren Kommunen höher als in den kleineren Gemeinden. Eine Ausnahme bildet hier die Hochseeinsel Helgoland mit einem Anteil ausländischer Bevölkerung von 13,4 % (Statistikamt Nord 2020). Gründe könnten der Bedarf an speziellen Fachkräften aufgrund der besonderen Wirtschaftsstruktur der Hochseeinsel oder auch an Saisonkräften im Tourismus sein. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist für jede Kommune im digitalen Sozialbericht verfügbar. Auf Basis des letzten Zensus haben weitere 8,7 % Einwohner*innen einen Migrationshintergrund, d.h. mindestens ein Elternteil hat eine ausländische Staatsbürgerschaft oder wurde im Ausland geboren (Zensus, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011). Im Rahmen des aktuellen Zensus 2022 werden hier voraussichtlich deutlich höhere Anteile ermittelt werden.

In der Altersverteilung gibt es deutliche Unterschiede zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung.

Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020

Während bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahre die Anteilswerte noch vergleichbar sind, haben die Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren in der ausländischen Bevölkerung jeweils deutliche höhere Anteilswerte. Während fast die Hälfte (49,1 %) der deutschen Bevölkerung über 50 Jahre alt ist, ist es bei der ausländischen Bevölkerung nicht einmal jeder Vierte (24,2 %). Die demographische Alterung im Kreis ist daher besonders durch die deutsche Bevölkerung geprägt. (Statistikamt Nord 2020). Hingegen ist die ausländische Bevölkerung also deutlich jünger. Integrationsbedarfe bestehen daher stärker bei den jüngeren Altersgruppen, die sich noch in der Schule, in Ausbildung oder am Berufsbeginn befinden.

Mit einer minimalen Zunahme um 0,2 % stellen EU-Bürger*innen weiterhin den größten Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 37,3 %. Leicht rückläufig um 0,6 % sind Personen mit einem türkischen Pass (14,4 %), sie bilden aber weiterhin die zweitgrößte Gruppe. Dem folgen Menschen aus Syrien (9,6 %), Afghanistan (6,2 %) und der Russischen Föderation (2,9 %), alle Anteile sind hier im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert (Statistikamt Nord 2020).

Die Anzahl der Einbürgerungen nimmt im Vergleich zu den Vorjahren leicht ab. 575 Personen haben sich in 2020 einbürgern lassen, erstmals bilden Personen mit einer Aufenthaltsdauer von unter 8 Jahren die größte Gruppe. Etwa 44 % hatten zuvor die Staatsbürgerschaft eines anderen europäischen Landes, insgesamt knapp 21 % sogar eines anderen EU-Landes (Statistikamt Nord 2020).

Aktuell gibt es 2021 etwa 1.380 Empfänger*innen von Asylbewerberleistungen im Kreisgebiet, die Gesamtzahl ist wie schon im Vorjahr fast unverändert (Kreis Pinneberg 2021). Die meisten dieser Personen wechseln nach einer gewissen Zeit in den Leistungsbereich des SGB II. Ab Juni werden Hilfen und soziale Unterstützung für bedürftige Flüchtlinge aus der Ukraine nicht nach dem Asylbewerbersozialhilfegesetz, sondern nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuchs (SGB) gewährt. Bis zum 17.05.2022 haben sich 3.045 Schutzsuchende aus der Ukraine über das Online-Kontaktformular des Kreises gemeldet.

Da die Schuleingangsuntersuchungen aufgrund der Coronapandemie nicht in ausreichender Zahl durchgeführt werden konnten, existieren keine neuen Daten zur Sprachentwicklung.

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Das bisherige Aktionsbündnis für Neuzugewanderte ist in diesem Jahr zu einer Fokusgruppe der Sozialplanung gewechselt. Diese Entwicklung ermöglicht es, Handlungsempfehlungen im Bereich der Integration zu erarbeiten und zielgenau an die Politik zu kommunizieren. Eine erarbeitete Handlungsempfehlung ist die Entwicklung spezieller Deutsch- und Integrationskurse für Menschen mit Fluchterfahrungen und



In der letzten verfügbaren Schuleingangsuntersuchung hatten etwa 58 % der Kinder mit Migrationshintergrund eine nicht ausreichende Sprachkompetenz (Kreis Pinneberg 2019).

Der aktuelle Sozialbericht des Landes Schleswig-Holstein gibt zusätzliche Hinweise auf die besonderen Herausforderungen der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. So besteht für ausländische Familien mit minderjährigen Kindern ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Weiterhin sind ausländische Personen deutlich häufiger im Land auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen und weisen eine höhere Arbeitslosenquote auf. Die männlichen Schulabsolventen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben zudem die geringste Abitur-Quote in Schleswig-Holstein (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren 2020).

kognitiven Einschränkungen (s. S. 60). Diese ermöglichen die gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gemeinschaft und einen Zugang zu Bildung und dem Arbeitsmarkt. Als nächstes größeres Vorhaben wird das Handlungskonzept Integration in Form einer Workshop-Reihe unter Beteiligung von Politik und Fachexpert*innen fortgeschrieben, der Prozess wird begleitet von der neu gebildeten Fokusgruppe Integration.

Die Themen Sprache, Bildung und Arbeitsmarktintegration spielen weiterhin eine wichtige Rolle im Handlungsfeld Integration. Ein Hauptziel ist es, die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund vor der Einschulung zu verbessern und so Sprachaufälligkeiten zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es die Bildungsprogramme „Rucksack KiTa“ im Elementar- und „Griffbereit“ im Krippenbereich. Die Projekte wurden durch Kreismittel finanziert und zunächst als Pilot angeboten. Zudem wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Nach der Auswertung der empirischen Ergebnisse wird über eine Ausweitung des Angebots beraten. Erfreulich ist, dass Kinderbetreuungsangebote mittlerweile auch von Familien mit Migrationsgeschichte stärker genutzt werden. Leider stoßen die Betreuungsplätze im Kreis an ihre Kapazitätsgrenzen. Dies erschwert Familienmitgliedern oft die nötige Kinderbetreuung, um zu arbeiten oder an Deutschkursen teilzunehmen. Dieses Problem lässt sich auch in der schulischen Bildung erkennen. Lehrer*innenmangel für DAZ-Klassen führt zu überfüllten Klassen und Schulkinder müssen zum Teil auf andere Orte im Kreis ausweichen, um am Unterricht teilnehmen zu können.

Bei der Arbeitsmarktintegration ist die Personengruppe mit einem Duldungsstatus besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Von Arbeitnehmer*innen- sowie von Arbeitgeber*innenseite gibt es immer noch viele rechtliche Unsicherheiten bei einer Verpflichtung von Personen mit Duldungsstatus. Um dem zu begegnen und die Erteilung von Arbeitserlaubnissen zu beschleunigen, wird eine engere Zusammenarbeit mit der Zuwanderungsbehörde und der Agentur für Arbeit angestrebt. Momentan haben Neuzugewanderte eine geringere Bestehensquote beim Erstversuch der Abschlussprüfung. Um dem entgegenzuwirken, wird sich die Arbeitsgruppe Ausbildungsrealität neu strukturieren und die Ausbildungsbetriebe stärker in ihre Aktivitäten miteinbeziehen. Die Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung und Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen sind wieder angelaufen. Jedoch ist es bedauerlich, dass durch coronabedingte Ausfälle Jugendliche, die inzwischen 18 Jahre und älter sind, nicht mehr daran teilnehmen können. Im Ausbildungsbereich ist die Parallelbelastung durch Ausbildung, Spracherwerb und Prüfungen weiter hoch. Hier hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) neue berufsbezogene Begleitmaßnahmen gestartet. Diese finden jetzt auch dort statt, wo die Lehrlinge lernen und arbeiten, z. B. an der Beruflichen Schule.

Bei der Arbeitsmarktintegration wurden die Arbeitskreise der Kommunen und des Kreises zusammengeführt, um die anstehenden Themen fokussierter bearbeiten zu können. Ein wichtiges Thema sind niedrigschwellige Arbeitsangebote und Grundbildungsbedarfe für Migrant*innen ohne Schulabschluss, um dem Fachkräftemangel im Kreis entgegenzuwirken. Hierzu arbeitet der Kreis Pinneberg weiterhin intensiv mit dem Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge in Neumünster zusammen.

Auch die sprachliche Erwachsenenbildung stellt ein zentrales Thema der Integration dar. Mit dem Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung können Mütter und Sprachkursbesucher*innen seit Januar 2020 für sich die Möglichkeit der Teilzeitausbildung in Anspruch nehmen. Mit

diesem System, sowie mit der Vermittlung von Sprachkursen über Onlineportale wurden in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht. Über das Portal der Koordinierungsstelle Deutschkurs-Kompass, genannt Deutschkursfinder (www.deutschkurs-sh.de) wird den Suchenden ein Überblick zu den laufenden und zukünftigen EOK- und STAFF-Kursangeboten in Schleswig-Holstein angezeigt. Dieses Angebot ermöglicht Migrant*innen die Teilnahme, die keinen Platz in den zurzeit überfüllten Sprachkursen des BAMF erhalten haben.

Um Menschen mit einer Duldung in Deutschland eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, wurde die Veranstaltung „Menschen mit Duldung in Kommunen – Chancen gemeinsam nutzen“ im November 2021 durchgeführt. Dort wurden Optionen besprochen, um Menschen mit Duldungsstatus eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen, welche zu einer Unabhängigkeit von Transferleistungen und so zur Entlastung des kommunalen Haushaltes beiträgt. Auch kann hierdurch ggf. in einigen Bereichen der Fachkräftemangel gelindert werden.

Im vergangenen Jahr wurden diverse Projekte durchgeführt, mit dem Ziel, Kontakt im Kreis zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken. Das Erfolgsmodell „Elmshorn TV“, ein Projekt entwickelt von Migrant*innen zur Kommunikation und Informationsweitergabe, wird nun auch in den Kreisstädten Wedel und Halstenbek implementiert, wo die Kommunen für dieses Projekt Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Das Projekt „Kulturimpuls Neue Perspektiven“, eine Veranstaltungsreihe zum Thema Migration und Perspektivwechsel mit Theaterveranstaltungen und Workshops stellt eine weitere Möglichkeit dar, sich über das Thema Integration auszutauschen. Auch politische Parteien engagieren sich, Menschen mit Migrationsgeschichte in ihre politische Arbeit einzubeziehen, damit diese ihre Kompetenzen mit einbringen können. Ein weiteres Projekt zur gesellschaftlichen Teilhabe war das erfolgreich beendete Commitment-Konzept.

Ein bekanntes Problem in der Gesundheitsversorgung von Migrant*innen sind Sprachbarrieren. Dolmetscher*innen-Kosten werden von der Krankenkasse nur für sehbehinderte oder gehörlose Menschen übernommen, nicht aber für z.B. psychologische Beratung ohne körperliche Behinderung. Dolmetscheranträge für wichtige Behandlungen bei Frauenärzt*innen oder Traumaspezialist*innen werden abgelehnt. Dieses Thema wird in der neugebildeten Fokusgruppe Integration aufgegriffen werden.

Um die Handlungssicherheit aller Akteur*innen in diesem Handlungsfeld zu stärken, bietet der Kreis in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Hamburg-West/Südholstein regelmäßig Fortbildungen zur Interkulturellen Öffnung und Kompetenz an. Auch Ehrenamtlichen werden spezifische Seminare für ihre Tätigkeit angeboten. Über die Arbeit mit muslimischen Communities hat ein kommunaler Fachaustausch stattgefunden. Um Themen innerhalb der Integrationsarbeit zu diversifizieren sind weitere Aspekte wie z.B. Interreligiöser Dialog oder Gewalt unter Migrant*innen im Blick zu behalten. Weiterhin wird die Machbarkeit eines individualisierten Integrationsmanagements geprüft.

Um dem Strom der Flüchtenden aus der Ukraine den nötigen Schutz bieten zu können, ist eine Aufstockung der Kapazitäten in der Migrationsberatung geplant. Weitere niederschwellige Angebote im Kreis können über das Aktionsprogramm des Sozialministeriums für Geflüchtete umgesetzt werden, der erforderliche Eigenanteil für Maßnahmen wird aus dem Kinder- und Jugendhilfefonds zur Abmilderung der Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges zur Verfügung gestellt.

Der Kreis Pinneberg nimmt außerdem an dem bundesweiten Projekt Integrationsmonitoring des deutschen Instituts für

Urbanistik (difu) teil. Als erste Erkenntnis wurde schlussgefolgert, dass Integrationsmonitoring als Prozess verstanden und in ein übergreifendes kommunales Zielsystem eingebettet sein muss. Als weitere Voraussetzung für eine datenbasierte Koordination und Steuerung wurde ein gutes Zusammenwirken der föderalen Ebenen und mehr Unterstützung von Kommunen durch Bund und Länder genannt. Die schlussendlichen empirischen Ergebnisse werden zudem als Grundlage für die weitere integrationspolitische Arbeit herangezogen.



HANDLUNGSFELD INKLUSION



Zusammenfassung

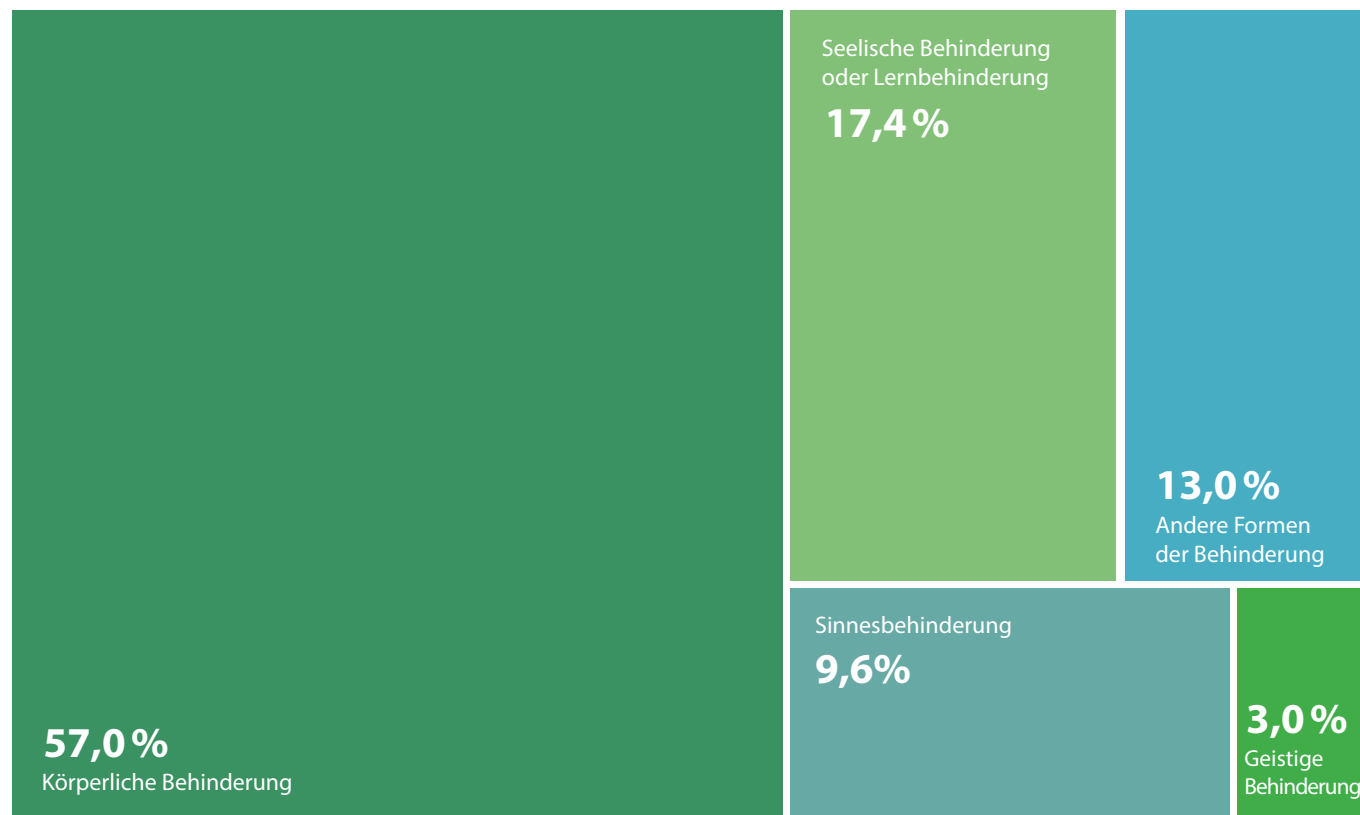
Geprägt durch die Ereignisse in den vergangenen Jahren haben die Themen Notfallversorgung im Katastrophenfall und gesundheitliche Versorgung stark an Bedeutung gewonnen. Für den Katastrophenschutz wurden neue Stellen genehmigt, inklusive Erfordernisse sollen hier zukünftig mehr berücksichtigt werden. Im Bereich der medizinischen Versorgung hat eine Umfrage zur Barrierefreiheit in Arztpraxen stattgefunden.

Zahlen, Daten und Fakten

Die Daten für Menschen mit Schwerbehinderung werden nur alle zwei Jahre erhoben, daher ergeben sich im Vergleich zum letzten Fokusbericht keine Veränderungen. Für Ende 2019 liegt die Anzahl der Menschen mit einem gültigen Schwerbehindertenausweis und einem Wohnsitz im Kreisgebiet bei etwa 24.340. Damit haben 7,7 % der Menschen im Kreisgebiet eine anerkannte Schwerbehinderung, die Quote liegt deutlich unter dem Landeswert von Schleswig-Holstein mit 9,3 %. Im digitalen Sozialbericht lassen sich auch die Werte für die Betrachtungsräume und die Kommunen einsehen. In der Gruppe der Menschen mit Schwerbehinderung stellt die Altersgruppe der über 65-Jährigen mit 57,2 % die deutliche Mehrheit dar. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben in der Gruppe der Schwerbehinderten lediglich einen Anteil von 3,3 % (Statistikamt Nord 2019).

Für die Unterscheidung nach den Arten der Schwerbehinderung hat das Statistikamt Nord noch einmal eine feinere Auswertung vorgenommen, um Bedarfe für Zielgruppen besser erfassen zu können. Die deutliche Mehrheit von 57,0 % weist dabei eine körperliche Behinderung auf. Eine seelische Behinderung ist bei 17,4 % der Menschen festgestellt worden. 9,6 % haben eine Behinderung der Sinnesorgane, weitere 3,0 % eine geistige Behinderung. Bei den restlichen 13,0 % ist dies nicht genauer spezifizierbar. Bei dieser Statistik gilt es noch zu berücksichtigen, dass nur die Behinderung mit dem höchsten Grad der Behinderung (GdB) erfasst wird. Viele Menschen mit Behinderung weisen jedoch multiple Formen mit unterschiedlich hohem GdB auf (Statistikamt Nord 2019). Neben den schwerbehinderten Menschen mit einem GdB von mindestens 50 haben Ende 2021 etwa 22.300 weitere Einwohner*innen des Kreises einen GdB zwischen 20 und 40 (Landesamt für soziale Dienste 2021).

Anteile Formen der Schwerbehinderung

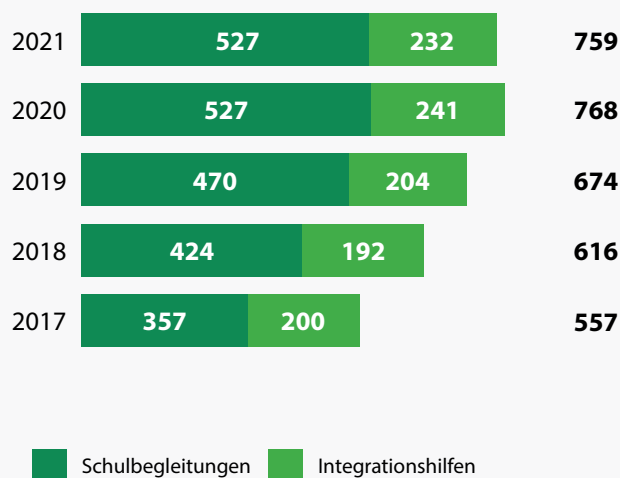


Quelle: Statistikamt Nord 2019

Im Kreisgebiet gibt es weiterhin zwei Schulen GE (geistige Entwicklung) und sieben Förderzentren LSE (Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung). Die GE-Schulen besuchen im aktuellen Schuljahr insgesamt 272 Schüler*innen, dies sind 7 Kinder und Jugendliche weniger als noch im Vorjahr. Insgesamt werden 17 % der Schüler*innen mit Förderbedarf GE inklusiv beschult, der Anteil hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Die Förderzentren haben aktuell interne befristete Lerngruppen in der Größe von 1 bis 12 Personen, wobei drei Förderzentren ohne eigene Schüler*innen sind. Der Anteil der Schüler*innen mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf, die inklusiv im Rahmen einer Regelschule beschult werden, hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas reduziert von 78 % auf 74 % (Schulamt Kreis Pinneberg 2021).

Bei der Anzahl der schulischen Unterstützungsmaßnahmen gibt es erstmals seit Jahren keine Steigerungen, die Zahlen bleiben im Vergleich zu 2020 fast konstant bei 759. Ursächlich hierfür sind aber die coronabedingten erheblichen Einschränkungen im Schulkontext im vergangenen Jahr gewesen. Aktuell verzeichnen die Schulen sehr viele Beratungsanfragen. Mit einer Normalisierung der Situation ist künftig von deutlich steigenden Fallzahlen auszugehen. Vergleichbares gilt auch für den frühkindlichen Bereich, so erhalten Ende 2021 insgesamt 665 Kinder heilpädagogische Förderung oder Frühförderung in Kitas (Kreis Pinneberg 2021).

Entwicklung Anzahl Schulbegleitungen und Integrationshilfen



Quelle: Kreis Pinneberg

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Die Corona-Pandemie sowie extreme Wetterereignisse haben Handlungsbedarfe im Bereich Inklusion verdeutlicht. Dazu gehören Themen wie die Katastrophenschutzplanung, die Gesundheitsversorgung sowie die Betreuung von Menschen mit Handicap während der Schul- und Einrichtungsschließungen. Zur Stärkung des Katastrophenschutzes wurden drei zusätzliche Stellen genehmigt. Der Bereich Gesundheitsversorgung beinhaltet unter anderem den gleichberechtigten Zugang zu intensivmedizinischer Versorgung (Stichwort: Triage). Auch die Fokusgruppe Inklusion hat im Zuge der Pandemie dem Thema Gesundheitsversorgung für behinderte Menschen eine höhere Priorität eingeräumt und eine Umfrage zur Barrierefreiheit von Arztpraxen durchgeführt. Außerdem hat sie im Rahmen der Sozialplanung auf Handlungsbedarfe und mögliche Maßnahmen hingewiesen, die aufgrund der Lockdowns bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen deutlich geworden sind. Dazu gehört die Notwendigkeit, betroffene Familien mit Kindern während der Schulschließungen zu Hause zu unterstützen.

Der Ukraine-Krieg hat zudem Handlungsbedarfe bei Asylbewerber*innen mit Behinderungen verdeutlicht, die bereits im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/16 thematisiert wurden. Ab Juni 2022 haben geflüchtete Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine, die einen Aufenthaltstitel beantragt und erhalten haben, einen Zugang zu Eingliederungshilfeleistungen.

Die Fokusgruppe Inklusion hat sich trotz Pandemie-Bedingungen mehrmals getroffen, überwiegend im digitalen Format. Dabei wurden verschiedene inklusive Themen vorangetrieben. So hat die Fokusgruppe Inklusion eine Handlungsempfehlung zur „Anpassung/Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion“ (siehe S. 56) erstellt. Darin wird empfohlen, dass der Kreis seinen Aktionsplan unter Beteiligung von Betroffenen bis Mitte 2023 im Rahmen eines Projektes an die aktuellen Entwicklungen der vergangenen Jahre anpasst. Dies soll in einem kleineren Rahmen als bei der Ersterstellung unter Federführung einer Projektleitung in der Kreisverwaltung erfolgen. Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat diese Handlungsempfehlung als steuerungsrelevant eingeschätzt. Zudem hat die Fokusgruppe Inklusion einen Beschluss erarbeitet, mit dem die Kreisverwaltung aufgefordert wird, Vorschläge für die Umsetzung von vereinfachten und schlankeren Antragstellungen bei klaren Bedarfen zu erarbeiten. Weiterhin begleitet die Fokusgruppe das Thema der rechtskreisübergreifenden Sozialraumorientierung. Eine Veranstaltung dazu mit Referenten aus Nordfriesland und Hamburg im Mai 2022 musste coronabedingt verschoben werden. Aus dem Aktionsplan konnten weitere Maßnahmen umgesetzt werden, wie die Schaffung eines inklusiven Kulturpreises, der in 2022 zum ersten Mal vergeben wird. Außerdem fand erstmals im März 2022 der Inklusionstag für die Nachwuchskräfte der Kreisverwaltung statt. Schwerpunktthemen waren Sehbehinderung und Blindheit.

Der Bereich Wohnen bleibt weiterhin eine zentrale Thematik. Dabei wurden mittlerweile für den Kreis Pinneberg alle notwendigen Rahmenbedingungen bearbeitet und zusammengebracht, um auch Investorenbelange zu berücksichtigen. Dazu zählen das Risikoträgerkonzept, die Aktivitäten im Bereich Kurzzeitwohnen, das Gutachten über die Auswirkungen des BTHG auf die soziale Wohnraumförderung sowie die rechtliche Bewertung beim Deutschen Verein zur Betrachtung der Verpflichtung zur Einhaltung der Mietobergrenzen. Die Fokusgruppe Inklusion hat eine Resolution erstellt, die einen lebensweltorientierten und bedarfsgerechten Ansatz für neue Wohnformen fordert. Hintergrund ist, dass vor allem Spezialeinrichtungen für Menschen mit besonderen Bedarfen im Kreis Pinneberg geplant sind. Die Fokusgruppe Inklusion empfiehlt, dass die Konzepte für besondere Wohnformen eine Durchmischung von verschiedenen Behinderungsarten und Altersgruppen ermöglichen und sich an den Bedarfen im Kreis Pinneberg orientieren. Eine Abfrage zum Rückkehrwunsch von außerhalb des Kreises untergebrachten Leistungsberechtigten ist erfolgt und wird im zweiten Quartal 2022 ausgewertet. Das Netzwerk der „Pinneberger Erklärung“ hat sich neben seiner generellen Aufgabe - der Schaffung von barrierearmem und barrierefreiem Wohnraum - unter anderem mit inklusiven Wohngemeinschaften sowie der Bereitstellung der Wohnungsangebote auf einer Online-Plattform beschäftigt.

Weiterhin ist eine Handlungsempfehlung zum Thema „Inklusive Deutsch- und Integrationskurse“ (siehe S. 60) entstanden. Empfohlen wird, dass der Kreis diese Kurse für Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie einer kognitiven Beeinträchtigung einrichtet und die dafür zusätzlich entstehenden Kosten übernimmt, um durch den Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse die gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gemeinschaft, an Bildung und am Arbeitsleben zu ermöglichen. Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat diese Handlungsempfehlung als steuerungsrelevant eingeschätzt.

Unter Federführung des Fachdienstes Jugend/Soziale Dienste hat eine Projektgruppe ein Konzept für eine regionale Lösung für schulische Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII erstellt. Das Modell der „Klassenassistenz“ sieht vor, dass in allen Grundschulklassen eine zusätzliche Assistenz-Unterstützung gemeinsam mit der Klassenlehrkraft ein Klassenteam bildet und so das schulische System im Sinne eines flächendeckenden Infrastrukturangebots gestärkt wird. Für die Umsetzung bedarf es einer Beschlussfassung des Kreistages nach Beratung im Finanzausschuss. Der Jugendhilfeausschuss hat bereits eine entsprechende fachliche Empfehlung abgegeben.

Weiterhin wurden die Herausforderungen im Zusammenhang mit Unterstützungsleistungen für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen erkannt. Das Thema wird mit breiter Beteiligung u.a. des Schulamtes, des Fachdienstes Jugend/Soziale Dienste und des Behindertenbeauftragten bearbeitet. Der Kreis Pinneberg beteiligt sich in diesem Zusammenhang

an einer Vorstudie der Uni Halle zur Beschulungssituation von Kindern und Jugendlichen im Autismus-Spektrum.

Zur Unterstützung von Abnabelungsprozessen von Schüler*innen kurz vor Schulaustritt hat der Fachdienst Jugend und Bildung ein Wohntraining für Schüler*innen des Förderzentrums Heideweg-Schule konzipiert. Dafür soll eine Wohnung durch den Kreis angemietet werden. Der Durchführung des Konzeptes wurde von den entsprechenden Fachausschüssen zugestimmt.

Der Mobilitätsworkshop im Januar 2020 hat dringende Handlungsbedarfe verdeutlicht. Der Entwurf des 5. Regionalen Nahverkehrsplans 2022-2026 beinhaltet dementsprechend Anforderungen an Fahrzeuge, Haltestellen und Kundeninformationen für mobilitäts- und sensorisch eingeschränkte Menschen. Aufgrund der Thematisierung im Aktionsplan Inklusion ist Mobilität auch Gegenstand sozialpolitischer Diskussionen. Dabei werden Konzepte für ein barrierefreies, bezahlbares und für alle offenes Mobilitätssystem diskutiert; der Themenkomplex Mobilität und soziale Teilhabe gewinnt hier immer mehr an Bedeutung.

Im neu gebildeten Fachdienst Teilhabe startete am 01.01.2022 die Umsetzung der sozialräumlichen Ausrichtung in der

Eingliederungshilfe. Die Sachbearbeiter*innen haben sich nach den von der Sozialplanung definierten Räumen organisiert, dabei arbeiten Kolleg*innen aus der Teilhabeplanung und dem Fallmanagement in professionsübergreifenden Tandems. Weiterhin wurde die Einrichtung der im Rahmen des BTHG vorgeschriebenen Ansprechstelle in die Wege geleitet. Die Fokusgruppe Teilhabe hat sich mit den Themen Fachkräftemangel, Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie Wirkung und Wirksamkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe beschäftigt.

Die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) hat eine Veranstaltung zum Thema „18 werden mit Behinderung - Was ändert sich bei Volljährigkeit?“ an den Förderzentren Raboisenschule und Heideweg-Schule durchgeführt. Aus den Netzwerktreffen zwischen dem Kreisjugendring Pinneberg e.V. mit Vertreter*innen der Behindertenhilfe hat sich eine feste AG Inklusion gebildet, die regelmäßig zum Austausch sowie zur fachlichen Qualifizierung zusammenkommt. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit ist ein inklusives Kickerturnier, das 2022 zum zweiten Mal stattfinden wird.



ÖPNV inklusiv
denken und planen

HANDLUNGSFELD ÄRZTLICHE VERSORGUNG UND PFLEGE



Zusammenfassung

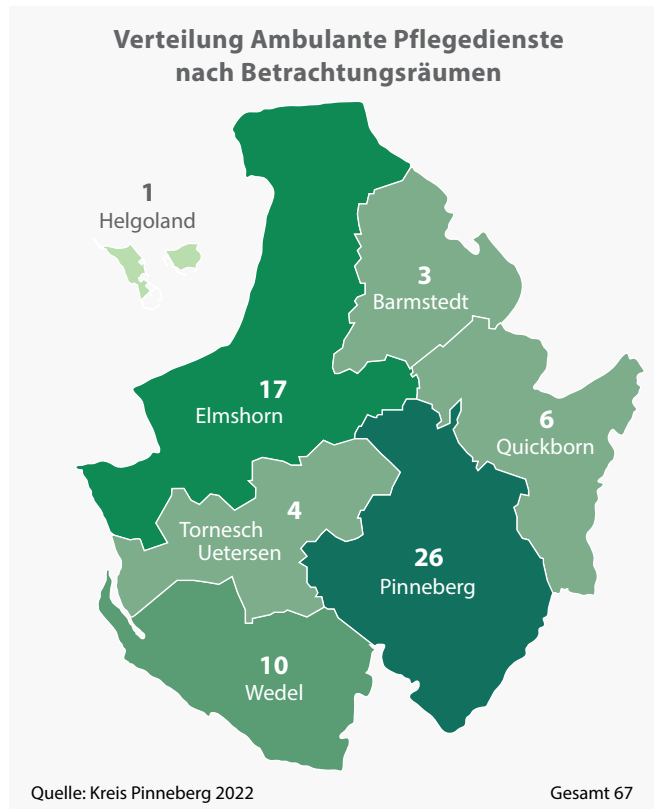
Die Versorgung mit Fachärzten hat sich im Kreis geringfügig verbessert. Die Anzahl der Pflegebedürftigen im Kreis steigt weiter. Die Anzahl ambulanter Pflegedienste sowie die Platzzahlen in der vollstationären Pflege sind angewachsen. Im Bereich der teilstationären Pflege (Tagespflege) ist die Platzzahl marginal zurückgegangen. Die zentralen Herausforderungen in diesem Handlungsfeld bleiben die Themen Gewinnung, Ausbildung und Halten von Fachkräften. Um mehr Menschen für das Arbeitsfeld zu motivieren sind die Rahmenbedingungen der Arbeit weiter zu verbessern.

Zahlen, Daten und Fakten

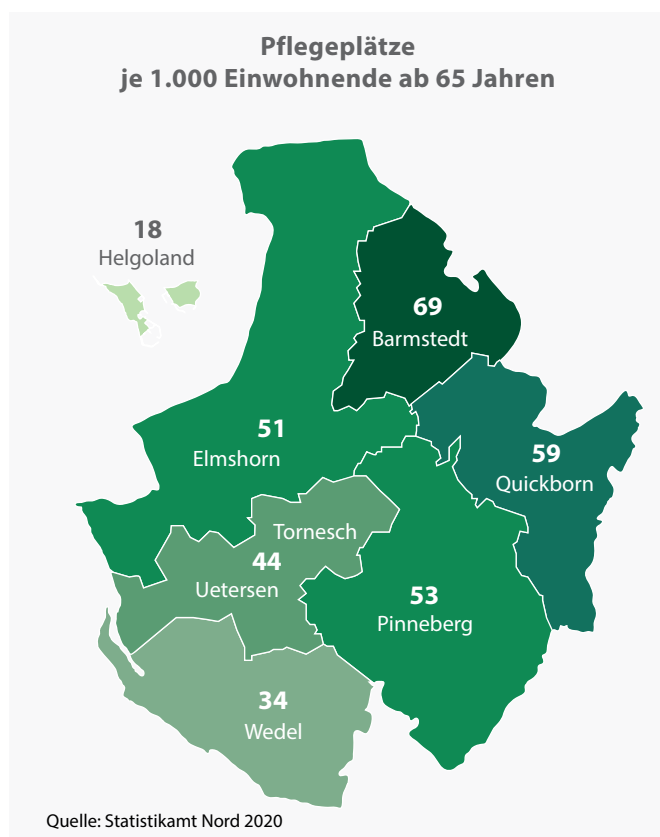
Die Daten der amtlichen Pflegestatistik werden alle zwei Jahre aktualisiert und liegen weiter erst für Ende 2019 vor. Gegenüber dem Fokusbericht 2021 können also keine neuen Daten präsentiert werden.

Der aktuelle Fachbericht Pflege 2022 des Kreises Pinneberg stellt in komprimierter Form Informationen und mögliche Bedarfe in der Pflege dar. Mit der Umstellung auf Pflegegrade 2017 ist die Anzahl der Pflegebedürftigen bundesweit überproportional um mehr als 20 % gestiegen. Der Anteil der potenziell betroffenen Menschen ab 65 Jahre und älter im Kreis Pinneberg wird in den nächsten 20 Jahren deutlicher als der Rest der Bevölkerung um fast 30 % steigen (BBSR Prognose 2020). Die Versorgungsstruktur ist daraufhin entsprechend anzupassen.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt spielt die Pflege durch Angehörige eine geringere Rolle und die vollstationäre Pflege ist im Kreis Pinneberg stärker ausgeprägt (Statistikamt Nord 2019). Im Vergleich zum Jahr 2019 ist die Anzahl der ambulanten Pflegedienste bis heute um ca. 31 % (+16) angewachsen. Mehr als die Hälfte davon haben ihren Standort in den Räumen Pinneberg und Wedel (Kreis Pinneberg 2022).



Im Kreisdurchschnitt stehen in den Betrachtungsräumen durchschnittlich 50 Pflegeplätze je 1.000 Einwohnende ab 65 Jahren zur Verfügung. Mit Ausnahme von Helgoland variiert die regionale Verteilung dabei zwischen 34 Plätzen im Raum Wedel und 69 Plätzen im Raum Barmstedt. Im nordöstlichen Kreisgebiet ist eine höhere Platzdichte zu verzeichnen, was mit dem dort etwas niedrigeren Niveau für Kauf- und Mietpreise von Immobilien korreliert. Im Betrachtungsraum Wedel gibt es zudem einen deutlich höheren Anteil an älteren Menschen, was das Platzverhältnis senkt. Die aktuellsten Demographiedaten liegen für 2020 vor, somit werden auch die Pflegeplätze für 2020 in der folgenden Grafik ins Verhältnis gesetzt (Statistikamt Nord 2020).



Nach einer aktuellen Auswertung (März 2022) stehen im Kreisgebiet insgesamt 3.772 stationäre Pflegeplätze, davon 155 eingestreute Kurzzeitpflegeplätze, in den vollstationären Einrichtungen zur Verfügung, die jedoch aufgrund des Fachkräftemangels nicht immer durchgehend belegbar sind. Das sind 124 vollstationäre Plätze mehr als gut zwei Jahre zuvor (Kreis Pinneberg 2022).

Ende 2020 erhielten im Kreis Pinneberg insgesamt 963 Leistungsberechtigte Hilfe zur Pflege. Im Vergleich dazu beträgt die Anzahl der Leistungsempfänger*innen Ende 2021 insgesamt 1.205, davon 928 innerhalb und 277 außerhalb von Einrichtungen. Dies entspricht einer Steigerung von ca. 25 % (Kreis Pinneberg 2022).

Die Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung wurde im Dezember 2021 fortgeschrieben. Bei den Hausärzten sind im Gebiet Elmshorn noch 3,5 Stellen und im Gebiet Pinneberg eine Stelle zu vergeben. In Elmshorn hat sich die Versorgung um 2,5 und in Pinneberg um 1,0 Stellen verbessert. Dabei wird weiter davon ausgegangen, dass ein Teil der Einwohner*innen des Kreises auch die gut erreichbare ärztliche Infrastruktur in der Stadt Hamburg nutzt und umgekehrt. In der psychotherapeutischen Versorgung wurde die 1,0 Stelle für ärztliche Psychotherapeut*innen besetzt, für Psychosomatiker*innen sind weiterhin noch 3,5 Stellen möglich. In den vergangenen Jahren wurde wiederholt auf lange Wartezeiten und eine erforderliche Ausweitung des Versorgungssystems im Kreisgebiet hingewiesen (Kassenärztliche Vereinigung S.-H. Bedarfsplanung 2021).

Zu den vollstationären Behandlungen in Krankenhäusern im Kreisgebiet wurden 2017 etwa 68.900 Fälle, für 2020 nur noch etwa 59.900 Fälle gemeldet (Statistikamt Nord). Dies hängt mit der zentralen Versorgung aller Covid-Patient*innen in Elmshorn, dort vorgehaltenen freien Betten und der Verschiebung planbarer Eingriffe zusammen.

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Die Themen Ausbildung, Personalgewinnung und -bindung wurden von der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege als Partizipationsgremium in diesem Handlungsfeld weiter intensiv bearbeitet. Seit März 2022 ist beim Kreis eine auf drei Jahre befristete Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis Pinneberg eingerichtet, um aktiv weitere Impulse zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in diesem Bereich zu setzen. Neben verbesserten Möglichkeiten zur Rekrutierung von ausländischen Fachkräften wird auch die Gewinnung von Auszubildenden für den Bereich Pflege zentrales Thema der Koordination sein. Zusätzlich zu der schon laufenden Rückgewinnung und Wiedereingliederung

von Fachkräften in den Pflegeberuf werden Sozialstunden in Pflegeeinrichtungen für Schüler*innen vorrangig von Gemeinschaftsschulen mit Unterstützung des Kreisfachbeuraters Berufliche Orientierung initiiert. Bisher bestehen noch keine regulären verbindlichen Kooperationen der Träger mit den allgemeinbildenden Schulen zur Motivation und Werbung von Auszubildenden. Auch die Pflegekampagne „Echte Pflege. Im echten Norden.“ des Sozialministeriums in Schleswig-Holstein mit einem landesweiten Kontaktportal für Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Pflege stärkt die Aktivitäten zur Personalgewinnung. Dabei sollte auch die Versorgung spezieller Zielgruppen, z. B. behinderter

Kinder mit ambulanter 24-Stunden-Pflege, besondere Beachtung bei der Gewinnung von Fachpersonal finden. Angebote in diesem Bereich sollten auch in das Hilfeportal des Kreises aufgenommen werden. Für eine gute Fachausbildung fehlen oft auch Praxisanleiter. Insofern gilt es, die Bezahlung und das Image von Berufen in der Pflege weiter zu verbessern und auch über Maßnahmen zu diskutieren, die die Ausgestaltung einer Work-Life-Balance der zumeist weiblichen Pflegekräfte (z.B. 35h/Woche) ermöglichen.

Des Weiteren hat die Fokusgruppe die Handlungsempfehlung zur „Entwicklung eines Konzepts für eine Pflege-/Junge-Familien-Tonne“ im Kreis Pinneberg erarbeitet. Ziel dieses Impulses ist, pflegebedürftige Menschen mit einem erhöhten Hygieneabfallaufkommen sowie Menschen mit Kindern unter drei Jahren finanziell von den Mehraufwendungen für die Entsorgung der spezifischen Hygieneprodukte zu entlasten. Die Handlungsempfehlung wurde von der Steuerungsgruppe Sozialplanung als weniger steuerungsrelevant eingeschätzt; sie ist daher nicht in diesen Bericht aufgenommen worden, aber in der App FOKUS PI unter den Handlungsempfehlungen 2022 einsehbar.

Außerdem hat die Fokusgruppe Hinweise und Anregungen zum Fachbericht Pflege 2022 beigesteuert, der dem Sozialausschuss im Mai vorgestellt wurde. Als wichtige Schwerpunkte der Fokusgruppe wurden der Fachkräftemangel, die Versorgung von Demenzerkrankten, die Stärkung von Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt in den Bericht mit aufgenommen.

Die Versorgungssituation im Kreis bleibt in allen drei Bereichen (ambulant/stationär/teilstationär) angespannt. Um die Inanspruchnahme niedrigschwelliger ambulanter Betreuungsangebote und Entlastungsleistungen noch zu erhöhen werden sogenannte Pflegekurse angeboten. Nicht nur in der Pflege werden zahlreiche Ehrenamtliche eingesetzt, so dass es sinnvoll sein könnte, Ehrenämter und Selbsthilfeaktivitäten im Kreis Pinneberg künftig besser zu unterstützen und zentraler zu koordinieren.

Auch die Schaffung weiterer Pflegewohngruppen wurde erörtert, da die meisten älteren Menschen lieber selbstbestimmt als in

einer primär auf Pflege ausgerichteten Einrichtung leben wollen. Zu Möglichkeiten, analog zur „Pinneberger Erklärung“ weitere ambulante Pflege-Wohngemeinschaften zu fördern, erfolgte ein Informationsaustausch und eine engere Zusammenarbeit mit der Fokusgruppe Inklusion.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die immer relevanter werdende Verbesserung der Lebensbedingungen und Versorgung von Menschen mit Demenz, z. B. durch Gruppenangebote oder auch Angehörigentreffen. Auch in der Nationalen Demenzstrategie und dem Demenzplan des Landes geht es um mehr lokale Netzwerke, Aufmerksamkeit und Wissen in der Bevölkerung zu dieser Thematik. Im Projekt Netzwerk Demenz, das der Pflegestützpunkt und die Alzheimer Gesellschaft durchführen, werden engagierte Menschen als sogenannte Nachbarschaftshelfer zur Umsetzung verschiedener Ideen, wie z.B. einer „Tagesmutter“ für demenziell Erkrankte, benötigt. Außerdem wurden erste Kontakte zu den Regio-Kliniken geknüpft und über bestehende Modelle und den Aufbau einer speziellen Behandlungseinheit im Krankenhaus für Menschen mit Demenz, die eine Übernachtung von Betreuungspersonen ermöglicht, gesprochen.

Gerade die Frage der klinischen Versorgung hat vor dem Hintergrund der Pandemie und des Projektes Regio 2030, mit der Absicht ein Zentralkrankenhaus im Kreis Pinneberg zu errichten, eine höhere Dynamik erfahren. Der Prozess bietet die Chance für neue Wege und Kooperationen um dennoch eine qualitativ hochwertige zukunftsfähige wohnortnahe Versorgung in allen Sektoren sicherzustellen. Dieses sogenannte Kommunale Care-Management in den Bereichen Gesundheit und Pflege basiert auf sozialräumlichen Ansätzen und Vernetzung, um die Angebotsstruktur auch im Sinne der Prävention auszubauen.

Für die Versorgung im ländlichen Raum sollten z. B. die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt zur Digitalisierung „Stärkung von bedarfsorientierten Pflegestrukturen in ländlichen strukturschwachen Regionen“ genutzt werden. Eine stärkere Vernetzung mit der neuen 2021 neu gebildeten Fokusgruppe Gesundheitsversorgung ist vorgesehen.

Ehrenamt und Selbsthilfe stärken



HANDLUNGSFELD ARBEIT



Zusammenfassung

Die Arbeitslosigkeit im Kreis sinkt wieder deutlich auf Werte vor der Corona-Pandemie, allerdings profitieren hiervon nicht die Langzeitarbeitslosen, deren Anzahl stabil bleibt. Die Anzahl der Beschäftigten steigt weiter um etwa 1.600 Personen an. Die Schwerpunkte der nächsten Jahre in diesem Handlungsfeld werden bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels und der Qualifizierung zur Gestaltung des digitalen Wandels gesehen.

Zahlen, Daten und Fakten

In 2021 steigt die Zahl der erwerbstätigen Personen deutlich um ca. 1.600 auf nunmehr etwa 94.900 Personen. Dieser Anstieg verteilt sich auf etwa 600 Vollzeit- und 1.000 Teilzeitstellen. Die neuen Vollzeitstellen werden zu etwa 66 % von Männern, die neuen Teilzeitstellen zu etwa 80 % von Frauen besetzt. Die Zahl der Vollzeitstellen beträgt nun 65.400 und die Zahl der Teilzeitstellen 29.500. Wie im Jahr zuvor werden fast 68 % der Vollzeitstellen im Kreis von Männern und knapp 80 % der Teilzeitstellen von Frauen besetzt (Agentur für Arbeit 2021).

Die Statistiken für schwerbehinderte Menschen in regulären Arbeitsverhältnissen werden nur mit deutlicher Verzögerung veröffentlicht. In 2020 waren 2.016 schwerbehinderte Menschen bei Betrieben im Kreisgebiet tätig, fast 75 Personen mehr als noch 2019. Fast 50 % sind davon über 55 Jahre alt, weitere 30 % zwischen 45 und 55 Jahre alt. Im privatwirtschaftlichen Sektor beträgt die Beschäftigungsquote 3,2 %, im öffentlichen Sektor liegt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei 6,1 %. Die Quoten sind hier gestiegen, was aber auch mit einer Korrektur in der Statistik zusammenhängt. Schwerbehinderte Auszubildende werden nach abgeschlossener Ausbildung und Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis im ersten Jahr nun nicht mehr als Auszubildende, sondern auf zwei Pflichtarbeitsplätze angerechnet. Hierdurch ist deutschlandweit die Anzahl von schwerbehinderten Beschäftigten um ca. 10 % gestiegen (Agentur für Arbeit 2020). Etwa 750 Menschen mit Behinderung im Kreis arbeiten 2021 in entsprechenden Werkstätten oder vergleichbaren Einrichtungen, genauso viele wie im Jahr davor (Agentur für Arbeit 2021).

In der Beschäftigungsstruktur zeigen sich weitere kleinere Verschiebungen zugunsten des Dienstleistungsgewerbes. In der Forst- und Landwirtschaft arbeiten in 2021 etwa 2,1 %, im produzierenden Gewerbe sind es nunmehr 29,0 % der Beschäftigten. Der Anteil in der Dienstleistungsbranche steigt leicht um 0,3 % auf nun 68,8 %, während die anderen beiden Sektoren entsprechend abnehmen. Während in 2020 die Anzahl der Beschäftigten im Gastgewerbe noch rückläufig war, ist die Anzahl in 2021 stabil geblieben. Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungsbereich war besonders im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie Erziehungswesen und Handel zu verzeichnen (Agentur für Arbeit 2021).

Auch bei den Einwohner*innen des Kreises steigt die Anzahl der Beschäftigten deutlich, insgesamt gehen in 2021 etwa 130.100 Personen einer Arbeit nach, dies sind 1.250 Personen mehr als noch im Jahr davor. Wie schon im Kapitel Mobilität erwähnt, haben 56 % ihren Arbeitsplatz außerhalb des Kreisgebietes vor allem im Stadtgebiet Hamburg (Agentur für Arbeit 2021). Die starke räumliche Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten ist ein zentrales Kennzeichen für den Kreis Pinneberg, hieraus ergeben sich auch gewisse Potenziale für Tätigkeiten im Homeoffice. Mit der Zunahme der Gesamtbevölkerung geht tendenziell auch eine Zunahme an beschäftigten Personen einher, dies ist auch im Kreis Pinneberg der Fall.

Die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet ist im Dezember 2021 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich auf 4,6 % zurückgegangen und erreicht damit fast wieder das gleiche Niveau

wie vor der Pandemie im Dezember 2019. Auch im Bundes- und Landestrend sind die Quoten wieder rückläufig, die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet bleibt weiterhin geringer als im Land (5,0 %) und im Bund (5,1 %).

Bei den Langzeitarbeitslosen bleibt die Zahl mit ca. 2.800 Menschen im Vergleich zum Vorjahr auf gleichem Niveau. Es befinden sich damit 34,3 % der Arbeitslosen in Langzeitarbeitslosigkeit. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sinkt der Wert deutlich um 1,1 Prozentpunkte auf nun 3,6 %, was in etwa dem Vor-Corona-Niveau entspricht. Im Bundesdurchschnitt sind 4,9 %, auf Landesebene 5,0 % zu verzeichnen. Auch die Arbeitslosenquote bei den ausländischen Beschäftigten ist wieder gesunken und liegt Ende 2022 bei 14,4 %, der Wert liegt damit sogar etwas niedriger als Ende 2019 (14,9 %).

Der Kreis Pinneberg befindet sich bei der Arbeitslosenquote von ausländischen Beschäftigten weiterhin deutlich über dem Bundesschnitt von 12,0 % und leicht unterhalb des Landeschnitts von 15,0 % (Agentur für Arbeit 2021). Auch der Sozialbericht des Landes Schleswig-Holstein kommt zu den Ergebnissen, dass Beschäftigte ohne deutsche Staatsbürgerschaft unterdurchschnittlich von positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt profitieren und häufiger im Niedriglohnsektor tätig sind (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren 2020).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Wie schon in den vergangenen Fokusberichten angedeutet, hat sich im Handlungsfeld Arbeit eine Bedeutungsverschiebung ergeben. Die Gewinnung und Bindung von Fachkräften und nicht mehr die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen stehen im Mittelpunkt dieses Handlungsfeldes.

Zahlreiche Fokusgruppen berichten von der Problematik perspektivisch nicht mehr genügend Fachkräfte zum Erhalt der sozialen Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge zur Verfügung zu haben. Nach der letztjährigen Handlungsempfehlung der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege ist eine befristete Koordinationsstelle zur Fachkräftegewinnung im Pflegebereich beim Kreis eingerichtet worden (s. S. 41). Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte sowie die Aufwertung und Imageverbesserung des Pflegeberufes sind hier wichtige Aspekte. Teilweise müssen personelle Engpässe schon durch Zeitarbeitskräfte ausgeglichen werden. Die Akademisierung des Pflegeberufs führe auch dazu, dass die entsprechenden Pflegekräfte in patientenferne Bereiche wechseln würden.

Die Fokusgruppe AG § 78 Hilfen zur Erziehung hat eine Ausweitung des Ausbildungsverbundes für duale Studierende in sozialen Berufen angeregt, mittelfristig könnten so die Attraktivität des Kreises Pinneberg als Arbeitsort gestärkt und Fachkräfte vor Ort ausgebildet und gehalten werden. Auch in der Fokusgruppe AG § 78 Kita wurde über die Problematik diskutiert, dass bereits temporäre Schließungen einzelner Gruppen aufgrund des Fachkräftemangels erfolgen mussten.

Ebenso hat die Fokusgruppe Teilhabe eine Unterarbeitsgruppe Fachkräftemangel im Bereich der Eingliederungshilfe initiiert. Der Kreis Pinneberg steht hier in direkter Konkurrenz mit der Hansestadt Hamburg, in der teilweise höhere Gehälter gezahlt werden. Weiterhin sind nach Ansicht der Fokusgruppe auch sozialräumliche Aspekte wie gute Freizeit- und Wohnmöglichkeiten in diesem Kontext mit zu berücksichtigen. Auch die Attraktivität der Arbeitsplätze und eine veränderte Willkommenskultur bei der Einarbeitung neuer Kräfte könnten Ansatzpunkte sein. Insgesamt sind sich die verschiedenen Fokusgruppen einig, dass sie vor ähnlichen Herausforderungen stehen und dem Handlungsfeld Arbeit im Kontext des allgemeinen Fachkräftemangels mehr Bedeutung beigemessen werden sollte. Hierzu könnten eine höhere Priorisierung des Handlungsfeldes im Rahmen der Sozialplanungskonferenz und entsprechende Arbeitsstrukturen im Sozialplanungssystem beitragen. Weiterhin werden auch in den Flüchtlingsbewegungen aufgrund des Ukraine-Krieges Potenziale zur Bewältigung des Fachkräftemangels gesehen.

Mit der Corona-Pandemie haben sich auch die Arbeitsformen verändert. Arbeiten im Homeoffice, virtuelle Treffen oder Beratung von Klient*innen per Video und Telefon gehören vermehrt und teilweise dauerhaft zum Berufsalltag. Hier wurde noch einmal betont, dass Digitalisierung nicht nur technische Ausstattung beinhaltet, sondern Mitarbeiter*innen auch Kompetenzen, z.B. zur digitalen Gesprächsführung, erwerben müssen.

Aktivitäten
gegen verstärkten
Fachkräftemangel
bündeln

HANDLUNGSFELD ARMUT



Zusammenfassung

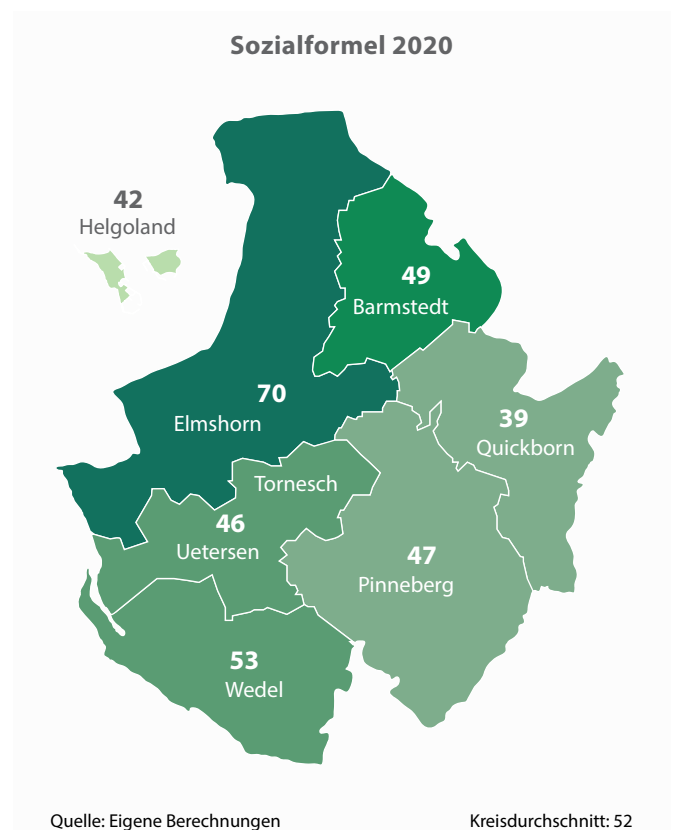
Die ersten Zahlen für 2021 zeigen bisher, dass es keine Verstärkung der Armut gibt. Vielfach sind die Werte auf vergleichbarem Niveau wie vor der Pandemie. Besonders kritisch ist für den Kreis Pinneberg das relativ hohe Preisniveau, vor allem im Bereich Wohnen, zu sehen. Mit der Einführung der Bildungskarte wird die stärkere Inanspruchnahme von Leistungen zu Bildung und Teilhabe erwartet.

Zahlen, Daten und Fakten

Die erstmals im Planungsdossier Sozialplanung Fokus 2019 veröffentlichte Sozialformel liefert Erkenntnisse über die räumlich unterschiedlich verteilten sozialen Bedarfe im Kreisgebiet. Die Differenzen zwischen den Räumen, die zum Teil auch struktureller Natur sind, bleiben erhalten. Während im Betrachtungsraum Quickborn mit 39 der Wert weiter unterhalb des Kreisdurchschnittes von 52 liegt, ist die Zahl im Betrachtungsraum Elmshorn mit 70 deutlich über dem Schnitt. Im Betrachtungsraum Elmshorn gibt es also weiterhin erhöhte soziale Bedarfe. Die restlichen Betrachtungsräume liegen in diesem Jahr etwas unterhalb des Kreisdurchschnitts, mit Ausnahme des Betrachtungsraums Wedel der mit 53 nur einen Punkt darüber liegt (Kreis Pinneberg 2020).

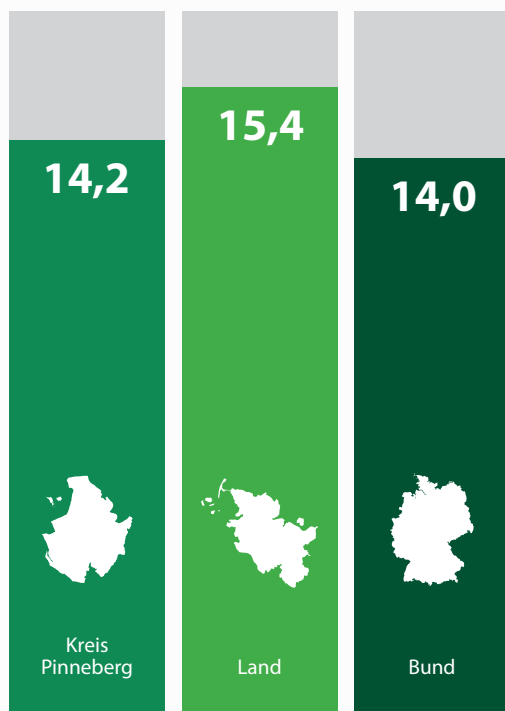
Die SGB II-Daten sind die elementare Informationsquelle für dieses Handlungsfeld. Ende 2021 lag die Arbeitslosenquote von Menschen mit SGB II-Bezug bei 2,7 %, was nur eine leichte Verbesserung von 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Die Anzahl der Arbeitssuchenden im SGB II ging im Vergleich zum Vorjahr um 250 Personen zurück, womit dies nun Ende 2021 etwa 9.350 Menschen sind (Agentur für Arbeit 2021). Wenn man diese mit den allgemeinen Arbeitslosenzahlen im Handlungsfeld Arbeit vergleicht wird deutlich, dass der Rückgang bei den Arbeitssuchenden im SGB II deutlich geringer ausfällt.

Für Ende 2020 liegt der Anteil der Menschen in Bedarfsgemeinschaften bei 6,8 %, was 0,3 % mehr sind als noch Ende



2019. Bei der regionalen Verteilung ist erkennbar, dass tendenziell der Anteilswert in den größeren Städten höher liegt. Genauere Informationen stehen im digitalen Sozialbericht in der App FOKUS PI zur Verfügung. Die ersten Informationen für 2021 deuten aber darauf hin, dass sich der Anteil der Menschen in Bedarfsgemeinschaften wieder verringert haben dürfte. Denn waren Ende 2020 noch etwa 21.500 Menschen Teil einer Bedarfsgemeinschaft, wird für Ende 2021 die

Anteil Kinderarmut 2020 in %



Quelle: BIAJ 2019

Anzahl mit ca. 20.500 Personen angegeben. Die Anzahl der ausländischen Personen wird dabei mit 9.300 angegeben, das sind etwa 200 weniger als noch Ende 2020 (Agentur für Arbeit 2020, 2021).

Etwa 3.680 Familien beziehen Ende 2021 SGB II-Leistungen, dies sind etwa 180 weniger als noch im Jahr davor. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt hier weiter knapp unter 50 %. Etwa 6.200 Kinder und Jugendlichen beziehen Ende 2021 SGB II-Leistungen, dies sind 200 Kinder und Jugendliche weniger als noch im Vorjahr. Tendenziell sind auch hier die größeren Städte stärker vertreten (Agentur für Arbeit 2021).

Die Werte für die Jugend- und Kinderarmut sowie die Vergleichswerte für Bund und Land sind momentan lediglich für 2020 verfügbar. Diese beschreiben den Anteil im Verhältnis zu allen Kindern und Jugendlichen in der jeweiligen Altersgruppe. Im Pandemiejahr 2020 hat sich der Anteil der Kinderarmut im Kreisgebiet nicht verändert, er liegt weiterhin bei 14,2 %. Der Kreis liegt damit unter dem Landesschnitt von 15,4 % und nun leicht über dem Bundesschnitt von 14,0 %.

Bei Land und Bund hatten sich die Werte sogar leicht reduziert. Bei der Jugendarmut, also bei Jugendlichen zwischen 15 und unter 18 Jahren, sind 2020 etwas höhere Werte als noch 2019 zu verzeichnen. Der Kreis hat hier einen Anteilswert von 10,0 %, dies sind 0,5 % mehr als im Jahr davor. Auch bei Bund (11,1 %) und Land (10,9 %) gab es etwas höhere Werte, so dass der Kreis Pinneberg hier weiterhin unter den Vergleichswerten liegt (Agentur für Arbeit 2020; BIAJ 2020).

Ende 2020 haben etwa 2.150 Personen über 65 Jahre Grundversicherung im Alter erhalten, etwa 50 mehr als im Jahr davor. Das Verhältnis zu allen Personen über 65 Jahre, als Indikator für Altersarmut, bleibt konstant bei 3,0 % (Kreis Pinneberg 2020). Auch bei den Landes- und Bundeswerten gibt es keine Veränderung, beide werden mit 3,1 % angegeben (Destatis 2020). Für 2021 zeigen allerdings erste Auswertungen, dass sich die Anzahl der Beziehenden von Grundversicherung im Alter über 65 Jahre vermutlich auf ca. 2.400 Menschen erhöht hat (Kreis Pinneberg 2021).

Das durchschnittliche Einkommen der Steuerpflichtigen wird im Jahr 2017 mit 44.202 Euro angegeben, dies sind 1.000 Euro mehr als im Jahr davor. Das Medianeinkommen, also das Einkommen mit dem jeweils 50 % aller Steuerpflichtigen im Kreisgebiet oberhalb und unterhalb liegen, wird für 2017 mit 30.758 Euro angegeben. Hier ist ein Anstieg um etwa 700 Euro zu verzeichnen. Hier wie immer der Hinweis, dass dies die neusten verfügbaren Daten sind, da die Steuerstatistik mit erheblicher Verzögerung erstellt wird (Statistikamt Nord 2017).

Besondere Kennzeichen für den Kreis Pinneberg sind einerseits das zwar relativ hohe Einkommen, andererseits aber auch die relativen hohen Lebenshaltungskosten. Nach der letzten WSI-Studie zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen liegt der Kreis Pinneberg auf Platz 87 aller 401 Kreise und Städte in Deutschland, er befindet sich also unter den besten 25 %. Wenn man allerdings das Preisniveau mit berücksichtigt, dann liegt der Kreis Pinneberg nur noch auf Platz 201, also genau im Mittelfeld (WSI Studie 2021).

Die Überschuldungsquote sinkt in 2021 deutlich um 1,2 % auf 8,32 %. Dieser Trend ist deutschlandweit festzustellen, da auch der Bundeswert um knapp 1,0 % auf 8,86 % sinkt. Im Ranking aller 401 Kreise und kreisfreien Städte bleibt der Kreis Pinneberg mit Platz 208 im Mittelfeld und verbessert sich um 15 Plätze im Vergleich zum Vorjahr. Erklärt wird dieser allgemeine Rückgang mit den staatlichen Hilfsmaßnahmen, den Corona-Lockdowns und der entsprechenden Konsumzurückhaltung, da Dienstleistungen nicht verfügbar und Geschäfte geschlossen waren (Schuldneratlas Creditreform 2021). Hauptursachen für Überschuldung sind langfristiges Niedrigeinkommen, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der durchgeführten Schuldnerberatungen hat sich von 811 im Jahr 2020 auf 875 im Jahr 2021 erhöht (AWO Schuldnerberatung 2021).

Beim Privatverschuldungsindex sinkt der Wert deutlich auf 882 Punkte. Der Kreis Pinneberg liegt damit weiterhin

unterhalb des Bundesschnitts von 931 und unter dem Wert für Schleswig-Holstein von 1.020, die ebenfalls sinkende Werte aufweisen. Im Kreis Pinneberg ist damit weiterhin mit hohen Rückzahlungsquoten von Verbraucherkrediten zu rechnen (SCHUFA Kredit-Kompass 2021). Zur Anzahl

der Insolvenzen liegen keine aussagefähigen Informationen vor, da die Meldepflicht aufgrund der Pandemie auch noch in 2021 teilweise ausgesetzt war.

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Auch wenn es für dieses Handlungsfeld noch keine eigenen partizipativen Strukturen gibt, wird immer wieder betont, dass enge Verbindungen zu allen anderen Handlungsfeldern wie Wohnen, Bildung und Arbeit existieren. Auch zum Handlungsfeld Mobilität gibt es Verknüpfungen, so sind ärmere Menschen besonders stark von den Belastungen durch Verkehr betroffen, tragen aber selbst weniger zum Verkehr bei als andere soziale Gruppen. Auch neue Mobilitätsangebote, die z. B. auf Lastenräder abzielen, können von ärmeren Personen aufgrund ihrer finanziellen Einschränkungen weniger genutzt werden. Im vergangenen Jahr beschäftigte sich eine bundesweite Fachtagung von Sozialplanungskräften u. a. mit der Thematik der Mobilitäts- und Verkehrsarmut. Das Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. hat für den Kreis Pinneberg in einem ersten Schritt eine Clusteranalyse zur Armut im Kreisgebiet durchgeführt, um das Thema zukünftig zielgenauer bearbeiten zu können.

Im vergangenen Jahr konnten während der andauernden Pandemie Leistungen aus dem Paket Bildung und Teilhabe (BuT) nicht in vollem Umfang genutzt werden, teilweise konnten die Angebote aufgrund von Hygienevorgaben und Kontaktbeschränkungen nicht stattfinden. Freizeitaktivitäten

für Kinder, die auf die Abmilderung der sozialen Folgen der Pandemie zielen, sollten daher möglichst kostenfrei angeboten werden. Im Oktober 2021 ist die Bildungskarte eingeführt worden, bewilligte BuT-Leistungen können nun auf diese gebucht, von den Leistungsberechtigten barrierefreier genutzt und effizient mit den jeweiligen Anbietern abgerechnet werden. Eine stärkere Nutzung der BuT-Leistungen wird daher in den nächsten Jahren erwartet.

Um faire materielle und soziale Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, wurde auf Bundesebene der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ mit Benennung einer Kinderchancen-Koordinatorin ins Leben gerufen.

Die Tafeln im Kreis stellen ein wichtiges Element zur Versorgung von Menschen mit niedrigem Einkommen dar. Vielfach wurde gemeldet, dass während der Pandemie weniger Lebensmittel gespendet wurden und seit dem Ukraine-Krieg noch mehr Menschen zu versorgen sind. Hinsichtlich der Armut von älteren Menschen ist davon auszugehen, dass deren Anteil in den nächsten Jahren ansteigen wird. Während der Pandemie sei eine größere Anzahl von Minijobs für Rentner*innen weggefallen.



Soziale
Risiken durch
steigende Ener-
giekosten



HANDLUNGSFELD LEBEN UND FREIZEIT



Zusammenfassung

Die Belastungen der Corona-Pandemie zeigen sich in diesem Handlungsfeld besonders in der gesunkenen Lebenszufriedenheit von Familien. In den partizipativen Prozessen wurde die Bedeutung von Kinder- und Jugendarbeit mit niedrigschwelligen Zugängen betont, um soziale Folgen der Pandemie auszugleichen und Familien zu entlasten. Die Mitgliederzahlen der Sportvereine steigen vor allem im Bereich der Kinder und Jugendlichen langsam wieder an. Übernachtungen im Kreisgebiet erreichen noch nicht das Niveau vor Corona. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie Demokratieförderung sind als Themen auch weiterhin verstärkt zu bearbeiten.

Zahlen, Daten und Fakten

Auch während der Corona-Pandemie bleibt Schleswig-Holstein das Bundesland, in dem die Einwohner*innen die höchste Lebenszufriedenheit in Deutschland aufweisen. Die Wissenschaftler*innen geben im Glücksatlas als mögliche Erklärung an, dass in Schleswig-Holstein relativ hohe Impfquoten vorherrschen und die Corona-Infektionsraten im Vergleich zu den anderen Bundesländern in 2021 eher niedrig gewesen sind. Nichtsdestotrotz ist das Empfinden der Lebenszufriedenheit deutschlandweit und auch im Bundeslandvergleich zum Vorjahr deutlich abgesunken. Besonders hohe Verluste verzeichneten Familien, was mit den Doppelbelastungen von Homeoffice und Homeschooling während der Lockdowns erklärt werden kann. Weiterhin hat sich bei den Selbstständigen eine deutliche Verringerung gezeigt. Hier wird auf die hohe Bedeutung des Tourismus und der Gastronomie in Schleswig-Holstein hingewiesen, die große Einschränkungen hinnehmen mussten (Glücksatlas 2021).

Zwar sind die Übernachtungen im Kreisgebiet in 2021 wieder um knapp 12 % angestiegen, aber erreichen bei weitem nicht das Vor-Corona-Niveau. Etwa 447.000 Übernachtungen und etwa 164.500 Gäste wurden in 2021 im Kreis Pinneberg registriert. Zum Vergleich betrugen die Übernachtungen in 2019 noch etwa 651.500 bei über 275.000 Gästen. Der Spitzenreiter im Kreisgebiet bleibt die Hochseeinsel Helgoland mit 172.500 Übernachtungen und 50.000

Gästen. Danach folgen bei den Übernachtungen Elmshorn, Quickborn, Wedel und Pinneberg. Gerade in den beiden letztgenannten Städten waren eher kürzere Aufenthalte zu verzeichnen (Statistikamt Nord 2021).

In der Jugendbildungsstätte in Barmstedt haben in 2021 4.868 Gäste übernachtet. Dies sind zwar doppelt so viele Personen wie noch 2020, allerdings haben auch hier die Zahlen noch nicht wieder das Niveau vor der Pandemie erreicht. Aufgrund der geltenden Verordnungen waren teilweise nur Übernachtungen in Einzelzimmern, Veranstaltungen mit reduzierter Personenzahl oder nach der 2G-Plus-Regelung möglich. 523 Kinder und Jugendliche nahmen an den Ferienpass-Aktionen 2021 teil. Auch diese erforderten aufgrund der Corona-Vorgaben deutlich mehr Personal und organisatorischen Aufwand (KJR 2021).

Die Mitgliederzahlen in den Sportvereinen sind im Vergleich zum ersten Pandemie-Jahr wieder erkennbar angestiegen. Knapp 47.600 Erwachsene, etwa genauso viel wie im Vorjahr, und etwa 28.350 Kinder und Jugendliche gehören einem Sportverein an. Die Gesamtzahl beträgt nun 75.950 Personen. Dies sind 1.700 Menschen mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs ist allein auf den Altersbereich der Kinder und Jugendlichen zurückzuführen. Hier gab es in 2020 einen Einbruch der Mitgliederzahlen von mehr als 3.300 Kindern und Jugendlichen. Die Mitgliederzahlen von Anfang 2020 sind also noch nicht

Anzahl Mitglieder in Sportvereinen

2021	47.586	28.364	75.950
2020	47.501	26.755	74.256
2019	49.988	30.061	80.049
2018	49.488	29.922	79.410
2017	49.421	30.192	79.613
2016	49.711	30.715	80.426
2015	49.887	30.468	80.355

Erwachsene Kinder und Jugendliche

Quelle: Kreissportverband Pinneberg, Stichtag: 01.01. Folgejahr

wieder erreicht. Die Bereiche Turnen, Fußball, Tennis, Pferdesport und Handball haben die meisten Mitglieder. Weiterhin den höchsten kommunalen Organisationsgrad hat die Hochseeinsel Helgoland mit etwa 59 %. In den Altersgruppen weisen Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 14 Jahren mit ca. 62 % den höchsten Wert auf (Kreissportverband 2021).

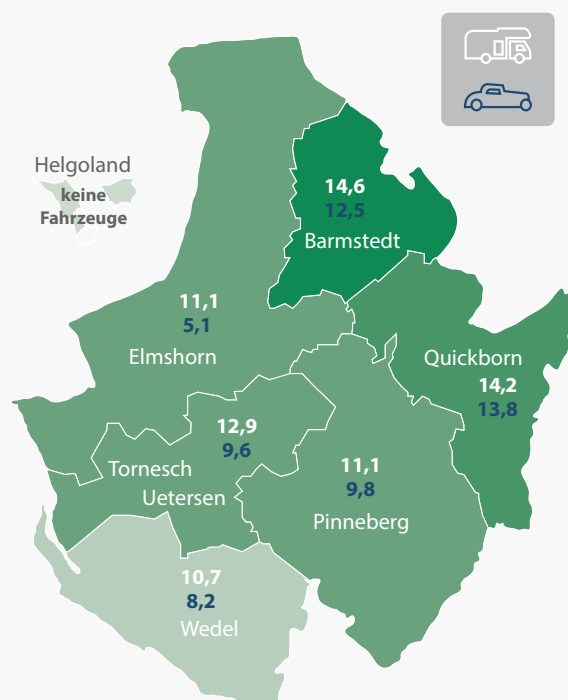
Auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Institutionen, Verbänden und Vereinen sind zentrale Bausteine des Handlungsfeldes Leben und Freizeit. Als ein Indikator für ehrenamtliches Engagement kann die Jugendleiterkarte (JULEICA) angesehen werden. Zum 01.01.2022 besitzen 418 Personen eine gültige JULEICA im Kreis Pinneberg. Dies sind zwar deutlich weniger Personen als im Jahr davor, allerdings wurden in einer Sonderregelung alle eigentlich Ende 2020 ablaufenden JULEICAs pauschal bis Ende 2021 verlängert und sind nun abgelaufen. 44 JULEICAs wurden im Jahr 2021 neu erworben und 55 sind durch eine Fortbildung verlängert worden (Kreis Pinneberg 2021).

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Die zentralen Themen der Fokusgruppe Kinder- und Jugendarbeit sind die sozialen Auswirkungen nach der Pandemie und die Förderung der sozialen Gemeinschaft. Die Arbeit im Kinder- und Jugendbereich orientiert sich an den Bedarfen einer sich kontinuierlich verändernden Lebenswelt. Die niedrigschwelligen Angebote wie Kinder- und Jugendtreffs, mobile und aufsuchende Arbeit und die Verbandsjugendarbeit bieten einen wichtigen Ort für die Entwicklung abseits von Schule und Kita.

Im Freizeitbereich hat es bei den Oldtimern im vergangenen Jahr wenig Veränderungen gegeben. Bei den Wohnmobilen sind die Werte allerdings in allen Betrachtungsräumen deutlich angestiegen, bundesweit verzeichnet Schleswig-Holstein hier die höchste Dichte. Weiterhin hat der östliche Bereich des Kreises, also die Betrachtungsräume Quickborn und Barmstedt, hier die höchsten Werte von inzwischen über 14 Wohnmobile pro 1.000 Einwohnende ab 18 Jahren. Dies kann ein Hinweis sein, dass Wohnmobile während der Pandemie für eine größer werdende Zahl der Bevölkerung als eine möglichst kontaktarme Form des Reisens und der Freizeitgestaltung genutzt werden (Kreis Pinneberg 2021).

Wohnmobile & Oldtimer je 1.000 Einwohnende ab 18 Jahren



Quelle: Kreis Pinneberg, Zulassung am 31.12.

Jedoch wird auch in diesem Arbeitsumfeld der Fachkräftemangel immer deutlicher. Um dem entgegenzuwirken, arbeitet der Kreis an der Förderung des aktiven Engagements junger Menschen in der Kinder- und Jugendbetreuung. Durch Ehrenämter, freiwillige soziale Jahre (FSJ) und diverse Praktika-Möglichkeiten soll der Nachwuchs in diesem Berufsfeld gesichert werden.

Im Bereich der allgemeinen Jugendpflegemittel und der Förderung von aktiven Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden, konnten die Fördermittel coronabedingt nicht im vollen Umfang eingesetzt werden. Selbiges gilt für die vorgesehenen Zuschüsse für Fahrten, an denen insgesamt mehr als 8.000 Kinder und Jugendliche teilnehmen sollten. Trotz der bereits teilweise gelockerten Corona-Vorgaben wurden viele Veranstaltungen abgesagt. Dadurch konnten den Trägern jedoch zusätzlich ihre coronabedingten Mehrausgaben zu 100 % vom Kreis erstattet werden. Es wurde angemerkt, dass die Wirksamkeit der angebotenen Projekte nur mit einer optimalen Ausstattung und Professionalität erzielt werden kann. Als erster Schritt in Richtung eines Qualitätsdialoges hat die Politik die Handlungsempfehlung für eine Bestands- und Ressourcenanalyse der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) beschlossen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Aktuell werden die Kommunen informiert, im weiteren Verlauf des Prozesses sind diverse Rückkopplungsmöglichkeiten vorgesehen.

Der Schwerpunkt bei den geförderten Zukunftsaufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendverbandsarbeit lag 2021 auf der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Zudem sollen die außerschulischen Bildungs- und Freizeitangebote sowie Programme und Infrastrukturen weiterhin gestärkt werden. Das gesteckte Ziel, eine UNESCO-Auszeichnung in diesem Bereich zu erhalten, wurde erreicht. Sie unterstreicht die hohen Qualitätsstandards in dem Bereich der außerschulischen Jugendbildung.

Außerdem wurde der Engagement- und Zukunftspreis 2021 turnusgemäß von der Jury ausgelobt und eine Pfadfindergruppe als Siegerteam gekürt. Ein weiterer Schwerpunkt für die Zukunftsaufgaben der Integration und Inklusion in der Jugendarbeit ergab sich aus den Netzwerktreffen mit Vertreter*innen der Behindertenhilfe, aus welchen sich mittlerweile eine feste Arbeitsgruppe Inklusion gebildet hat.

Das Sportprojekt Bewegungsspass ist im März 2022 gestartet. Ziel ist es, die Bewegung und gesunde Entwicklung bei 3 bis 7-jährigen Kindern zu fördern. Kreis und KSV übernehmen hierfür die Kosten der Neumitgliedschaften in Sportvereinen für sechs Monate. Gefördert wird dieses Projekt über zwei Jahre mit je 18.000 Euro jährlich. Im Bereich Kinderschutz hat die Arbeitsgruppe „Kindeswohl Vereine und Verbände“ ihre Arbeit wieder aufgenommen. Neben Trägervereinbarungen nach § 72 a SGB VIII geht es um die Anerkennungsverfahren für den Status als Träger der freien Jugendhilfe.

Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen ist Demokratieförderung ein sehr wichtiges Thema. Die Kinder- und Jugendarbeit hat bereits Formate, Methoden und Instrumente dafür entwickelt und legt hiermit einen wichtigen Grundstein zur Demokratiebildung. Es gilt die Entwicklung von Demokratieprozessen durch die Stärkung von Beteiligungsstrukturen in der örtlichen Kinder- und Jugendarbeit weiter voranzutreiben. Hierzu hat z.B. die Stadt Quickborn zu einer Kinder- und Jugendversammlung eingeladen,



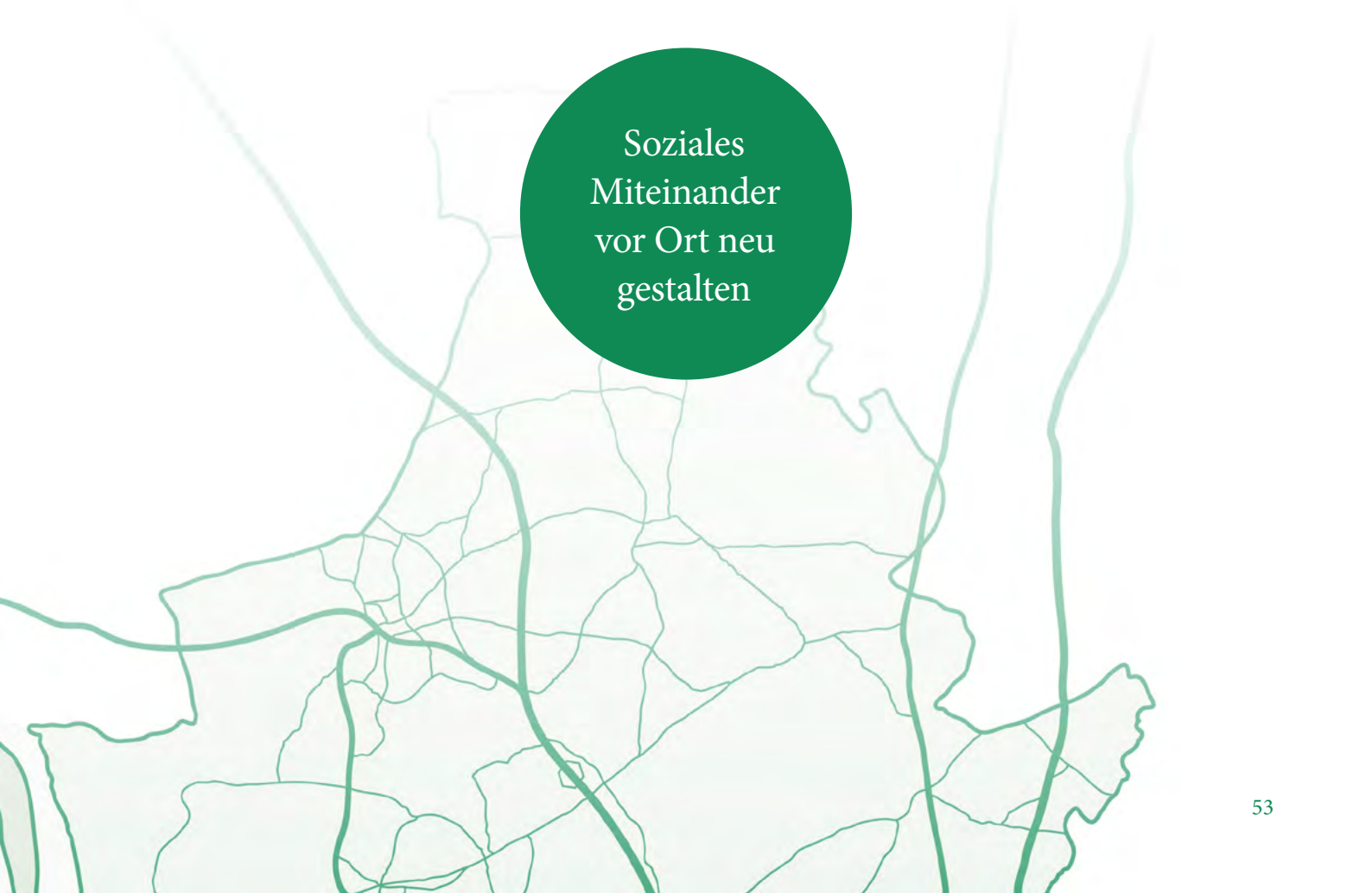
die in einem dialogischen Konzept junge Menschen, Politik, Fachplaner*innen der Verwaltung sowie Vertreter*innen der Jugendarbeit zusammenbringt. Für die weitere Umsetzung des gesetzlichen Auftrags einer kontinuierlichen Partizipation im Kreis Pinneberg hat die Verwaltung dem JHA einen Vorschlag vorgelegt. Kinder und Jugendliche sollen sich in geeigneter Form auch auf der Sozialplanungskonferenz im August einbringen können.

Die Folgen der durch verschiedene Studien belegten Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Familien durch die Pandemie zeigen sich nach und nach. Negative Auswirkungen von Bewegungsmangel und fehlenden sozialen Aktivitäten auf eine gesunde körperliche wie auch auf die sozial-emotionale Entwicklung sind nicht auszuschließen. Dies zeigt sich daran, dass es einen erhöhten Beratungsbedarf zu Krisenerfahrungen gibt, dem durch niederschwellige Angebote begegnet werden kann. Durch die Gewöhnung an das Konzept des Distanzunterrichts fällt einigen Kindern die Rückkehr in den Präsenzunterricht schwer. Durch die Pandemiebeschränkungen haben viele Kinder weniger Erfahrungen, z. B. mit Ausflügen mit Gleichaltrigen oder Sportaktivitäten, machen können, was zu einer Heterogenität in den Entwicklungen geführt hat. Um darauf reagieren zu können, ist von den Lehrkräften ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich. Neben den Bundes- und Landesprogrammen, wie etwa „Aufholen nach Corona“, hat der Kreis Projektmittel für Vereine und Verbände bereitgestellt, welche sehr gut angenommen wurden. Die unbürokratische Umsetzung war dabei sehr hilfreich und so konnten die zusätzlichen Mittel schnell eingesetzt werden. Während der Pandemie haben sich viele ältere Ehrenamtliche aus

Angst vor einer Infektion zurückgezogen, auch jüngere Ehrenamtliche in den Vereinen und Verbänden sind weggebrochen bzw. haben andere Schwerpunkte gesetzt. Diese gilt es nun wieder für die Arbeit zu gewinnen, um den wichtigen Baustein des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft weiterhin zu gewährleisten.

Als eine der ersten Maßnahmen in Reaktion auf den Ukraine-Krieg hat der Kreis Pinneberg für 2022 einen Sonderfonds als Sofort-Hilfe zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie und der Fluchtbewegung aus der Ukraine für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eingerichtet. Nach dem Eckpunktepapier zur Umsetzung sollen als Maßnahmen vor allem niedrigschwellige Beratung in Anlaufstellen in den Kommunen und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit Berücksichtigung finden. Hierfür wird ein Zuschuss zu den Personalkosten gewährt. Auch niedrigschwellige psychosoziale Beratungsangebote werden benötigt, um eine Überbrückung von Wartezeiten auf einen geeigneten Therapieplatz zu gewährleisten. Traumaorientierte Beratungsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine sollen durch die Aufstockung bestehender Strukturen der Trauma-Ambulanz bereitgestellt werden. Auch das auf Bundesebene neu geschaffene niedrigschwellige Behandlungsangebot der gruppentherapeutischen Grundversorgung kann einer ggf. entstehenden Kapazitätsproblematik entgegenwirken.

Allgemein bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Anerkennung mit Hinblick auf die positive und unverzichtbare Rolle der Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe für das Aufwachsen von jungen Menschen.



Soziales
Miteinander
vor Ort neu
gestalten

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Handlungsempfehlungen verstehen sich als Impulse für weitere fachliche Diskussionen in den politischen Gremien zur künftigen Schwerpunktsetzung und Ausgestaltung der Sozialpolitik im Kreis. Sie bilden insofern einen möglichen Rahmen für nachfolgende operative Planungen in einzelnen Aufgabenbereichen.

Aufgrund der pilothaften Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr hat sich die Steuerungsgruppe Sozialplanung am 13.05.2022 dafür ausgesprochen, die steuerungsrelevanten Handlungsempfehlungen in Form einzelner Mitteilungsvorlagen den jeweils zuständigen Fachausschüssen mit einer möglichen Beschlussformulierung vorzulegen.

Den politischen Vertreter*innen obliegt es, die Beschlussformulierungen aufzugreifen und ggf. anzupassen, zu ergänzen oder hierzu Aufträge an die Verwaltung zu erteilen.

In diesem Jahr haben die Fokusgruppen vier Handlungsempfehlungen entwickelt. Zur Orientierung wurden diese vorab von den Sozialplanungsfachkräften der Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung auf Basis der gemeinsam definierten Kriterien im Hinblick auf ihre Steuerungsrelevanz eingeschätzt.

Steuerungsrelevante Handlungsempfehlungen

-  Anpassung/Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion
-  Inklusive Deutsch- und Integrationskurse
-  Koordination der Gruppenangebote für Kinder aus suchtbelasteten Familien bzw. Kinder psychisch kranker Eltern

Weniger steuerungsrelevante Handlungsempfehlung

-  Konzeptentwicklung Pflege-/Junge Familien-Tonne

Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat in ihrer Sitzung am 13.05.2022 entsprechende Einschätzungen vorgenommen.

Die als weniger steuerungsrelevant eingeschätzte Handlungsempfehlung finden Sie in der App FOKUS PI. Die drei als steuerungsrelevant eingeschätzten Handlungsempfehlungen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Impulse für
sozialpolitischen
Diskurs



Handlungsempfehlung: Anpassung/Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion

	Beschreibung der Empfehlung	• Der Kreis Pinneberg passt seinen Aktionsplan Inklusion in einem partizipativen Prozess mit Betroffenen und Angehörigen bzw. Betreuer*innen bis ca. Mitte 2023 den aktuellen Entwicklungen der vergangenen Jahre an. • Zur Realisierung wird ein Projekt unter Federführung einer Projektleitung der Kreisverwaltung implementiert. • Die Anpassung erfolgt in einem kleineren Rahmen als bei der erstmaligen Erstellung im Jahr 2017.
	Ausgangslage	• Die Anzahl der schwerbehinderten Menschen ist von 23.580 im Jahr 2017 auf 24.240 Personen im Jahr 2019 gestiegen, auch der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist von 7,5 % auf 7,7 % gewachsen (Statistikamt Nord). • Zusätzlich weisen im Kreis 22.300 Personen einen Grad der Behinderung unter 50 auf (Landesamt für soziale Dienste 2021). • Der Aktionsplan Inklusion des Kreises Pinneberg wurde 2017 vor nunmehr 5 Jahren erstellt. • Die Umsetzung von Inklusion aktiv zu unterstützen wurde 2019 in die strategischen Ziele des Kreises Pinneberg mit aufgenommen. • Laut Institut für Menschenrechte sind Aktionspläne ein wichtiges Instrument, um die UN-BRK in einem koordinierten Prozess kontinuierlich umzusetzen. • Die Monitoringstelle UN-BRK des Instituts für Menschenrechte hat in ihrem Bericht von 2019 (10 Jahre UN-BRK in Deutschland) eine gemischte Bilanz gezogen und Handlungsbedarfe aufgezeigt, z.B. die Anwendung angemessener Vorkehrungen in der Praxis, etwa in der Verwaltung. • Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen weist in seinem Abschlussbericht 2015 ebenfalls Defizite in der Umsetzung der UN-BRK auf und empfiehlt u. a. dringend die verstärkte Einbindung von Selbstvertretungsorganisationen. • Die Corona-Pandemie sowie Themenpriorisierungen in den Fachbereichen haben neue vorrangige Themen aufgezeigt, wie z.B. die Katastrophenschutz- bzw. Pandemieplanung inkl. Kommunikation oder die Betreuungssituation von Menschen mit Behinderung auch außerhalb von Schule. • Gleichzeitig hat sich dadurch die Bearbeitung und Umsetzung der 2017 entwickelten Maßnahmen teilweise verzögert. • Die für die Umsetzung von Maßnahmen des bisherigen Aktionsplans zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe 50.000 Euro wurden bisher noch nicht verwendet. • Für die Umsetzung des Aktionsplans Inklusion zeichnen sämtliche Facheinheiten der Kreisverwaltung Pinneberg verantwortlich, da Inklusion ein zentrales und bereichsübergreifendes Thema darstellt. • Die Fokusgruppe Inklusion hat die Umsetzung des aktuellen Aktionsplans begleitet und kann die nun erforderliche Anpassung nicht selbst durchführen. • Die bisherigen 10 Themenbereiche des Aktionsplans sind weiterhin aktuell. Ggf. könnte das Thema „Notfallsituationen/Missbrauchsprävention“ um den Aspekt „Gewalt“ erweitert und somit präzisiert werden. Eine genaue Themenfelddefinition soll in dem empfohlenen Projekt erfolgen. Es könnten jeweils 2 Themen im Rahmen eines Workshops bearbeitet werden. Vorschläge für eine Themenbündelung sind vorhanden.

	• Ohne eine Anpassung würde der Aktionsplan an Aktualität verlieren, besonders da es in den letzten Jahren zahlreiche gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen gegeben hat. Die bisherigen Erfahrungen können in den angepassten Aktionsplan einfließen. • Eine Anpassung im Rahmen eines partizipativen Prozesses mit Betroffenen und Angehörigen wird als wichtig erachtet, um auch tatsächlich die aktuell relevanten Themen von Menschen mit Behinderungen bearbeiten zu können. • Das Land Schleswig-Holstein hat im Januar 2022 den zweiten landesweiten Aktionsplan Inklusion vorgestellt, der in einem partizipativen Prozess entwickelt wurde und mit dem weitere Projekte z.B. in den Bereichen Freizeit und Tourismus unterstützt werden.
 Ziele/Effekte/Wirkungen	• Der Aktionsplan Inklusion wird im Kontext der Corona-Pandemie sowie aktueller Priorisierungen in den Fachbereichen aktualisiert und die Umsetzung von Inklusion im Kreis Pinneberg wird weiter vorangetrieben. • Der angepasste Aktionsplan Inklusion des Kreises Pinneberg berücksichtigt aktuelle Entwicklungen. • Das strategische Ziel zur Umsetzung von Inklusion in allen Lebensbereichen wird weiter aktiv unterstützt. • Der Abbau von Barrieren wird gefördert und das Verständnis für die Bedeutung von Inklusion neu gestärkt. • Die Bearbeitungsintensität von Maßnahmen wird beschleunigt. • Die Menschen im Kreis werden permanent für Inklusion sensibilisiert. Diese Bewusstseinsbildung erhöht die Motivation zur Umsetzung von Maßnahmen. • Durch eine Anpassung des Aktionsplans wird die Aufmerksamkeit für die Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen in allen Facheinheiten der Kreisverwaltung gestärkt, zudem könnten auch andere Institutionen/Organisationen angeregt werden, eigene Aktionspläne zu entwickeln. • Die Maßnahmen werden durch ein angepasstes Umsetzungskonzept mit klaren Verantwortlichkeiten verbindlicher umgesetzt.
 Mitteleinsatz (jährlich)	• Für die Umsetzung von Maßnahmen des bisherigen Aktionsplans Inklusion steht jährlich ein Betrag in Höhe von 25.000 Euro im Doppelhaushalt 2021/2022, insgesamt 50.000 Euro, zur Verfügung (s. VO/FB-03.20.010). • Diese Mittel wurden bisher noch nicht verwendet. • Produktkonto: 11132.531800
 Art der Leistung	• Freiwillige Leistung
 Auswirkungen auf Ressourcen	• Es sind Finanzmittel zur Umsetzung in Form eines Projektes erforderlich. • Eine Markterkundung und Erfahrungswerte vergleichbarer Vorhaben haben ergeben, dass für die Konzeption und Durchführung der Anpassung des Aktionsplans Mittel in Höhe von ca. 25.000 Euro für Workshops und eine Berichterstellung in leichter Sprache erforderlich sind. Die aktuell im Haushalt veranschlagten Mittel könnten hierfür verwendet werden. • Es sind Personalressourcen für eine Projektleitung zur Durchführung in Form eines Projekts und für die Begleitung durch die Verwaltungsunterstützung des Behindertenbeauftragten erforderlich.

 Zielrichtung und Bezug zu den strategischen Zielen	• Operativ • Strategische Ziele 2023+ 1.8 Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen wird durch den Kreis Pinneberg im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv unterstützt.
 Wechselwirkungen mit anderen Handlungsfeldern	• Infrastruktur Sozialer Angebote, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Inklusion, Ärztliche Versorgung und Pflege, Arbeit, Leben und Freizeit und Armut, da Inklusion alle Lebensbereiche betrifft.
 Einschätzung der Steuerungsgruppe	• Die Handlungsempfehlung wird von allen Mitgliedern der Steuerungsgruppe als mindestens steuerungsrelevant eingeschätzt. 15 % der Mitglieder haben die Handlungsempfehlung als in hohem Maße steuerungsrelevant eingeschätzt. • Die Handlungsempfehlung wird in das Planungsdossier „Sozialplanung Fokus 2022“ aufgenommen.
 Entwickelt von	• Fokusgruppe Inklusion • Ansprechperson: Herr Vogt, Beauftragter für Menschen mit Behinderung • T 04121 4502-5800
 Verantwortlich für die Umsetzung	• Für den Prozess der Anpassung des Aktionsplans: Projektleitung und Verwaltungsunterstützung des Behindertenbeauftragten



Handlungsempfehlung: Inklusive Deutsch- und Integrationskurse

 Beschreibung der Empfehlung	• Der Kreis richtet inklusive Deutsch- und Integrationskurse für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung ein und übernimmt die dafür zusätzlich entstehenden Kosten.
 Ausgangslage	• Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und kognitiver Beeinträchtigung benötigen für einen erfolgreichen Spracherwerb besondere Rahmenbedingungen, die im aktuellen Deutsch- bzw. Integrationskursangebot des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein nicht abgebildet sind. • Für seh- und hörbehinderte Menschen existieren bereits spezielle Angebote. Für die Zielgruppe der Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung existiert kein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot. • Aufgrund nur vereinzelter Anfragen schafft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zurzeit kein entsprechendes Angebot. • Durch das Fehlen solcher Angebote wird eine gelungene Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und an der Arbeitswelt stark erschwert oder sogar verhindert. • Für spezielle Kursangebote mit innovative heilpädagogisch-didaktischem Konzept werden Lehrende mit spezifischer Qualifikation sowie geeignete praxisnahe Lehr-, und Lernmaterialien benötigt. Neben dem Teamteaching mit zwei Lehrkräften sind geeignete Formen zur Überprüfung des erlangten sprachlichen Wissens einzusetzen. • In Einzelfällen können zusätzlich individuelle Unterstützung und Begleitung oder Dolmetscherleistungen erforderlich sein. • Nach den bisherigen Erfahrungen handelt es sich bei der Zielgruppe jährlich um ca. 30 Personen ab ca. 16 Jahren, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen. Betroffene jüngere Kinder, die z. B. Auffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung zeigen, werden inklusiv im Regelschulsystem versorgt. • Jährlich nehmen ca. 500 Personen im Kreis an den regulären Integrationskursen teil.
 Ziele/Effekte/Wirkungen	• Durch den Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse wird Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und einer kognitiven Beeinträchtigung die gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gemeinschaft, an Bildung und am Arbeitsleben ermöglicht. • Individuelle Lernbarrieren werden identifiziert. • Die Betroffenen werden schneller in den Arbeitsmarkt integriert. • Alle relevanten Akteur*innen werden an der Entwicklung geeigneter Kurskonzepte beteiligt.
 Mitteleinsatz (jährlich)	• Bisher setzt der Kreis keine Mittel in diesem Bereich ein. • Die vorgeschlagenen speziellen Kurse werden zurzeit weder vom Bund noch vom Land finanziert. • Das BAMF finanziert reguläre Integrationskurse mit 2,20 Euro pro Person und Unterrichtseinheit (UE).
 Art der Leistung	• Freiwillige Leistung

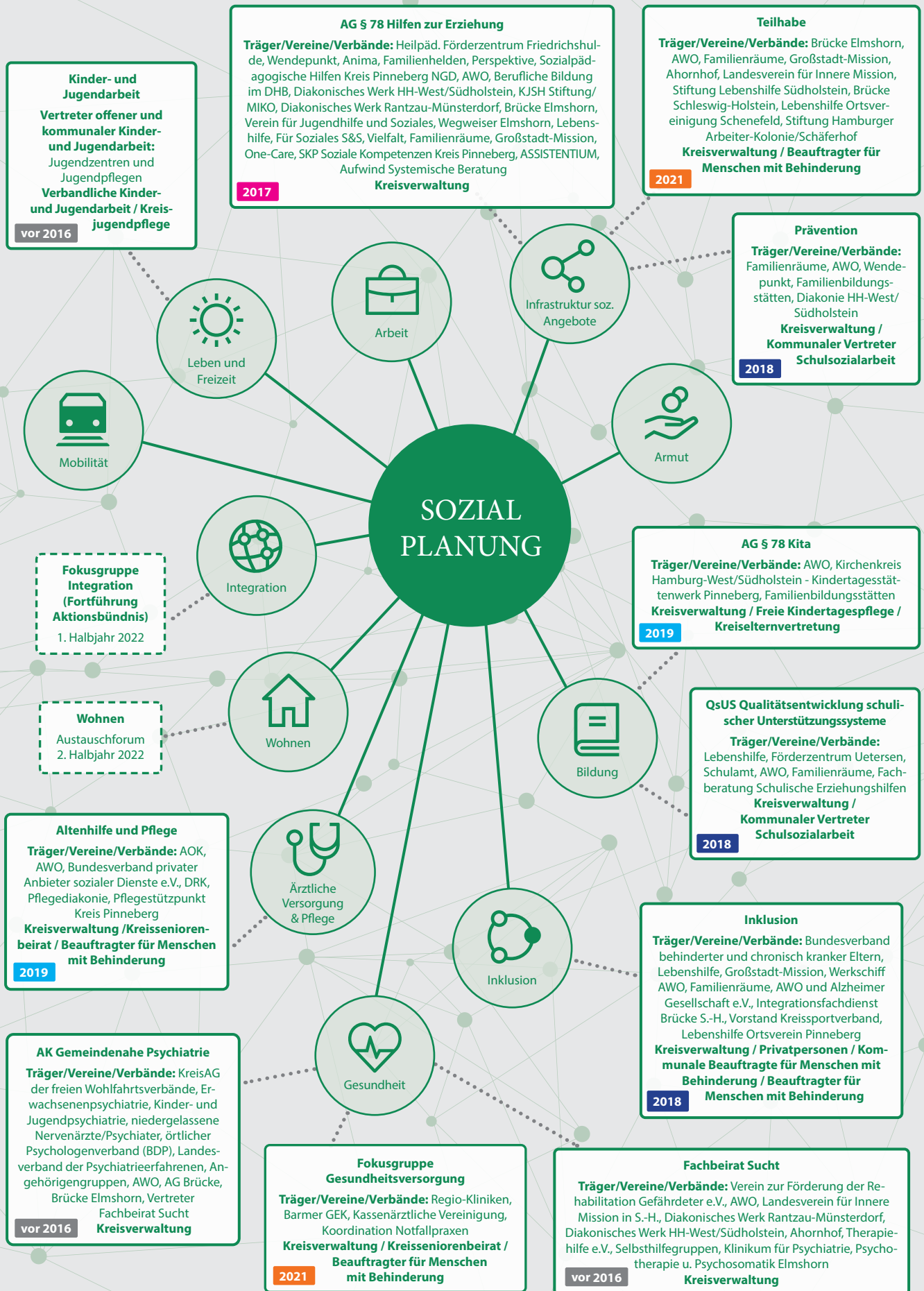
 Auswirkungen auf Ressourcen	• Zur Umsetzung sind Finanzmittel erforderlich. Ein Finanzierungsplan soll mit allen beteiligten Akteur*innen erarbeitet werden. • Modellrechnung Mehraufwand Spezialkurse: • Kosten normaler Kurs x 2-3 + Dolmetscherleistungen • Regulärer I-Kurs BAMF mit 700 UE a 2,20 Euro = 1.540 Euro • Regulärer Kurs mit erweitertem Sprachkurs und bis zu 1.000 UE a 2,20 = 2.200 Euro • Annahme: 2,5 facher Aufwand für Spezialkurse mit erweitertem Sprachanteil inkl. Dolmetscherleistungen • 30 Personen x 3,30 Euro (Differenz zum Regelangebot) x 1.000 UE = 99.000 Euro • Die Kostendifferenz zwischen den regulären Kursen und dem Spezialangebot in Höhe von ca. 100.000 Euro jährlich übernimmt der Kreis. • Es sind Personalressourcen in der Verwaltung in geringem Umfang zur Abwicklung der Kurse erforderlich.
 Zielrichtung und Bezug zu den strategischen Zielen	• Operativ • Strategische Ziele 2023+: 1.9 Der Kreis fördert im Rahmen seiner Möglichkeiten die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.
 Wechselwirkung mit anderen Handlungsfeldern	• Leben und Freizeit (Teilhabe am gesellschaftlichen Leben), Inklusion (Angebot für Menschen mit Beeinträchtigungen), Arbeit (Zugang zum Arbeitsmarkt), Bildung (Erfolgreicher Bildungsabschluss).
 Einschätzung der Steuerungsgruppe	• Die Handlungsempfehlung wird von allen Mitgliedern der Steuerungsgruppe als steuerungsrelevant eingeschätzt. • Die Handlungsempfehlung wird in das Planungsossier „Sozialplanung Fokus 2022“ aufgenommen.
 Entwicklung von	• Ehemaliges Aktionsbündnis Integration • Ansprechperson: Vivette Tchuissang Tchiwe • T 04121 4502-24406
 Verantwortlich für die Umsetzung	• Fachdienst Soziales • BAMF, Landesministerium, Landesverband der Volkshochschulen, weitere Sprachkursträger, Integrationsstellen, Inklusionsstellen, Wissenschaftsbegleitung

Handlungsempfehlung: Schaffung einer Koordinator*innenstelle für die Gruppenangebote für Kinder aus suchtblasteten Familien bzw. Kinder psychisch kranker Eltern

 Beschreibung der Empfehlung	Im Handlungsfeld Gesundheit wird empfohlen, für die bestehenden Gruppenangebote für Kinder aus suchtblasteten Familien bzw. Kinder psychisch kranker Eltern eine Stelle zu schaffen, die zentral Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung wahrnimmt.
 Ausgangslage	- Die Zahl von Kindern, die in Familien mit akuten Suchtproblemen aufgrund der Erkrankung eines oder beider Elternteile aufwachsen, wird bundesweit auf 2,5 Millionen geschätzt. Für den Kreis Pinneberg bedeutet dies eine Zahl von 10.000 Kindern und Jugendlichen, die in einer in dieser Form belasteten Familiensituation aufwachsen und die daraus resultierenden Situationen und Probleme zu bewältigen haben. Die Zahl von Kindern, die in Familien mit einem psychisch kranken Elternteil aufwachsen, wird bundesweit auf 3–4 Millionen geschätzt. Für den Kreis Pinneberg bedeutet dies eine Zahl von 15.000 Kindern und Jugendlichen, die in einer in dieser Form belasteten Familiensituation aufwachsen und die daraus resultierenden Situationen und Probleme zu bewältigen haben. - Die Corona-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die vorhandenen Studien beschreiben deutliche Zunahmen bei depressiven und Angstsymptomen, das vermehrte Auftreten von ADHS Störungen und oppositionellen Verhaltensstörungen sowie insbesondere auch einen problematischen Internetkonsum. Einzelne Symptomenkomplexe zeigten sich bei fast 50 % aller Mädchen und Jungen, einzelne Krankheitsbilder wurden bei fast 20 % aller Mädchen und Jungen nachgewiesen. Die Erkrankungsrisiken waren teilweise um mehr als 30% erhöht. Gerade vorbelastete Kinder und Jugendliche, wie sie Kinder und Jugendliche aus suchtblasteten Familien bzw. Kinder psychisch kranker Eltern darstellen, sind von diesen Auswirkungen in besonderem Maße betroffen. Deshalb ist es wichtig, diese rechtzeitig in die bestehenden Hilfsangebote zu integrieren. - Aktuell existieren im Kreis Pinneberg an 6 Standorten Gruppenangebote für Kinder aus suchtblasteten Familien und an 4 Standorten Gruppenangebote für Kinder psychisch kranker Eltern. Insgesamt wurden im Jahr 2021 insgesamt 70 Kinder aus suchtblasteten Familien und 34 Kinder psychisch kranker Eltern betreut. - Die Corona-Pandemie mit den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen hat dazu geführt, dass die Zahl der Nutzer*innen zurückgegangen ist, an einzelnen Standorten nur noch individuelle Angebote umgesetzt werden konnten. Hier sind verstärkte Bemühungen im Bereich Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit notwendig, um die Angebote wieder auszulasten. - Bisher waren den Aufgaben der Koordination und Vernetzung keine individuellen Stellenanteile zugeschrieben. Dies führte dazu, dass bei guter Auslastung der Gruppenangebote die personellen Ressourcen verloren gingen, um diese Aufgaben wahrzunehmen. Dies hatte zur Folge, dass keine neuen Kinder und Jugendliche an das Angebot herangeführt werden konnten. Die Erfahrung zeigt, dass gerade eine Kontinuität im Bereich der Vernetzung notwendig ist, um eine gute Akzeptanz im Sozialraum zu erreichen und neue betroffene Kinder und Jugendliche an die Gruppenangebote heranzuführen. - Es sollen Mittel für eine 0,5 Stelle mit den Aufgaben der Koordination, der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit für die bestehenden Gruppenangebote zur Verfügung gestellt werden.

 Ziele/Effekte/Wirkungen	• Sicherstellung einer kontinuierlichen Auslastung der bestehenden Gruppenangebote. • Mehr Kinder können das Angebot nutzen. • Bessere Vernetzung der Angebote der bestehenden Gruppenangebote untereinander mit den Schulen, den anderen Angeboten der Jugendhilfe sowie dem Jugendamt und weiteren relevanten Ansprechpartner*innen der öffentlichen Verwaltung. • Insgesamt soll durch frühzeitige Intervention die Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung vermieden werden, ggf. aber auch die Bereitschaft zur Akzeptanz einer notwendigen Hilfe gefördert und in diese vermittelt werden. Hierzu erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Jugend und den Jugendhilfeträgern. • Die zur Verfügung stehenden Ressourcen, die die psychischen Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche aus besonders vulnerablen Gruppen mindern können, werden optimal eingesetzt.
 Mitteleinsatz (jährlich)	• Für die einzelnen Gruppenangebote für Kinder aus suchtbelasteten Familien werden jeweils 23.568 Euro, insgesamt 141.408 Euro zur Verfügung gestellt, für die Gruppenangebote für Kinder psychisch kranker Eltern jeweils zwischen 23.408 Euro und 24.138 Euro, insgesamt 75.480,76 Euro Kreis- und 19.485,24 Euro Landesmittel (Stand 2021).
 Art der Leistung	• Freiwillige Leistung
 Auswirkungen auf Ressourcen	• Für die Koordinator*innen-Stelle sind Personal und Sachkosten von ca. 40.000 Euro erforderlich (0,5 Stelle Soz.-Päd. S12, St. 3 zzgl. 20 % Sachkosten).
 Zielrichtung und Bezug zu den strategischen Zielen	• Operative Empfehlung: • Die Handlungsempfehlung leistet einen Beitrag zur nachhaltigen präventiven Ausrichtung des Fachbereichs. Dadurch können aufwändige Einzelfallhilfen vermieden bzw. verkürzt werden.
 Wechselwirkung mit anderen Handlungsfeldern	• Handlungsfeld Leben und Freizeit: Die Zielgruppe erhält bessere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. • Handlungsfeld Gesundheit: Das Gruppenangebot fördert die psychische Gesundheit von Kindern aus suchtbelasteten Familien und Kindern psychisch kranker Eltern.
 Einschätzung der Steuerungsgruppe	• Die Handlungsempfehlung wird von 80 % der Mitglieder der Steuerungsgruppe als steuerungsrelevant eingeschätzt. 5 % der Mitglieder haben die Handlungsempfehlung als in hohem Maße steuerungsrelevant eingeschätzt. • Die Handlungsempfehlung wird in das Planungsdossier „Sozialplanung Fokus 2022“ aufgenommen.
 Entwicklung von	• Fachbeirat Sucht, Arbeitskreis Gemeindenahe Psychiatrie • Ansprechperson: Fachdienst Gesundheit, Sozialpsychiatrischer Dienst, Herr Keck T 04121/4502-3368
 Verantwortlich für die Umsetzung	• Fachdienst Gesundheit, Sozialpsychiatrischer Dienst und Freie Träger

Fokusgruppen im Netzwerk Sozialplanung





Bildnachweise: Alle Bilder in diesem Bericht stammen von Michael Dreyling (mdreyling@gmx.de).

Ausgenommen sind folgende Motive (alle shutterstock.com): S. 2, 11 (Icons): rvlsoft; S. 11: Lekhawattana; S.15: TMag; S.19 o.: Ruud Morijn Photographer; S.19 u.: Alqadrian Shangsapurba S. 23 o.: Africa Studio; S.23 u.: PH888; S. 27 o.: Traveller70; S. 27 u.: PIXEL to the PEOPLE; S.31: Ademortuus; S.35: Riderfoot; S.43: wavebreakmedia; S.49: Vitalii Demin; S.59: Daisy Daisy



Stabsstelle
Sozialplanung
und Steuerung –
Fachbereich Soziales,
Jugend, Schule
und Gesundheit



PERSPEKTIVEN

für soziale Entwicklung und Steuerung

kreis  pinneberg